


## **Startkonferenz der Quartiersmanager**

**Chancen und Möglichkeiten der  
Beteiligung von Kindern und  
Jugendlichen im Rahmen des  
Quartiersmanagements**

Dokumentation zur Veranstaltung  
vom 5. – 6. Dezember 2000  
in Berlin

Stiftung SPI

Im Auftrag des:

 Bundesministerium  
für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Narzarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 0 30.457 986 – 0  
Telefax: 0 30.45798 650  
Internet: [www.eundc.de](http://www.eundc.de)

Ansprechpartner:  
Sandra Scheeres  
Andreas Hemme

Layout:  
MonteVideo Mediadesign

Redaktion:  
Lisa Kuppler (wels Productions)  
Sandra Scheeres

# Inhalt

- 4 Sandra Scheeres und Andreas Hemme  
**Vorwort**
- 6 Richard Schröder  
**Teilhabe und Mitwirkung als Kinderrecht**
- 21 Matthias Bartscher  
**Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit**
- Möglichkeiten und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund**
- 41 Willy Eßmann  
**Das Projekt OUTREACH – Mobile Jugendarbeit in Berlin**
- 44 Sylvia Kahle  
**Quartiersmanagement Kottbusser Tor (Kontor)**
- Beteiligung von Mädchen in benachteiligten Stadtbezirken**
- 46 Monika Bradna  
**Geschlechterdifferenzierung in der Praxis der Beteiligungsarbeit**
- 52 Monica Klinkhammer  
**Stadtteilorientierte Interessenserkundung in Nürnberg im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“**
- Partizipation, Kooperation und Netzwerk, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelten**
- 56 Nursel Balci und Martin Schabler  
**Julius B – „Jung sein und Leben in unserem Stadtteil“ (Bismarck/ Schalke Nord)**
- 62 **Die Autor/innen**
- 63 **Tagungsprogramm**
- 64 **Gemeldete Teilnehmer/innen**
- 67 **Literaturverzeichnis**

## Vorwort

Am 5. und 6. Dezember 2000 trafen sich in Berlin über siebzig der für E&C-Gebiete beauftragten Quartiersmanager/innen aus ganz Deutschland, die von der Regiestelle E&C bei der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut) im Namen des BMFSFJ zur Startkonferenz eingeladen worden waren.

Neben den Vertreter/innen der Städte und Gemeinden und den Trägern, die nach dem Kinder- und Jugendplan gefördert werden (KJP-Träger), zählen die Quartiersmanager/innen in den sozialen Brennpunkten zu den Hauptzielgruppen der Konferenzen im Rahmen des E&C Programms. Quartiersmanager/innen stellen darüber hinaus eine wesentliche Schnittstelle zwischen den Bundesprogrammen „Die soziale Stadt“ und „E&C“ dar. So kommt dem Quartiersmanagement die Aufgabe zu, durch unterschiedliche Aktivitäten für aller Bürger/innen in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf u.a. Wohnumfeldverbesserungen zu erreichen und die sozialräumliche Infrastruktur zu verbessern.

Im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ soll sichergestellt werden, dass die Akteur/inn/e/n der beiden Bundesprogramme insbesondere auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen und sie möglichst intensiv beteiligen.

Es erschien uns daher sinnvoll, Aspekte der Partizipation von Kindern und Jugendlichen schon in der Startkonferenz zum inhaltlichen Schwerpunkt zu machen und Raum für den Erfahrungsaustausch zu diesem Thema zu schaffen. Dem Wissenstransfer zwischen den Gebieten kommt bei der Konferenz der Quartiersmanager/innen auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, da in den einzelnen Gebieten Jugendhilfe unterschiedlich stark einbezogen ist.

Ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt des Quartiersmanagements ist neben den Bereichen Koordination und Bildung von Netzwerken die Organisation von Bürgerbeteiligung. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist dabei unabdingbar für das Ziel, bessere Chancen für benachteiligte junge Menschen zu erreichen. Dies zu fördern war Hauptanliegen dieser ersten Konferenz für die Zielgruppe Quartiersmanager/innen des Programms E&C.

Die Konzeption der Konferenz sah eine Dreigliederung vor, die mit unterschiedlichen Zielsetzungen verbunden war:

## Vorstellung des Programms E&C

Als Startkonferenz diente die Veranstaltung der Darstellung der E&C-Programmphilosophie sowie der Vorstellung der zuständigen Mitarbeiter/innen der Regiestelle E&C bei der Stiftung SPI. In den Begrüßungsworten durch den Direktor der Stiftung, Hartmut Brocke, dem zuständigen Abteilungsleiter beim Deutschen Jugendinstitut, Dr. Christian Lüders, und dem Referatsleiter beim BMFSFJ, Peter Kupferschmid, wurde auf den besonderen Stellenwert des Quartiersmanagement für ein Gelingen des Gesamtprogramms hingewiesen und die Teilnehmenden an der Konferenz zu einer aktiven Mitgestaltung aufgefordert.

## Hauptreferate

Die einführenden beiden Referate präsentierten einen Überblick über unterschiedliche Partizipationsmodelle und den gegenwärtigen Stand der Diskussion zum Schlagwort „Beteiligung“. Sie gingen dabei besonders auf die Möglichkeiten ein, die Partizipationsverfahren bieten. Ebenso wurden die Grenzen der Beteiligung für junge Menschen aufgezeigt. Ein Schwerpunkt der Vorträge war die Darstellung der sich oft schwierig gestaltenden Beteiligungspraktiken für die Zielgruppe der „schwierigen“ Kinder und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten.

Richard Schröder beschrieb in seinem Vortrag „Teilhabe und Mitwirkung als Kinderrecht“ die Entwicklung der „Partizipations-Ideen“ in den letzten Jahren. Er führte in die rechtlichen Grundlagen der Beteiligungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik ein und fokussierte dann auf die verschiedenen Formen der Kinder- und Jugendlichen-Beteiligung. Dabei problematisierte er auch die Funktionen von Kinderbüros, Kinderbeauftragten und Kinderforen. Die Stufen und Anforderung der Partizipation wurden im Referat ausführlich vorgestellt und diskutiert.

Matthias Bartscher stellte in seinem Vortrag „Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit“ Partizipation als Aushandlungsprozess aus der Sicht der Betroffenen und der beteiligten Institutionen dar. Als Beispiel diente ihm das Konzept des Stadtteilentwicklungsprojektes „Hamm-Norden“, an dem er die Bereiche Partizipation und Gemeinwesenverantwortung exemplarisch diskutierte. Ausgehend von diesem „model of good practice“ entwickelte Bartscher ein „Ideal des politischen Prozesses“, das Kinder und Jugendliche ernst nimmt.

## **Arbeitsgruppen**

Der zeitliche Schwerpunkt der Tagung war auf die Arbeit in kleineren Gruppen gesetzt worden. Es wurden kurze Impulsreferate vorgelesen, die sich intensiv mit der jeweiligen Themenstellung auseinandersetzen. Im Anschluss hatten die Teilnehmer/innen Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren.

Die Referent/innen beschrieben in ihren Vorträgen Projektansätze, in denen es gelungen ist, bestimmte, oft sehr schwer zu erreichende Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu beteiligen. Insbesondere die Möglichkeiten der Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Mädchenspezifische Beteiligungsansätze in den E&C-Gebieten standen im Vordergrund.

In der ersten Arbeitsgruppe wurde als erfolgreiches Beispiel aus der Praxis das Projekt JULIUS B, ein Beteiligungsprojekt in Bismarck-Schalke Nord, vorgestellt, das über weitreichende Erfahrungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebenswelten verfügt. Anhand dieses Projektes konnte aufgezeigt werden, wie es gelingt, in einem sozialen Brennpunkt Aktivitäten zu entwickeln, die Beteiligungsverfahren zu einem integrativen Bestandteil der Jugendhilfe machen.

In der zweiten Arbeitsgruppe ging es in der Diskussion vorrangig um die Hindernisse und Möglichkeiten bei der Erprobung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft. Vorgestellt wurde zum einen das Berliner Projekt OUTREACH, bei dem besonders auf die Verzahnung von mobilen und stationären Ansätzen als Basis einer möglichen Beteiligungsform für diese Zielgruppe eingegangen wurde.

Zum anderen berichtete eine Referentin über die Veranstaltung eines „Quartiers-Rap“, die beteiligungsorientiert durch das Berliner Quartiermanagement Kottbusser Tor (KonTor) im Herbst 2000 durchgeführt worden war.

Bei der Präsentation des Bundesmodellprojekts „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ konzentrierten sich die Referentinnen in der dritten Arbeitsgruppe auf die speziellen Lebenslagen von Mädchen und deren Bedeutung für die Beteiligungsarbeit. Dabei wurde zudem ausführlich auf die besonderen Anforderungen an die Quartiermanager/innen bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eingegangen.

Die Regiestelle E&C möchte mit dieser Dokumentation zum weiteren Erfahrungsaustausch beitragen und anregen, in der Hoffnung auf ein verstärktes Engagement für eine Beteiligung von Kindern und Jugendliche im Rahmen des Quartiermanagements.

## Teilhabe und Mitwirkung als Kinderrecht

### 1. Partizipation in unserer Gesellschaft

Der Ansatz, Kinder und Jugendliche an sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen – so wie es im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) gefordert wird – wurde in dieser Deutlichkeit zuvor noch nicht gesetzlich bestimmt. Die Idee ist jedoch schon alt.

Bereits in den 20er Jahren entstanden eine Reihe von reformpädagogischen Ansätzen, die der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen eine besondere Bedeutung zusprachen. „Politisch war diese Pädagogik eingebettet in die Zukunftsvision, dass eine künftige sozialistische Gesellschaft nur von Menschen gestaltet werden kann, für die Demokratie und Gleichheit in allen Bereichen der Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein würde und die bereit und fähig sind, politische Verantwortung zu übernehmen“ (EPPE, 1993, S. 38).

Die Weimarer Verfassung war die erste deutsche Verfassung, die allgemeine, gleiche und geheime Wahlen vorsah. Einige Jahre später, mit Beginn des Dritten Reiches, haben Themen wie Demokratie, Partizipation und Selbstgestaltung keine Bedeutung mehr gespielt.

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) konnten sich Partizipationsformen nach und nach und in unterschiedlichsten Bereichen entwickeln. Mit den im Grundgesetz verankerten Partizipationsrechten (wie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) konnte sich das Bewusstsein für eine Beteiligung der Bürger/innen – zunächst sicherlich nur der Erwachsenen – entwickeln. Besonders Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre entstanden in vielen Lebensbereichen basisdemokratische Bewegungen und Konzepte. Erstmals wurde auch in Kinder- und Jugendbereichen, z.B. auf Bauspielflächen, in Jugendzentren und in Schulen, mit Mitbestimmungskonzepten experimentiert und gearbeitet.

Ziel war es dabei, autoritäre Strukturen der Erziehung aufzubrechen und Kindern in ihren eigenen Lebensbereichen mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen. In der Erziehung eines autoritären Stils bestimmte der Erwachsene als Erzieher, was für Kinder richtig ist, und Kindern wurden weitgehend keine eigenen Wünsche und Wertvorstellungen zugesprochen. Die „antiautoritäre Erziehung“ dagegen ließ alle Zügel fahren; sie wird heute eher als Schreckensbild einer Erziehung ohne Orientierung gesehen. Doch auch wenn für diese

Form der Erziehung hier keine Partei ergriffen werden soll, war sie doch der erste Versuch auf breiterer Ebene, das Machtgefälle zwischen Kindern und Erwachsenen abzubauen und Kinder als Subjekte ihrer eigenen Entwicklung ernst zu nehmen. Heute findet man in Familien und Institutionen in der Regel einen partnerschaftliche Umgang mit Kindern, der ihre Interessen und Ideen berücksichtigt und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Dieser veränderte Umgang hat meines Erachtens seinen Ursprung in den damaligen „revolutionären“ Erziehungsansätzen.

Damals wurde immer stärker versucht, in der Gesellschaft neue, demokratischere Strukturen aufzubauen. Die Partizipationsbewegung der 60er Jahre wurde politisch aufgegriffen und in Willy Brandts Regierungserklärung 1969 mit dem Begriff „mehr Demokratie wagen“ als gesamtgesellschaftliche Anforderung akzeptiert. Dass für zunehmend mehr Menschen die Möglichkeit geschaffen werden sollte, sich an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen zu beteiligen, wird auch darin deutlich, dass 1975 das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre gesenkt wurde.

Dagegen haben sich in den vergangenen 25 Jahren mehr und mehr aktionsorientierte Partizipationsformen (Demonstrationen, Bürgerinitiativen) durchgesetzt. Die Einflussnahme auf das politische System über Repräsentant/inn/en verliert so immer stärker an Bedeutung (UEHLINGER, 1984). Das erwachte öffentliche Interesse an der Einstellung junger Menschen zur Politik führte Max Kaase bereits 1975 darauf zurück, dass Jugendliche sich gerne und vermehrt unkonventioneller Methoden der politischen Selbstdarstellung bedienen. Die Wahrscheinlichkeit einer demokratischen Beteiligung erhöht sich nach Kaase mit besserer Schulbildung. Das größere politische Interesse der Jugendlichen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung reflektiert demnach einen Gruppenkompositionseffekt, da die Jugendlichen bereits eine im Durchschnitt höhere Schulbildung aufweisen als die Gesamtbevölkerung.

Das in den 70er und 80er Jahren entwickelte Beauftragtenwesen (Frauenbeauftragte, Ausländerbeauftragte, Kinderbeauftragte etc.) trug ebenfalls dazu bei, gerade benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft ein stärkeres Beteiligungsrecht einzuräumen. In der 1989 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedeten Konvention über die Rechte des Kindes, die 1992 in der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde, wird besonders betont, dass demokratische Beteiligungsmöglichkeiten auf Kinder auszuweiten sind.

Die Einrichtung von Interessenvertretungen für Kinder ist eine Möglichkeit, die Bedürfnisse

von Kindern und Jugendlichen verstärkt in die gesellschaftliche Diskussion zu bringen und damit dieser Altersgruppe auch Möglichkeiten der Partizipation zu eröffnen. So wurden im Jahre 1987 erstmals Kinderbeauftragte von den Fraktionen des deutschen Bundestages eingesetzt. Im folgenden Jahr entstand die Kinderkommission des Bundestages, 1989 ernannte Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland einen Kinderbeauftragten der Landesregierung.

Kinder und Jugendliche selbst haben, mit Unterstützung engagierter Erwachsener, erkannt, dass sie in der heutigen Zeit durchaus in der Lage sind, sich mit politischen, planerischen und damit zukunftsorientierten Themen auseinander zu setzen. Gründe für diese Entwicklung lassen sich auch im Alltag der Kinder finden. Kinder beschäftigen sich zum Beispiel schon in Kindergärten und Grundschulen mit umweltrelevanten Themen (Umweltverschmutzung, Müllvermeidung etc.), und das Thema „Kommunalpolitik und Verwaltung“ wird bereits in den Sachkundeunterricht in Grundschulen miteinbezogen. In der Schule wird heute schon früh ein Problembewusstsein für die räumliche und soziale Umwelt geschaffen.

Die Medien haben Kinder schon lange als Konsumenten entdeckt. Selbst junge Kinder können in speziellen Kindersendungen (im Radio und Fernsehen) oder auch in den „Nachrichten für Erwachsene“ von den Ereignissen in ihrer Stadt und in der Welt erfahren.

Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden. Wie viele Erfahrungen in der Praxis zeigen, sind Kinder dabei nicht kreativer, demokratischer oder offener als Erwachsene, sie sind nur in ihren Wünschen, Interessen, Vorstellungen und Perspektiven anders und bringen aus diesem Grunde andere, neue Aspekte und Sichtweisen in die Entscheidungsprozesse hinein.

**Kinder sind in ihren Wünschen, Interessen, Vorstellungen und Perspektiven anders und bringen aus diesem Grunde andere, neue Aspekte und Sichtweisen in die Entscheidungsprozesse hinein.**

Ähnlich wie nur wenige Erwachsene sich an Politik und an Entscheidungen in ihrer Umwelt beteiligen, sind es auch nur bestimmte Kinder, die an den sie betreffenden Entscheidungen mitwirken möchten. Es kann nicht das Ziel sein, z.B. alle Kinder einer Stadt bei politischen und planerischen Entscheidungen zu beteiligen. Ziel muss es jedoch sein, Kindern die Möglichkeit anzubieten, dies zu tun, und dies natürlich mit

kindgerechten Methoden. Dabei ist es – wie viele im folgenden belegte Praxis-Beispiele dokumentieren – weniger eine Frage des Alters, ob sich Kinder engagieren, als vielmehr eine Frage der Motivierung.

Kinderbeteiligung bedeutet immer, dass Kinder nicht alleine, sondern mit Erwachsenen ein Problem bearbeiten oder ein Projekt gestalten. Eine ernsthafte Partizipation muss sich ihrer Bedeutung als Beziehungsarbeit und Beitrag zur Persönlichkeitsbildung (nicht nur für Kinder) bewusst sein. Beteiligungen von Kindern sollten in einem nachvollziehbaren und dem jeweiligen Entwicklungsstand angemessenen Prozess erfolgen. Die Durchsetzung und Realisierung von gemeinsam mit Kindern getroffenen Entscheidungen sollte von Erwachsenen koordiniert werden, da hier die Kinder in unserer Erwachsenenwelt überfordert würden.

Bei allem guten Willen zur Beteiligung von Kindern sollte nicht vergessen werden, dass auch demokratische Beteiligungsformen für Erwachsene zu überdenken sind. In der Kinderpolitik wird oft der Slogan zitiert „Was gut für Kinder ist, ist oft auch gut für Erwachsene“, der umgekehrt allerdings meistens durchaus nicht gilt. Dennoch können die für Kinder und Jugendliche entwickelten aktionsorientierten Partizipationsformen als insgesamt bürgerfreundliche Beteiligungsmöglichkeiten vielleicht auch sinnvoll auf Erwachsene übertragen werden.

## **2. Rechtliche Grundlagen der Partizipation von Kindern**

### **Die Grundrechte**

Bei der Frage nach rechtlichen Grundlagen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stellt sich zunächst die Überlegung, ob es denn überhaupt rechtlicher Grundlagen bedarf, um Kindern ein Recht auf Beteiligung zu gewähren. Nirgendwo steht geschrieben, dass es Politiker/innen, Stadtplaner/innen, Architekt/inn/en oder Stadtdirektor/inn/en verboten ist, die Meinung von Kindern einzuholen oder Kinder und Jugendliche bei planerischen oder gestalterischen Problemen zu beteiligen.

Nach Artikel 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (1949) haben Kinder die gleichen Grundrechte wie Erwachsene: *Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.... Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.*

Artikel 17 führt aus:

*Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.*

Das Bürgerliche Gesetzbuch schreibt im § 1

zum Beginn der Rechtsfähigkeit:

*Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt.*

Mit dieser allgemeinen Rechtsfähigkeit wird jedes geborene Kind Träger von Rechten und Pflichten.

**Die Grundorientierung des deutschen Rechtes hinsichtlich der Beteiligung von Kindern lässt sich mit dem Schlagwort „Fürsorge statt Autonomie“ bezeichnen.**

Die Volljährigkeit bedeutet das Ende der elterlichen Sorge, sie verleiht einem Menschen unbeschränkte Geschäftsfähigkeit, Ehemündigkeit, Prozessfähigkeit und das passive Wahlrecht. Sie tritt mit der Vollendung des 18. Lebensjahres ein. Dass dieses Alter nicht auf Dauer festgeschrieben sein muss, zeigt sich in der Tatsache, dass bis zum 31.12.1974 die Volljährigkeit erst mit Vollendung des 21. Lebensjahres eintrat (vgl. auch JAUERNIG, 1981).

Dennoch: Die Grundorientierung des Deutschen Rechtes hinsichtlich der Beteiligung von Kindern (Minderjährigen) lässt sich mit dem Schlagwort „Fürsorge statt Autonomie“ bezeichnen (Münder, 1993). So herrscht im Eltern-Kind-Verhältnis ein traditionelles Verständnis von Elternrecht vor, das Kindern nur sehr wenige Rechte zugesteht.

#### **Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)**

Das 1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz ist das Nachfolgegesetz des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG). Es bietet geradezu eine Fülle von Paragraphen, die insbesondere Städte und Gemeinden auffordern, Kinder zu beteiligen. In Diskussionen und Forderungen zum Thema Kinderbeteiligung wird in erster Linie § 8 „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ zitiert:

*Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.*

Im Absatz 2 heißt es weiter:

*Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.*

Aber bereits im § 1 des KJHG ist indirekt die Beteiligung von Kindern gefordert. Mit der Vorgabe, „positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten

oder zu schaffen“ (Abs. 3, Nr. 4), hat die Jugendhilfe den Auftrag, in andere Aufgabenfelder, z. B. Städtebau und Wohnungspolitik, hineinzuwirken und sich dort zu beteiligen. „Will die Jugendhilfe ihren Auftrag und ihre Chancen einer aktiven Gestaltung gesellschaftlicher Lebenswirklichkeit wahrnehmen, so muss sie für sich selbst und für die jungen Menschen Partizipationsperspektiven einnehmen und entsprechende Methoden entwickeln“ (NIKLES, 1994, S. 87).

Der § 80 (Jugendhilfeplanung) fordert die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auf, „den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen ... zu ermitteln“.

Darüber hinaus sollen sie (Abs. 4) „darauf hinwirken, dass die Jugendhilfeplanung und andere örtliche und überörtliche Planungen aufeinander abgestimmt werden und die Planungen insgesamt den Bedürfnissen und Interessen der jungen Menschen ... Rechnung tragen.“

#### **Das Jugendförderungsgesetz Schleswig-Holstein**

Das Jugendförderungsgesetz (JuFöG) von 1992 ist in Schleswig-Holstein das erste Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG). Stärker noch als im KJHG wird hier im § 4 eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur an allen sie betreffenden Entscheidungen und Maßnahmen der Jugendhilfe gefordert, sondern es wird weiter ausgeführt, dass Kinder und Jugendliche an „Planungen in Gemeinden in angemessener Weise beteiligt werden“ sollen, „soweit ihre Interessen hiervon berührt werden.“

#### **Die Gemeindeordnung Schleswig-Holstein**

Im Dezember 1995 wurde die Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein vom Landtag dahingehend verändert, dass nunmehr eine konkrete Beteiligung festgeschrieben ist. Der § 47 f „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ führt aus:

*(1) Die Gemeinde soll bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.*

*Hierzu soll die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a bis 16 f hinaus geeignete Verfahren entwickeln.*

*(2) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise darlegen, wie sie diese Interessen berücksichtigt und die Beteiligung nach Abs. 1 durchge-*



*führt hat.*

Ähnliche Formulierungen finden sich in den Gemeindeordnungen der Länder Rheinland-Pfalz (§ 16 c) und Hessen (§ 4 c).

### **Die Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Die Gemeindeordnung NRW differenziert in § 21 (früher § 6) zwischen Einwohnern und Bürgern. Ein Einwohner ist, wer in der Gemeinde wohnt – also auch Kinder. Ein Bürger ist, wer zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt ist - also bislang nur Erwachsene.

Schaut man auf die Pflichten, die eine Gemeinde hat, so findet sich im § 23 (1 u. 2) die Verpflichtung des Rates zur Unterrichtung der Einwohner über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde. „Bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berühren, sollen Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden. Die Unterrichtung ist in der Regel so vorzunehmen, dass Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung besteht. Zu diesem Zweck kann der Rat Versammlungen der Einwohner anberaumen, die auf Gemeindebezirke beschränkt werden können.“

Ganz bewusst ist hier nicht von Bürgern die Rede, die unterrichtet werden, sondern von allen, die in einer Gemeinde leben. Jeder Mensch in der Gemeinde, also auch jedes Kind und jeder Jugendliche, hat nach dieser Ordnung das Recht, in der Gemeinde beteiligt zu werden.

Der in der neuen Kommunalverfassung eingeführte § 24, „Anregungen und Beschwerden“, regelt, dass jeder das Recht hat, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung zu wenden. Auch hier ist keineswegs nur von Bürgern die Rede. Kinder, Kindergruppen oder Jugendliche haben genau wie erwachsene Bürger einen Anspruch darauf, dass an den Rat bzw. den Bürgermeister gerichtete Anregungen und Beschwerden auch behandelt werden.

Als kleiner Fortschritt auf dem Weg der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann der neue § 25, „Einwohnerantrag“, betrachtet werden. Erstmals und nur an dieser Stelle ist direkt davon die Rede, dass Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, beantragen können, dass der Rat über eine bestimmte Angelegenheit berät und entscheidet. Eine deutliche Einschränkung findet sich jedoch schon in

Absatz 3 dieses Paragraphen. Hier wird gefordert, dass der Antrag in kreisangehörigen Gemeinden von mindestens 5 % der Einwohner/innen (höchstens jedoch von 4.000) unterzeichnet sein muss (kreisfreie Städte: 4 %, max. 8.000 Einwohner/innen). Bei einer Gemeinde mit z. B. 70.000 Einwohner/innen bedeutet dies, dass von den betroffenen Personen mindestens 3.500 Unterschriften gesammelt werden müssen. In der Praxis wird dieses Instrument der Beteiligung daher für Jugendliche kaum Relevanz bekommen. Der zuvor genannte Paragraph „Anregungen und Beschwerden“ bietet dagegen ernsthaftere Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, ihre Probleme der Verwaltung und den Politiker/innen vorzutragen.

§ 58 regelt u.a. die Zusammensetzung von Fachausschüssen. Hier ist festgehalten, dass nur volljährige Bürger die Möglichkeit haben, in diesen Gremien mitzuwirken. In Absatz 3 dieses Paragraphen wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass Ausschüsse zur Beratung einzelner Themen auch Sachverständige und Einwohner (also auch Kinder, Jugendliche bzw. deren Vertreter) hinzuziehen können.

### **Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes**

Die Ende 1989 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedete und im April 1992 offiziell für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getretene UN-Konvention über die Rechte des Kindes hat in der kinderpolitischen Arbeit einen neuen Schub ausgelöst. „Ihren stärksten politischen Ausdruck hat die Subjektstellung des Kindes in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes gefunden ... Die UN-Konvention, ein Meilenstein hin zu einem menschenwürdigen Umgang mit Kindern ...“ (NOLTE, 1996, S. 11). Diese internationale Vereinbarung enthält Vorschriften, die Kindern das Recht auf Beteiligung zuschreiben.

In Artikel 12 sichern die Vertragsstaaten „dem Kind“ das Recht zu, „sich eine eigene Meinung zu bilden“ und diese „in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

Artikel 13 der Konvention sagt: „das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ... Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere vom Kind gewählte Mittel sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.“

### **Das Baugesetzbuch**

Im § 1 des Baugesetzbuches, „Aufgabe,

Begriff und Grundsätze der Bauleitplanung“, heißt es:

*Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen*

1. (...)

2. die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung bei Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen ...

3. die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen und alten Menschen und der Behinderten  
....

Der § 3, „Beteiligung der Bürger“, führt aus:

*Die Bürger sind möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung ... und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihnen ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.*

Bürger ist auch in diesem Fall jedermann, d.h. jede natürliche oder juristische Person, die von der Bauleitplanung betroffen ist oder ein sonstiges Interesse an ihr hat (vgl. BATTIS, KRAUTZBERGER & LÖHR, 1991, S. 108).

Mehrmals wird verlangt, dass Planungen sich an menschlichen Bedürfnissen orientieren sollen, ohne dass ausgeführt wird, was menschliche Bedürfnisse eigentlich sind oder wie man von ihnen erfahren kann. Doch wenn sich räumliche Planung auf „Bedürfnisse“ berufen will, dann ist es unabdingbar notwendig, geeignete Erhebungs- und Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln.

#### **Fazit**

Ganz offensichtlich mangelt es nicht an rechtlichen Grundlagen, eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Partizipation ist ohne eine Änderung bestehender Gesetze möglich, sie wird in einigen Vorschriften (s. KJHG etc.) sogar ausdrücklich gefordert.

Überfordert erscheinen dagegen oftmals die verantwortlichen Planer/innen, und dies nicht, weil sie kein Interesse an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen haben. In der Ausbildung zum/r Stadtplaner/in oder Architekt/in wird in aller Regel weder auf den Umgang mit Kindern noch auf die besondere Lebenssituation dieser Bevölkerungsgruppe eingegangen. Vielleicht wird es in Zukunft möglich, dass im Umgang mit Kindern geschulte Mitarbeiter/innen z.B. aus Jugendämtern und Schulen gemeinsam mit den verantwortlichen Planer/innen aus Planungsämtern und Planungsbüros die notwendigen Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen realisieren. Auf diesem Wege können die in den Paragraphen der Gesetze eingearbeiteten Forderungen nach Partizipation auch in der Praxis umgesetzt werden.

### **3. Partizipation aus Sicht der Entwicklungspsychologie**

In Diskussionen um kindgerechte Beteiligungsmodelle wird immer wieder gefragt, was Kindern an Beteiligung überhaupt zugemutet werden kann, ohne sie zu überfordern. Hand in Hand geht die Frage, ab welchem Alter Kinder aufgrund ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung in der Lage sind, sich an politischen, planerischen und gestalterischen Themen zu beteiligen.

Damit ist zugleich eine spezifisch psychologische Frage aufgeworfen, nämlich, ob Kinder aufgrund ihrer geistigen Entwicklung überhaupt in der Lage sind, wichtige Entscheidungen in Bezug auf ihre Zukunft mitzubestimmen.

Kinder haben bereits im zweiten Lebensjahr ein von der Umwelt abgegrenztes Selbstkonzept entwickelt und können mit spätestens 3 Jahren über sich selbst reflektieren. Wird Kindern zu anstehenden Entscheidungen Wissen und Information ihrem Entwicklungsstadium entsprechend vermittelt, so verstehen sie, worum es bei den Alternativen geht, und können Entscheidungen treffen (OERTER, 1992).

Es ist aber nicht nur so, dass Kinder Entscheidungen treffen können, vielmehr wollen sie auch über ihr Handeln und über sie betreffende Dinge selbst entscheiden. Alle Eltern kennen die Konflikte, die sie mit ihren Kindern schon im zweiten und dritten Lebensjahr auszutragen haben, wenn es darum geht, bestimmte Ziele zu erreichen. Die häufig beschriebene Trotzphase ist nichts anderes als ein Zeichen für den starken Entscheidungswillen des Kindes. Gerade dabei geht es um ein (gesellschaftsabhängiges) Ausbalancieren von kindlicher Autonomie und im Rahmen von Erziehung geforderter Anpassung. Auf jeden Fall sind Kinder im Vorschulalter in der Lage, ihre Meinung klar zu vertreten, wenn es um ihre Wohnsiedlung oder einzelne Spiel- und Aufenthaltsorte geht.

Im Alter von ca. 6 Jahren, also mit Beginn des Grundschulalters, entwickelt sich die Fähigkeit zum logischen Denken, und Kinder sind in der Lage, logische Schlüsse zu ziehen (OERTER, 1992). Kinder überblicken ihren unmittelbaren Lebensbereich (Haus und Wohnumfeld), und spätestens ab diesem Alter können Kinder auch in diesem Bereich ernsthaft an Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Im Alter von 10 bzw. 12 Jahren sind die meisten Kinder physisch reif und besitzen ein immenses Wissen über die Welt um sie herum. Kinder sind zur Abstraktion fähig, können Strukturen in Ansätzen erkennen und entwickeln und zwischen eigenen und fremden Interessen differenzieren (MUSSEL, 1993).

**Kinder können mehr viel mehr, als die meisten Erwachsenen ihnen zutrauen. Dazu gehören Fähigkeiten, die Erwachsene in der Regel nicht von Kindern erwarten.**

Kinder können mehr viel mehr, als die meisten Erwachsenen ihnen zutrauen. Dazu gehören Fähigkeiten, die Erwachsene in der Regel nicht von Kindern erwarten. Daran ist die Wissenschaft nicht ganz schuldlos. Die kognitiven (Denk-)Fähigkeiten wurden vor einigen Jahrzehnten untersucht (PIAGET & INHELDER, 1971). In einer klassischen Studie wurde die menschliche Entwicklung in altersbezogenen Stufenmodellen dargestellt, die heute in Lehrprogrammen an Schulen und in den Köpfen von vielen Erzieher/innen und Eltern wiederzufinden sind.

Die Unterschätzung der kindlichen Umweltfähigkeiten und Umweltkompetenzen resultiert zumindest teilweise aus einer unkritischen Akzeptanz von Piagets Stufentheorie. Darin werden die räumlichen Fähigkeiten von sehr kleinen Kindern erheblich unterschätzt. Der Grund dafür kann darin gesehen werden, dass die von Piaget durchgeführten Experimente unangemessen waren und die wirklichen Fähigkeiten der Kinder nicht belegen konnten. Piagets Annahme, dass kleine Kinder (präoperationale Stufe) nur in der Lage sind, egozentrisch und nicht umkehrbar zu denken, basierte vorzugsweise auf verbalen Methoden. Werden andere Methoden eingesetzt, können Kinder Orte facetten- und umfangreicher repräsentieren. Auch zeichnerische Aufgaben können von kleinen Kindern nur unzureichend gelöst werden, nicht, weil ihnen das umweltliche Wissen fehlt, sondern deshalb, weil die zeichnerischen Fähigkeiten noch nicht ausgebildet sind. Solche Untersuchungen also, die das Raumverständnis von Kindern mit Hilfe von verbalen oder graphischen Methoden erheben, messen mehr diese Fähigkeiten an sich als das Wissen der Kinder über ihre Umwelt.

Bis vor wenigen Jahren war die Entwicklungspsychologie aufgrund der Stufentheorie der Meinung, dass Kinder unter 7 Jahren nicht nur unfähig sind, rational mit Karten umzugehen, sondern auch kein „wahres“ Verständnis von Orten haben. Es wurde davon ausgegangen, dass Kinder nicht vor dem Alter von 9 Jahren in der Lage sind, den Zweck und die Bedeutung von Karten zu begreifen.

Neuere Studien belegen, dass Kinder schon im Alter von 3 Jahren in der Lage sind, auf Luftbildaufnahmen Wiedererkennung- und kartographische Aufgaben zu lösen, auch wenn sie vorher niemals solche Aufnahmen gesehen haben (BLAUT, J. M., McCLEARY & BLAUT, A. S., 1970). Gerade für Stadtplaner/innen und Ar-

chitekt/inn/en, die Kinder beteiligen wollen, ist die Frage wichtig, ab welchem Zeitpunkt ihrer Entwicklung Kinder maßstäbliche Karten und Symbole verstehen und ab welchem Alter Kinder über Karten an Planungen beteiligt werden können. Nicht nur für Erwachsene gilt der Grundsatz, dass ein Modell oder ein Plan um so besser verstanden wird, je realistischer die Umwelt dargestellt ist. Dreidimensionale Modelle mit vielen Details sind anschaulicher und werden leichter verstanden als abstrakte Pläne. Aber auch bei zweidimensionalen Darstellungen erbringen Kinder schon sehr früh Leistungen, die ihnen von den meisten Erwachsenen noch nicht zugetraut werden. Landkarten konnten bei Kindern im Alter von 3 und 4 Jahren erfolgreich eingesetzt werden, und Untersuchungen zeigten, dass bereits Kinder im Alter von 4-6 Jahren in der Lage sind, relativ komplexe Karten zu verstehen und mit abstrakten Symbolen umzugehen (SPENCER, BLADES & MORSLEY, 1989).

Die neueren Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass das Arbeiten mit Plänen und Karten schon in vorschulische Aktivitäten einfließen und im frühen Schul-Curriculum auftauchen sollte. Sehr frühe, vielleicht sogar angeborene umweltliche Kompetenzen könnten sich zurückbilden oder sich nur langsam entwickeln, wenn sie z. B. erst in der späten Kindheit oder sogar erst im Jugendalter wieder gefordert werden.

Eine Anzahl von Studien weist darauf hin, dass kleine Kinder relativ fortgeschrittenes räumliches Wissen zeigen, wenn dieses in einer Umwelt getestet wird, die vertraut und alltäglich ist, wie z. B. der häusliche Bereich.

Jeder, der schon einmal kleine Kinder beim Spielen beobachtet hat, weiß, dass Kinder im Alter von einem Jahr bereits mit Modellautos, Modelltieren und Modellmenschchen spielen und anfangen, ihre Umwelt mit Hilfe ihres Spielmaterials nachzubilden. Das Betrachten und Erkennen aus vertikalen Positionen (Vogelperspektive) und die Umwandlung der Realität in einen anderen Maßstab und in Symbole scheint eine natürliche Fähigkeit eines jeden Kleinkindes zu sein. Der Einsatz dreidimensionaler Modelle ermöglicht es selbst kleineren Kindern, sich mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen und über Veränderungsmöglichkeiten nachzudenken (SCHRÖDER, 1996).

Die Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie machen deutlich, dass bereits Kinder im Vorschulalter in der Lage sind Entscheidungen zu treffen. Ihre Ausdrucksmöglichkeiten unterscheiden sich hierbei jedoch stark von denen der Erwachsenen. Es wird deutlich, dass die Frage nicht heißen muss, ob Kinder bei Planungsprozessen beteiligt werden können, son-

dern wie Beteiligungsformen für Kinder aussehen müssen, so dass sie Kindern eine reelle Chance zur Partizipation geben (SCHRÖDER, 1995). Beteiligungsformen für Kinder dürfen nicht primär auf verbalen Methoden basieren. Sie müssen vielmehr den Fähigkeiten der Kinder angepasst werden.

#### 4. Stufen und Anforderungen der Partizipation

Beteiligung ist nicht gleich Beteiligung. Nicht überall, wo Kinder und Erwachsene gemeinsam auftreten, kann von kindgerechter Beteiligung geredet werden. Roger HART (1992) in den USA und Wolfgang GERNERT (1993) in Deutschland haben versucht, verschiedene Stufen der Beteiligung, die von reiner Fremdbestimmung bis hin zur Selbstverwaltung reichen, zu unterscheiden. Die folgende Aufstellung versucht, diese beiden Modelle miteinander zu verbinden, und soll helfen, Projekte oder erlebte Beteiligungen einzuordnen und kritisch zu reflektieren

**1. Fremdbestimmung** – (z. B. kleine Kinder als Plakatträger auf einer Demonstration). Wenn Kinder angehalten werden, Dinge zu tun oder zu unterlassen, kann nicht von Beteiligung geredet werden. Sowohl Inhalte als auch Arbeitsformen und Ergebnisse eines Projektes sind hier fremddefiniert. Kinder haben dabei keine Kenntnisse der Ziele und verstehen deshalb die Aktionen selbst nicht.

**2. Dekoration** – Kinder wirken auf einer Veranstaltung mit (z. B. Tanzen auf einer karitativen Show), ohne dass sie genau wissen, worum es eigentlich geht.

**3. Alibi-Teilnahme** – Kinder nehmen z. B. an Konferenzen teil, haben aber nur scheinbar eine Stimme. Hierunter können Vereinsveranstaltungen, aber auch Kinderparlamente fallen. Die Kinder entscheiden jedoch selbst, ob sie das Angebot wahrnehmen oder nicht.

**4. Teilhabe** – Bei dieser Stufe können Kinder über die bloße Teilnahme hinaus ein gewisses sporadisches Engagement der Beteiligung zeigen.

**5. Zugewiesen, aber informiert** – Ein Projekt wird von Erwachsenen vorbereitet, die Kinder sind jedoch gut informiert, verstehen, worum es geht, und wissen, was sie bewirken wollen (z. B. bei Schulprojekten zu unterschiedlichsten Themen).

**6. Mitwirkung** – Im Rahmen einer indirekten Einflussnahme können Kinder durch Fragebögen oder Interviews eigene Vorstellungen oder Kritik äußern. Bei der konkreten Planung und Umsetzung einer Maßnahme haben sie jedoch keine Entscheidungskraft.

**7. Mitbestimmung** – Kinder werden tatsächlich in Entscheidungen miteinbezogen, was ihnen das Gefühl des Dazugehörens und der Mitverantwortung begründet vermittelt. Auch hier kommt die Idee des Projektes von Erwachsenen, alle Entscheidungen werden aber gemeinsam und demokratisch mit den Kindern getroffen.

**8. Selbstbestimmung** – Ein Projekt wird nicht nur mit, sondern von Kindern oder Jugendlichen initiiert. In der Regel aus eigener Betroffenheit heraus wird eine Eigeninitiative entwickelt, die von Seiten engagierter Erwachsener unterstützt und gefördert werden kann. Die Entscheidungen fällen die Kinder oder Jugendlichen, die Erwachsenen werden eventuell beteiligt, tragen die Entscheidungen aber mit.

**9. Selbstverwaltung** – Selbstorganisation z.B. einer Jugendgruppe. Die Gruppe hat dabei völlige Entscheidungsfreiheit über das Ob und Wie eines Angebotes. Entscheidungen werden Erwachsenen lediglich mitgeteilt.

Wenn Kinder nicht von sich aus Einfluss auf Entscheidungen oder auf ein Geschehen nehmen können (Stufen 1 bis 3), sollte m. E. nicht von wirklicher Beteiligung geredet werden. Inwieweit selbstbestimmte Projekte (Stufen 8 und 9) als Kinderbeteiligung bewertet werden, hängt von individuellen Maßstäben und Einschätzungen in einzelnen Projekten ab.

Das Eingebundensein von Kindern und Jugendlichen in Projekte führt, wie zahlreiche Erfahrungen in Praxisprojekten zeigen, durch das persönliche Engagement zur Verantwortlichkeit für die Erhaltung und den Schutz dieser Projekte. Durch ihre eigene Beteiligung entwickeln Kinder die Fähigkeit zu kritischer Reflexion und zum Perspektivenvergleich, was grundlegend für die Selbstbestimmung politischer Meinung ist. Ebenfalls ist Partizipation von Kindern nicht nur ein Ansatz, um mehr soziale Verantwortlichkeit und Kooperationsfähigkeit zu entwickeln, sie ist sicher auch der Weg zur Entwicklung einer psychisch gesunden Person.

Kinder sind nicht gleich Kinder. Nicht nur die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen unterschieden werden, auch Kleinkinder, Grundschul Kinder und Teenager, Jungen und Mädchen, deutsche und ausländische Kinder haben unterschiedliche Wünsche an ihre soziale und sächliche Umwelt. Kinder zu unterschiedlichen Zeiten ihrer Entwicklung unterscheiden sich in ihren Fähigkeiten zur Partizipation. Vor diesem Hintergrund ist es unumgänglich, verschiedene Beteiligungsformen anzubieten.

## Stufen der Beteiligung



**Mut zum Experiment und Mut zur Kritik sind notwendige Voraussetzungen für eine innovative Kinderbeteiligung.**

Kinderbeteiligung muss Spaß machen, sonst verliert sie schnell ihre Anziehungskraft für Kinder und Erwachsene. Deshalb wird Kinderbeteiligung immer eine Gratwanderung zwischen Arbeit (Ernst) und Freizeit (Spaß) sein müssen. Trotz aller bereits gemachten Erfahrungen steckt Kinderbeteiligung, aufgrund der insgesamt doch geringen Zahl umgesetzter Maßnahmen und Aktionen, noch in den Kinderschuhen. Aus diesem Grunde ist Mut zum Experiment und zur Kritik eine notwendige Voraussetzung für eine innovative Kinderbeteiligung.

## **5. Themen und Formen der Kinderbeteiligung**

Kinderbeteiligung erfolgt in der Regel in den eigenen Lebensbereichen der Kinder, also in Bereichen, in denen Kinder unmittelbar und persönlich betroffen sind, die sie aber auch als ihr direktes Erfahrungsfeld überblicken können. Dazu zählt der Verkehr im Wohnbereich, Spielplätze, die Schule, Freizeiteinrichtungen und -angebote, die Wohnung und das Wohnumfeld.

### **Kinderbüros und Kinderbeauftragte**

In den vergangenen Jahren sind in Deutschland, insbesondere im Bundesland Nordrhein-Westfalen, in zunehmendem Maße Kinderbüros geschaffen worden. Eine der wichtigsten Aufgaben dieser Büros ist es, als Basis der Kinderbeteiligung kindgerechte Ansprechstellen ohne Angstschwellen zu schaffen. Kinderbüros „spielen“ die Probleme, die Kinder z. B. im Straßenverkehr oder auf Spielplätzen haben, in die Verwaltungsabläufe ein. Im Rahmen der kommunalen Verwaltung wirken sie als Interessenvertretung für Kinder. Kinderbüros sind von daher so etwas wie eine kontinuierliche Partizipationsmöglichkeit für Kinder. Aufgabe der Kinderbüros und Kinderbeauftragten ist es auch, Kinderbeteiligungen zu organisieren bzw. sicherzustellen (Betreuung von Kinderparlamenten, -foren, Planungsbeteiligungen, etc.).

Kinderbüros und Kinderbeauftragte sind in der Regel bei den Verwaltungen der Städte und Gemeinden angebunden. Hier arbeiten hauptamtliche Kräfte, die entweder dem Jugendamt, der/m Jugenddezernenten/in oder direkt der/m Bürgermeister/in zugeordnet sind. Einige Kinderbeauftragte sind nicht bei der Verwaltung, sondern bei einem freien Träger angesiedelt. Der Vorteil liegt dabei darin, dass eine große Unabhängigkeit von den Wünschen der Verwaltung und Politiker/innen gegeben und so

ein freieres Handeln im Interesse der Kinder möglich ist. Dagegen hat das kommunale Modell den Vorteil, direkt in Verwaltungsabläufe eingreifen und oftmals auch auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. Die Stärke des einen Modells ist die Schwäche des anderen.

### **Kinderparlamente**

Stellt man die Frage nach Kinderbeteiligung in der Politik, wird als Beteiligungsform sehr schnell das Kinderparlament genannt, sind Parlamente doch die Grundform der Beteiligung in unserer demokratischen Gesellschaft. Wenn Kinderparlamente als Beteiligungsform genannt werden, geschieht dies jedoch keineswegs nur im positiven Sinne, sondern immer öfter mit einem sehr skeptischen Unterton.

Die „Gegner/innen“ der Kinderparlamente sehen in dieser Beteiligungsform die Gefahr von Alibi- und Schauveranstaltungen, in der lediglich Kinder in Beteiligungsformen der Erwachsenen eingepasst werden. Sprachunbegabte Kinder kommen in diesen Veranstaltungen zu kurz. Dadurch, dass Kinder als gewählte Vertreter/innen im Parlament sitzen, fehlt ihnen außerdem aufgrund ihres eingeschränkten Erfahrungsbereiches häufig der persönliche Bezug zu den besprochenen Themen und Problemen.

Neben einer häufig schlechten Finanzausstattung wird oftmals bemängelt, dass Kinder und Jugendlichen letztlich keine Entscheidungsbefugnis haben und deshalb die Umsetzung der kindlichen Wünsche von dem guten Willen der Verantwortlichen abhängt. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Gefahr, dass Kinder manipuliert, die Interessen von Erwachsenen über die Kinder transportiert und Sitzungen von Politiker/innen zur Selbstdarstellung (als PR-Maßnahme) benutzt werden.

Kinderparlamente beanspruchen eine dauerhafte hauptamtliche Betreuung mit intensiver Nacharbeit (in Kleingruppen), die Politik und Verwaltung mit einschließt.

Sofern darüber hinaus Finanzmittel zur Verfügung stehen, über die das Gremium entscheiden kann und ein Mitspracherecht bei kommunalen Entscheidungen gegeben ist, können Kinderparlamente eine gute Basis für eine Beteiligungskultur in der Stadt bieten.

### **Kinderforen**

Während es sich bei Kinderparlamenten um Veranstaltungen handelt, die mit – in irgendeiner Form – gewählten Kindern besetzt sind, sind Kinderforen grundsätzlich für alle Kinder offen. Stärker als im Kinderparlament können Kinder hier direkt ihre eigenen Probleme, Wünsche und Anregungen äußern. Eine Repräsen-

tation z. B. aller Altersgruppen, Schulformen und Stadtteile kann aber nicht erreicht werden, da jedes einzelne Kind für sich entscheidet, ob es an solchen Veranstaltungen teilnehmen möchte oder nicht.

Ähnlich den kritischen Äußerungen zu den durchgeführten Kinderparlamenten wird auch in bezug auf Kinderforen bemängelt, dass häufig nur wenig Konkretes erreicht wird und die Foren eher generelle Auswirkungen auf das gesellschaftliche Klima für Kinder haben. Probleme macht den Kinderforen die teilweise schlechte Information der Kinder und Jugendlichen (schlechte Vorbereitung), die mangelnde Kontinuität der Veranstaltungen und die langen Zeiträume bis Veränderungen erreicht sind bzw. die mangelnde Transparenz bei der Umsetzung diverser Forderungen. Gerade in diesem Zusammenhang ergeben sich Probleme, die Kinder „bei der Stange zu halten“.

Ein besonderes Problem der Kinderforen stellt auch ihre Offenheit dar. Einerseits ist es unmöglich, dass alle Kinder repräsentiert sind, andererseits kann es passieren, dass die Zahl der teilnehmenden Kinder zu groß wird und nicht alle Themen und Probleme in einer Sitzung behandelt werden können. Wegen der möglichen großen Altersspanne können Kommunikationsprobleme auftreten. Dazu kommt, dass die verschiedenen Altersstufen häufig unterschiedliche und konkurrierende Interessen und Anliegen haben.

Kinderforen können demnach nur funktionieren, wenn durch gute Vorbereitung sowohl der Kinder als auch der Erwachsenen eine positive Stimmung erarbeitet und die Veranstaltung mit einer guten Moderation (auch als „Übersetzer/in“) ausgestattet wird. Als vorteilhaft können dezentrale Strukturen (Stadtteil-Ebene) und eine getrennte Berücksichtigung der verschiedenen Altersstufen (Kinder, Jugendliche) betrachtet werden.

### **Kinderversammlungen**

Kinderversammlungen sind Zusammenkünfte von Erwachsenen mit Kindern zu umgrenzten Themen. Sie finden in kleinerem Rahmen, z. B. in Jugendzentren statt und erfordern eine geringere Vorbereitung als Kinderforen oder Kinderparlamente. Nichtsdestotrotz kann es sich dabei um geeignete Beteiligungsformen handeln, da es um konkrete Probleme geht, die Erwachsene bewusst mit Kindern und Jugendlichen bearbeiten wollen. Wichtig ist auch hierbei, dass die Erwachsenen die Beteiligungsmöglichkeiten und -grenzen der Kinder kennen, um die Auseinandersetzung nicht unnötig zu erschweren.

### **Kinderbeteiligung in und durch Medien**

Die Möglichkeiten der Medien, die Bedürfnisse, Wünsche und die Kritik von Kindern und Jugendlichen publik zu machen, sind nahezu unerschöpflich. Angefangen von Kinderzeitschriften bis hin zu Radio- und Fernsehsendungen sowie Internetseiten, in denen Kinder und Jugendliche zu Wort kommen, findet sich in der Medienlandschaft alles, was das Kinderherz begehrt.

Die große Gefahr liegt darin, dass Kinder und Jugendliche nur allzu leicht missbraucht werden können für Show-Veranstaltungen, in denen die „niedlichen Kleinen“ einen großen Auftritt haben, oder bei Werbe- und Wahlveranstaltungen, auf denen sich z. B. erwachsene Politiker/innen gerne mit den jüngsten Bürger/innen schmücken, um ihre „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ zu unterstreichen. Andererseits liegt z. B. in öffentlichen Veranstaltungen wichtiger Politiker/innen mit Kindern eine Chance, die Bedürfnisse der Kinder einem breiten Publikum mitzuteilen und verantwortliche Erwachsene öffentlich in die Pflicht zu nehmen.

Kinder und Jugendliche können in Medienprojekten lernen, bewusst und kritisch mit Mediensystemen umzugehen und sie für ihre eigenen Ziele einzusetzen. Der Umgang mit Medien macht diese durchschaubarer und vertrauter, die Gefahr der Manipulation wird geringer.

### **Kinder planen und gestalten mit – Kinderbeteiligung in der Stadtplanung**

Kinder erwarten konkrete Auswirkungen ihrer Arbeit. Gerade dieser Wunsch kann bei stadtplanerischen Projekten oftmals erst sehr spät oder manchmal sogar gar nicht erfüllt werden. Kindern muss daher von Anfang an deutlich gemacht werden, wie es um die Chancen der Realisierbarkeit ihrer Ideen steht, auch in Bezug auf Zeiträume, die für Kinder überschaubar sind. Projekte sollten möglichst kompakt, z. B. innerhalb einer Projektwoche durchgeführt werden, um die Motivation und Kontinuität der Mitarbeit aufrechterhalten zu können.

Kinder orientieren sich bei ihren Ideen häufig an bereits Bekanntem. Ihnen fällt es schwer sich von der Realität zu lösen. Dabei sind es oft Kleinigkeiten in den umgesetzten Modellen oder Plänen, die für die Kinder große Bedeutung haben und die der/m erwachsenen Planer/in nicht ohne weiteres in den Sinn kommen (unterschiedlich hohe Tischtennisplatten, Überdachung von Spielangeboten, Labyrinth zum Erforschen). Den Kindern fehlen aber häufig alternative Erfahrungen, so dass es ihnen schwer fällt, ihr Unbehagen zu konkretisieren. Wichtige

Aufgabe der Erwachsenen ist es, den Kindern diese Erfahrungen zu ermöglichen, sei es durch Besuche oder der Präsentation von alternativen Möglichkeiten.

### **Straßen- und Verkehrsplanung**

Bei Kinderversammlungen, -anhörungen, -foren und in zahlreichen Untersuchungen wird immer wieder der Verkehr auf unseren Straßen als das größte Problem für die Kinder in unseren Städten genannt. Autoverkehr belastet Kinder in jeder Hinsicht stärker als ein desolater oder verdreckter Spielplatz.

Straßen- und Verkehrsplanungen stellen die Interessen der Kinder oft genug in den Hintergrund. Aus diesem Grunde finden sich auch nur sehr wenige Beispiele für Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen an Fragen der Verkehrs- oder Straßenplanung. Befragungen von Kindern zu gefährlichen Stellen und zu Unfällen im Straßenverkehr müssen in die Verkehrsplanung einfließen. Wie das Thema Radfahren zeigt, sind dort Kinder nämlich die wirklichen Expert/inn/en.

### **Spielplatzplanung**

Spielplätze sind die Bereiche, die von Kindern am häufigsten mitgeplant und oftmals auch mitgestaltet werden. Hier wird von den erwachsenen Planer/inne/n noch am ehesten wahrgenommen, dass Kinder die Expert/inn/en für ihr Leben sind und dass sie zum Thema Spielen besondere Kompetenzen aufweisen. Dennoch sind die Beispiele für Kinderbeteiligungen bei Spielplatzplanungen insgesamt betrachtet rar gesät, und die realisierten Maßnahmen zeigen eine Fülle von Problemen auf, die in der Zusammenarbeit mit Kindern berücksichtigt werden müssen.

#### **1. Eingeschränkte Vorstellungsmöglichkeiten der Kinder:**

Bei reinen Abfragen von Kinderwünschen hinsichtlich der Gestaltung eines Spielplatzes werden von den Kindern häufig die traditionellen Spielgeräte und nur wenig Neues genannt. Gute Erfahrungen werden nur dann gemacht, wenn den Kindern z. B. im Rahmen von Exkursionen Alternativen aufgezeigt oder völlig neue Gestaltungen präsentiert werden.

**2. Finanzieller Rahmen:** Häufig bemängelt wird, dass die von den Kindern erarbeiteten Gestaltungen aufgrund fehlender Finanzen nicht umgesetzt werden können, was bei den Kindern zu starken Frustrationen führt. Schon vor der Einbeziehung der Kinder sollte der finanzielle und auch der technische/zeitliche Rahmen verbindlich festgelegt sein, um gemeinsam mit den Kindern realistische Planungen erarbeiten zu können.

**3. Zusammenarbeit mit allen Betroffenen:** Die

Realisierung eines Spielplatzes erfordert eine enge Zusammenarbeit verschiedener Ämter mit Kindern und evtl. Eltern und externen Spielplatzplaner/inne/n. Es erscheint sinnvoll, bei Spielplatzplanungen Arbeitsgruppen zu bilden, die querschnittlich kompetente Mitarbeiter/innen der verschiedenen Ämter und Externe (Kinder, Eltern, Planer, Anwohner) an einen runden Tisch holen. Mit Hilfe einer solchen „AG Spielplatz“ können sehr frühzeitig „Grabenkämpfe“ und unnötige Schriftwechsel vermieden werden. Auch misstrauische Anwohner/innen mit Ängsten vor Lärm und Schmutz der Kinder können mit dem Ziel integriert werden, eine familiengerechte oder generationenübergreifende Gestaltung zu erreichen.

### **Kinderfreundliches Wohnen**

Die derzeitige Situation vieler Familien mit mehreren Kindern ist dadurch geprägt, dass sie in Wohnungen leben müssen, die hinsichtlich der Größe, des Wohnungszuschnitts sowie weiterer baulicher Gegebenheiten nicht ihren Bedürfnissen entsprechen. Hinzu kommt, dass das unmittelbare Wohnumfeld oft nicht mehr als Spiel- und Sozialisierungsraum für Kinder in ausreichenden Maße zur Verfügung steht.

Ein kinderfreundlicher Wohnungsgrundriss muss Familienfreundlichkeit beinhalten, d. h., nicht nur die Bedürfnisse der Kinder in den verschiedenen Lebensaltersstufen dürfen berücksichtigt werden, sondern es muss auch an die Belange der Eltern gedacht werden. Zwei Voraussetzungen sind hierfür besonders wichtig: Es sollten einmal Individual- und Gemeinschaftsräumen in ausreichender Anzahl und Größe zur Verfügung stehen und zum zweiten die Möglichkeit bestehen, den Wohnraum flexibel zu nutzen.

Das ProKids-Büro in Herten hat einen Kriterienkatalog entwickelt, der bei der Verwirklichung von Kinder- und Familienfreundlichen Wohnprojekten als Grundlage dienen kann. Die Kriterien für eine kinderfreundliche Siedlung stellen dabei vor allem aus der Perspektive von Kindern wichtige Aspekte der Wohnungs- und Siedlungsgestaltung dar, die in verschiedenen Modellprojekten „Kinderfreundliches Wohnen“ (SCHRÖDER, 1993, 1999) weitestgehend realisiert werden konnten. Die genannten Aspekte lassen sich als Prüfkriterien sowohl an bereits existierende Siedlungen als auch an neue und zukünftige Planungsvorhaben anlegen. Dabei ist Kinderfreundlichkeit gleichzusetzen mit Familienfreundlichkeit, die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern kommt in der Regel auch allen Erwachsenen zugute. Kinderfreundlichkeit stellt kein isoliertes Ziel dar,



sondern fügt sich ein in das städtebauliche Bestreben, positive Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen und nachhaltig zu sichern.

### Kriterien für Kinderfreundliches Wohnen:

#### ■ Das Wohnumfeld

Kriterien	Bedeutung für Kinder
> überschaubare Größe	> Zugehörigkeitsgefühl
> eigene „typische“ Merkmale	> Identifizierungsmöglichkeiten
> vielfältig strukturierte Teilräume (Funktionsräume)	> hoher Aufforderungscharakter, Nutzungsvielfalt
> ausgeglichene Bevölkerungsstruktur	> vielseitiger sozialer Erfahrungsraum
> hausnahe Spielfläche, Gemeinschaftsfläche	> Spielflächen für Kleinkinder, Sicherheitsgefühl, Kontrollierbarkeit
> verstreute Spielmöglichkeiten (freie Wiesen und Plätze, Büsche, beispielbare Alltagsobjekte)	> interessante Spielgebiete und Spielangebote
> Ballspielplatz	> beliebte Ballspiele ermöglichen
> überdachte Spielfläche (z. B. Car-Port?)	> Spielen an Schlechtwettertagen
> Hügel (-landschaft)	> attraktive Nutzung der Freiflächen
> Sand-, Holz-, Matsch-, Wasserspielbereich	> Gestaltungsmöglichkeiten mit naturnahen Materialien
> Begrünung mit Haselnusshecken, Obstbäumen, Beerensträuchern	> sinnliche Erfahrung von Natur (-produkten)
> asphaltierte Verkehrsflächen	> befahrbar mit Inlineskates, Skateboards, Rädern
> Begegnungsbereiche, Nachbarschaftsplatz, Gemeinschaftsfläche	> Kontaktförderung / Kommunikation
> Rückzugsmöglichkeiten	> Ruhebedürfnis berücksichtigen
> Gemeinschaftseinrichtung (Bürgerhaus, Gemeindezentrum)	> Betreuungsmöglichkeiten, Treffpunkt

#### ■ Die Hausgestaltung

Kriterien	Bedeutung für Kinder
> individuelle Gestaltung des Hauses	> Identifikation mit dem Haus
> Wohnung maximal im ersten Stock	> häufiger Aufenthalt im Freien
> gut belichteter Allraum (Wohnküche) als größter Raum (mit Zugang zum Garten)	> Gemeinschaftsraum, multifunktional
> gleich große Individualräume für 2 – 3 Kinder	> Rückzugsmöglichkeiten
> Elternschlafzimmer mit Schallschleuse	> Rückzugsmöglichkeiten
> Wohnzimmer	> Rückzugsmöglichkeiten
> offene Treppe (später geschlossen)	> Förderung der Familienkommunikation
> eigener Garten (Gerätehaus)	> Naturerfahrungen
> 2 Bad/WC (mögl. mit Fenster)	> Vermeidung von Gedränge
> Keller mit tagesbelichteten Räumen	> Nutzung als Individualräume, Hobbyraum, überdachter Spielraum
> „verschachtelte“ Kinderzimmer	> hohe Attraktivität für das Spiel
> niedrige Fenster	> einfacher Kontakt nach draußen
> Aufenthaltsmöglichkeiten vor der Haustür	> Kontaktaufnahme über die „Schwelle“ des Hauses
> Windfang am Eingangsbereich	> „Schwellenspielraum“
> Schmutzschleuse	> Straßenschmutz nicht in die Wohnung tragen

> dicke Wände auch innerhalb des Hauses	> gute Schallisolierung
> Dachgeschossausbau	> zusätzliche Wohnungs-/ Spielflächen
> Umnutzung als 2 – 3 Wohnungen (z. B. durch zusätzlichen Eingang, separates Treppenhaus, Möglichkeit einer außenliegenden Treppe)	> veränderbare Nutzung im Lebenszyklus der Familie
> Austauschbarkeit von Raumbelagungen	> flexible Nutzung im Lebenszyklus
> niedrige Klingeln und Türspione	> Erreichbarkeit für Kinder

## ■ Der Verkehr

Kriterien	Bedeutung für Kinder
> kein Fahrverkehr, verkehrsberuhigende Maßnahmen	> Verkehrsunfälle vermeiden
> beispielbare Straßenelemente	> Steigerung der Attraktivität für Kinder
> Fußwegesystem („Mistwege“)	> kindliche Streifzüge
> Car-Ports	> kostengünstiges Parken und Umnutzungsmöglichkeiten
> keine Stellfläche am Haus	> Autos aus der Siedlung heraushalten

In den Lebensbereichen Wohnung und Wohnumfeld finden sich bislang jedoch nur sehr wenige Projekte, die Kinder einbeziehen bzw. sich darum bemühen, die kindliche Perspektive ernsthaft zu berücksichtigen. Dies ist um so beklagenswerter, als Wohnungen im Familienalltag heute von immer größerer Bedeutung sind, und Kinder durch verändertes Spiel- und Freizeitverhalten (Computer, Fernsehen, Gesellschaftsspiele) viel Zeit in der Wohnung verbringen.

## 6. Resümee

Welche Partizipationsformen sind besonders geeignet, hilfreich, nützlich und wünschenswert, will man Kinder und Jugendliche ernsthaft am gesellschaftlichen Leben beteiligen?

Beteiligung funktioniert am besten bei Themen, die Kinder und Jugendliche persönlich betreffen. Die Frage wäre also, in welcher Beteiligungsform sich persönliche Betroffenheit am besten widerspiegelt. Meines Erachtens sind es die dezentralen, offenen Formen der Beteiligung, die es jedem betroffenen Kind oder Jugendlichen ermöglichen, daran teilzunehmen. Die hauptsächlichen Themen der Kinder und Jugendlichen drehen sich um Probleme und Konflikte in ihren unmittelbaren Lebensbereichen. Es ist oftmals der Verkehr im Wohnbereich, es sind die Spielplätze, die Freizeiteinrichtungen und -angebote, die Schule, alles im unmittelbaren Umfeld der Kinder und Jugendlichen gelegen. Genau hier sollten die direkten Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen

werden. Dies kann ein offenes Forum sein oder auch eine Versammlung zu speziellen Themen. Eine kindgerechte Moderation spielt dabei eine besondere Rolle, um die sprachlichen Barrieren zwischen Kindern und Erwachsenen zu überbrücken und eine Verbindlichkeit der getroffenen Entscheidungen zu gewährleisten. Doch wenn die Interessen von Kinder ernsthaft vertreten werden sollen, kann an dieser Stelle nicht haltgemacht werden.

Eine Kombination verschiedener Methoden kann die Effektivität der Beteiligung erheblich verbessern. Bereits im politischen Bereich sollten Veranstaltungen vor- und nachbereitet werden. Hierbei sind Formen der Beteiligung gefordert, die es Kindern ermöglichen, ihre Probleme zu veranschaulichen oder Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Dokumentations- und kreative Methoden (z. B. Rollenspiele) können hier der richtige Weg sein. Ortsbegehungen in Form von Foto- oder Videostreifzügen setzen moderne und attraktive Medien ein, die es Kindern leicht machen, ihre Probleme zu benennen und zu veranschaulichen und die erwachsenen Planer/inne/n und Politiker/inne/n helfen, die Welt aus dem speziellen Blickwinkel der Kinder und Jugendlichen zu betrachten.

Der Einsatz von Fragebögen und anderer Formen schriftlicher Befragung bietet sich an, wenn Wünsche, Interessen, Meinungen von vielen Kindern oder Jugendlichen im Mittelpunkt des Interesses stehen (SCHRÖDER, SENTEK & KLITZKE., 1999). Dabei ist grundsätzlich zu bedenken, dass frühestens Kinder ab der 3. Grundschulklasse direkt einbezogen werden

können, da sie über gewisse Schreib- und Lesefähigkeiten verfügen müssen. Aber auch in diesem Alter haben Kinder noch große Probleme, wenn es um die Beantwortung offener Fragen geht, die die Meinung von Kindern mit Hilfe ausformulierter Sätze erkunden wollen. Gerade durch die häufige Anonymisierung von Fragebögen besteht einerseits das Problem, dass Kinder zu ihren Aussagen nicht weiter befragt werden können, andererseits die Gefahr, dass Kinder von den Ergebnissen der Befragung nicht unterrichtet werden.

Eine andere Möglichkeit, Meinungen von Kindern zu erkunden, ist, sie einfach im Gespräch danach zu fragen. Während Fragebögen voraussetzen, dass Kinder des Lesens und Schreibens mächtig sind, wird bei Interviews eine gewisse Verbalisierungsfähigkeit vorausgesetzt. Ab welchem Alter diese Kompetenz gegeben ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab. In der Regel ist es aber ab einem Alter von ca. 4 Jahren weniger eine Frage des Alters als vielmehr eine Frage der Gesprächsgestaltung durch die/den Interviewer/in.

Als Problem bei der Durchführung von Interviews wird häufig der hohe Zeitaufwand gesehen. Dabei gestaltet sich insbesondere die Arbeit mit offenen Gruppen nicht immer einfach. Verhindert werden kann dies durch das gezielte Ansprechen bestimmter, möglichst repräsentativer Gruppen, anstatt einer öffentlichen Ausschreibung.

In vielen vorgestellten Projekten im Bereich der Stadtplanung und -gestaltung wurde deutlich, dass die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an Effektivität und Konkretheit gewann, je stärker realitätsnahe Methoden eingesetzt wurden. Während abstrakte Formen der Beteiligung (Fragebögen) sowie verbale Methoden gerade jüngeren Kindern Probleme bereiten können, bieten dreidimensionale Methoden (Modellbau in verschiedenen Maßstäben) einen höheren Grad an Konkretheit. Besser noch als Zeichnungen, die bestimmte feinmotorische Fähigkeiten voraussetzen und oftmals Probleme bei der Interpretation hervorrufen, eignen sich dreidimensionale Methoden besonders, wenn es darum geht, einen konkreten Bezug zur Realität herzustellen. Andere Mittel wie z. B. Videodokumentation und Computerdarstellung müssen und sollten erst noch auf ihre Eignung für Kinder erprobt werden.

Wie im Bereich der Politik sind es auch im Bereich der Stadtplanung und -gestaltung gerade die konkreten und überschaubaren Projekte im Stadtteil oder Wohnquartier, die eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen besonders sinnvoll und notwendig erscheinen lassen. Bei der Auswahl der Methoden müssen die alters- und sozialgruppenspezifischen

Aspekte der beteiligten Kinder und Jugendlichen mit berücksichtigt werden. Dabei darf bei allem Ernst der Sache der Spaß an der Beteiligung nicht verloren gehen.

Die Beteiligung von Kindern kann die Arbeitsweise und die Ergebnisse der verantwortlichen Erwachsenen verändern und dazu beitragen, Planungsfehler zu vermeiden und eine Identifikation der Kinder mit ihrer Lebensumwelt zu fördern.

#### **Forderungen**

- Kinder müssen als Expert/inn/en in eigener Sache und als kompetente Planungspartner/innen akzeptiert werden.

- Es müssen Strukturen geschaffen werden, die eine ernsthafte Beteiligung von Kindern sicherstellen können.

- Kinderbüros oder Kinderbeauftragte sind auf kommunaler Ebene eine sinnvolle Basis zur Vertretung von Kinderinteressen und zur Realisierung von Beteiligungsprojekten.

- Rechtliche Voraussetzungen für eine Beteiligung von Kindern müssen geschaffen werden.

- Die Ideen der Kinder müssen in einem für sie überschaubaren Zeitraum umgesetzt werden.

„Gute“ Beteiligungsformen sind dadurch gekennzeichnet, dass Kinder und Jugendliche freiwillig, unter Begleitung von Erwachsenen, an einem gemeinsam formulierten und transparenten Ziel mit hoher Verbindlichkeit in überschaubaren Prozessen arbeiten. Beteiligungsprojekte müssen nicht immer auf der höchsten Ebene angelegt sein. Abhängig vom Entwicklungsstand der Kinder und abhängig vom Thema der Beteiligung können auch die Stufen Mitwirkung und Zugewiesen sinnvolle Ebenen sein. Wichtig ist jedoch, dass die verantwortlichen Erwachsenen sich bewusst sind, auf welcher Stufe sie sich bewegen, und dass nicht eingeschränkte Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als „selbstbestimmte“ Partizipation dargestellt werden.

**„Gute“ Beteiligungsformen sind dadurch gekennzeichnet, dass Kinder und Jugendliche freiwillig, unter Begleitung von Erwachsenen, an einem gemeinsam formulierten und transparenten Ziel mit hoher Verbindlichkeit in überschaubaren Prozessen arbeiten.**

Es ist wichtig, dass Kinder an Themen und Entscheidungen, die ihren Lebensraum und ihre alltäglichen Probleme berühren, beteiligt werden. Kindern wird dadurch das nötige Selbst- und Problembewusstsein vermittelt, das für ihre Zukunft und die Gesellschaft von morgen erforderlich ist.

Die Einrichtung von Formen der Kinderbeteiligung kann als Weiterentwicklung unseres

demokratischen Systems vielleicht sogar dazu beitragen, dem überall festzustellenden Phänomen der „Politikverdrossenheit“ entgegenzuwirken. Kinder und Jugendliche können ihre Meinung sagen, Ideen in Entscheidungsprozesse einbringen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung übernehmen. Dabei müssen die Erwachsenen in der Verantwortung bereit sein, Kinder mit ihren Rechten auf Selbstbestimmung ernst zu nehmen und ihnen „Spielräume“ zur Beteiligung – Spielräume für die Zukunft – bereitzustellen.

**Kontaktadresse:**

**ProKids**

Kurt-Schumacher-Straße 2 | 45697 Herten

Tel. 0 23 66. 30 33 03 | Fax: 0 23 66. 18 81 10

Internet: <http://www.prokids-buero.de>

eMail: [prokids@herten.de](mailto:prokids@herten.de)

## Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit

Die Grundannahme dieses Textes ist, dass eine politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in Stadtteilen möglich ist, in denen soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Problemlagen die Ausgangsbedingungen schwierig machen. Voraussetzung ist eine gründliche methodische Klärung von möglichen Beteiligungsansätzen, vor allem aber die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch eine offensive Stadtteilarbeit. Anders herum gesagt bieten die verschiedenen Stadtteilprojekte, die sich in den letzten Jahren unter anderem durch städtebauliche Programme entwickelt haben, sehr gute Voraussetzungen, auch Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche zu integrieren.

In meinen Ausführungen orientiere ich mich an folgendem Aufbau:

Eine erste Annäherung an das Thema geschieht zunächst durch eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Partizipation auf dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Bestrebungen zu einer stärkeren Beteiligung von Kindern an kommunaler Politik (vgl. BARTSCHER, 1998; SCHRÖDER, 1995, 1996). Hier wird deutlich, dass Kinder nicht so recht- und einflusslos sind wie vielfach angenommen. Allerdings nutzen sie die bestehenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten genau so viel – oder besser gesagt: genau so wenig – wie ihre erwachsenen Vorbilder. Schon hier lässt sich die Forderung ableiten, dass die Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nur im Rahmen einer übergreifenden Demokratisierung legitim ist. Eine weitere Klärung des Begriffes „Partizipation“ erbringt zusätzliche wichtige Handlungsgrundsätze (1). Mit der Darstellung des „sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden“ wird ein Stadtteilprojekt vorgestellt, in dem Kinderinteressenvertretung zunächst als Verbesserung der Lebensumstände aller Bewohner/innen und als Beseitigung struktureller Missstände verstanden wird. Da es hier Beteiligungsansätze für alle Bewohner gibt, sind Kinder und Jugendbeteiligungsprojekte in diesem Rahmen gut aufgehoben (2.). Anschließend werden fünf Praxisbeispiele für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in diesem Stadtteilprojekt dargestellt (3.) und die Erfah-

rungen der Bewohnerbeteiligung insgesamt reflektiert (4.).

### 1. Was heißt „Beteiligung“?

Die fachliche Diskussion um die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen wird überwiegend unter der Prämisse geführt, dass Kinder weder genügend Beteiligungsrechte noch genügend Beteiligungsmöglichkeiten hätten. Wenn man demgegenüber konkrete Partizipationsformen betrachtet, fällt auf, dass Kinder bei weitem nicht so einflusslos sind, wie es die Fachdiskussion unterstellt. Der Begriff der Partizipation lässt sich konkreter fassen als Handlungsmöglichkeiten, die jede Bürgerin und jeder Bürger ergreifen kann, wenn sie oder er etwas tun will, um politische Ziele zu erreichen. Uehlinger beschreibt ein Spektrum von Handlungsmöglichkeiten (UEHLINGER, 1988), das auch auf die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern zu übertragen ist. Er unterscheidet fünf „Partizipationstypen“:

(a) In der **Staatsbürgerrolle** werden grundlegende Handlungsweisen ausgeübt: sich informieren und eine Meinung bilden, diskutieren über Politik, andere von der eigenen Meinung überzeugen, wählen. Zu diesem Typus sind auch bestimmte Formen des Antrags- und Anhörungsrechtes (Bürgerantrag, Einwohnerfragestunden usw.) zu zählen.

(b) Zu den **problemspezifischen Partizipationsformen** werden alle Handlungsweisen gezählt, die Menschen ergreifen, um die politische Lösung eines sie betreffenden Problems zu bewirken:

(c) Zur **parteiorientierten Partizipation** werden neben der Mitgliedschaft alle Tätigkeiten gezählt, die im Rahmen politischer Parteien ausgeübt werden, angefangen von der Wahlkampfarbeit über Organisation politischer Veranstaltungen bis hin zur Ausübung eines politischen Amtes.

(d) Zum **zivilen Ungehorsam** gehören illegale, aber gewaltlose Tätigkeiten wie Hausbesetzungen, Sit-Ins, verbotene Demonstrationen, wilde Streiks, Miet- und Steuerverweigerung.

(e) Die **gewaltförmige politische Partizipation** umfasst alle Aktionsformen, bei denen Gewalt gegen Sachen und/oder Personen ausgeübt wird.

Die Konkretisierung des Begriffs Partizipation zeigt, dass viele Handlungsmöglichkeiten auch jetzt schon von Kindern wahrgenommen werden können. Kinder partizipieren aktiv an den politischen Prozessen dieser Gesellschaft, ohne dass dies bewusst angestrebt oder gesteuert

wäre. Der Blick auf die Methoden und Formen institutionalisierter Kinderinteressenvertretung verstellt leicht den Blick dafür, dass es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten gibt, die für Kinder jederzeit und ohne Erwachsenenunterstützung ausübbar sind.

So ist für Kinder der **Staatsbürger-Partizipationstypus** zu einem wichtigen Teil ausübbar: Auch wenn sie nicht wählen gehen können, können sie doch ihre Meinung sagen und Anhörungs- und Antragsrechte wahrnehmen. Viele Erziehungskonzepte in Familie, Schule und Einrichtungen sind vom Willen geprägt, Kinder ernst zu nehmen und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen.

**Problemorientierte Partizipationsformen** sind für Kinder durchweg ausübbar, zum Teil sogar mit großer Wirkung, denn von Kindern inszenierte politische Aktivitäten erhalten oft große mediale Aufmerksamkeit und damit nicht unerhebliche politische Wirkung.

Auch **parteiorientierte Formen** sind zum Teil möglich, denn die meisten Parteien haben Jugendorganisationen, die ab einem gewissen Alter Kindern und Jugendlichen offen stehen. Viele bedeutende Politiker/innen haben ihre Karrieren in den Schülerorganisationen von Parteien begonnen.

Als **ziviler Ungehorsam** im Sinne einer politischen Partizipationsweise ist zum Beispiel Schulverweigerung zu nennen, auch rebellisches Verhalten gegen Eltern und Lehrer. Gerade die Schulverweigerung ist als Ausdruck des Protestes gegen unbefriedigende Lebenszusammenhänge zu sehen und wäre damit eine Form der gesellschaftlichen Partizipation.

**Gewalt** schließlich ist unter Kindern und Jugendlichen ein probates Mittel zur Durchsetzung von Interessen oder zur Äußerung von Problemen. Von Eltern und Lehrern mit Sorge beobachtet, werden die Erscheinungsformen von Gewalt in Schule und Stadtteil oftmals zum Anlass, Maßnahmen zu ergreifen<sup>1</sup>. Allerdings ist den meisten Beteiligten klar, dass Gewalt nicht nur ein Normverstoß, sondern immer auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit ist und „dass es enge Zusammenhänge zwischen der Gewalt, die Kinder und Jugendliche gegen andere ausüben, und der Gewalt, die sie erleben bzw. erleiden, gibt, dass also über den einen nicht ohne den anderen Aspekt gesprochen werden darf“ (Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern, 1994, S. 7). Gerade im kommunalen Bereich spielt strukturelle Gewalt eine große Rolle: Bebauungsformen, Verkehrsführung oder monotone und verkommene Spielplätze schränken die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder insbesondere in benachteiligten Stadtgebieten ein und provozieren Gegengewalt. Vandalismus in Schulen oder auf

öffentlichen Spielplätzen sind als eine Form des kindlichen und jugendlichen Protests gegen Missstände zu verstehen.

**Kinder sind nicht so einflusslos wie vielfach beklagt. Sieht man von Wahlberechtigung und Parteimitgliedschaft ab, bleibt ihnen ein breites Spektrum an Aktionsformen, um ihre Interessen zu vertreten.**

Kinder sind also nicht so einflusslos wie vielfach beklagt. Sieht man von Wahlberechtigung und Parteimitgliedschaft ab, so bleibt ihnen ein breites Spektrum an Aktionsformen, um ihre Interessen zu vertreten, das sie unterschiedlich aktiv und konstruktiv nutzen. Das hier beschriebene Spektrum der auch für Kinder zu nutzenden Partizipationsformen erweitert das gängige Repertoire der Kinderpolitiker/innen und Pädagog/inn/en und irritiert zugleich deren Ansprüche. Dabei geraten Verhaltensweisen in den Blick, die nicht gern gesehen werden. Sie besitzen durchaus einen politischen Horizont, auch wenn dies von den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst nicht unbedingt so wahrgenommen wird. Partizipation ist nicht per se „gut“, z. B. wenn sie die Partizipations- und Handlungsmöglichkeiten anderer einschränkt. Auch problematische oder abzulehnende Formen von Partizipation wie Vandalismus oder rassistische Gewalt sind häufig nicht zuletzt Symptome für strukturelle Gewalt, für verweigerte oder unzureichende Handlungsspielräume, und Jugendliche erzwingen damit staatliche Reaktionen, die in manchen Fällen konstruktive Prozesse einleiten<sup>2</sup>.

#### **Partizipation als Aushandlungsprozess - Beteiligung aus der Sicht von Betroffenen und aus der Sicht von Institutionen**

Partizipation hat stets zwei Perspektiven (vgl. Schaubild 1): die der Betroffenen, die gesellschaftlich teilhaben wollen, und die der politischen Institutionen, die über die Entscheidungsmacht verfügen und Partizipation fördern oder behindern, im Extremfall blockieren.

Partizipation ist aus Sicht des offiziellen politischen Systems oftmals Teil von Akzeptanzpolitik: eine Strategie, um Entscheidungen möglichst reibungslos vorzubereiten, durchzusetzen und mögliche Widerstände abzufedern und einzubinden. Sie kann zu einer „Beschäftigungstherapie“ missbraucht werden; „gemeint ist damit, dass Kräfte, die sonst phantasievoll wirksame Widerstandsformen entwickeln würden, gebunden werden durch die vorgegebenen Strukturen der Partizipationsformen und der Hoffnung auf Einfluss in den Mitbestimmungsgremien. Oft findet Partizipation dann auf 'Nebenschauplätzen' statt, und es werden

<sup>1</sup> Vgl. beispielsweise den gemeinsamen Runderlass des Kultusministeriums und Innenministeriums NRW über die „Netzwerke gegen Gewalt an Schulen und im schulischen Umfeld, Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften bei den Kreisen und kreisfreien Städten“ (GABI I NW S. 38).

<sup>2</sup> Der Auslöser des Stadtteilprojektes Hamm Norden war Jugendgewalt im Umfeld und innerhalb der dortigen Hauptschule; vgl. Punkt 2.

trügerische Illusionen geweckt“ (SÜNKER & SWIDEREK, 1997, S. 17).

Auf der anderen Seite stellen die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten für die von politischen Entscheidungen Betroffenen einen (oftmals mit großen Hoffnungen, manchmal mit Illusionen verbundenen) Weg dar, die eigenen Interessen durchzusetzen. Bei Jugendlichen überwiegt allerdings – so zeigt die neueste SHELL-Jugendstudie – Skepsis und Ablehnung bei der Einschätzung von Partizipationsmöglichkeiten. Diese Skepsis hängt zweifellos mit der Erfahrung zusammen, dass Interessen von Kindern und Jugendlichen in der etablierten Politik kaum Berücksichtigung finden: „Diese Erfahrungen und Einschätzungen münden offenbar in einer generellen ‘Entfremdung’ vom politischen System und seinen Organisationen und Ritualen, [führen] aber auch zu der Überzeugung, dass eigene Interessen im politischen Bereich nicht durchsetzungsfähig sind und am Widerstand der Erwachsenen scheitern“ (JUGENDWERK, 1997, S. 18).

zu Missverständnissen. Während beispielsweise die Einen emphatisch die stärkere Beteiligung von Kindern fordern (ohne dass die Befürworter/innen ihre institutionelle Verflechtung in staatliche Zusammenhänge wahrnehmen), schlägt ihnen von anderer Seite erhebliches Misstrauen entgegen, wobei von den Skeptiker/inne/n oftmals ein reales institutionelles Bemühen um Demokratisierung in Abrede gestellt wird.

Die Tatsache, dass „Partizipation“ für diese beiden unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Perspektiven steht, führt in vielen Diskussionen zu unnötigen Konfrontationen und

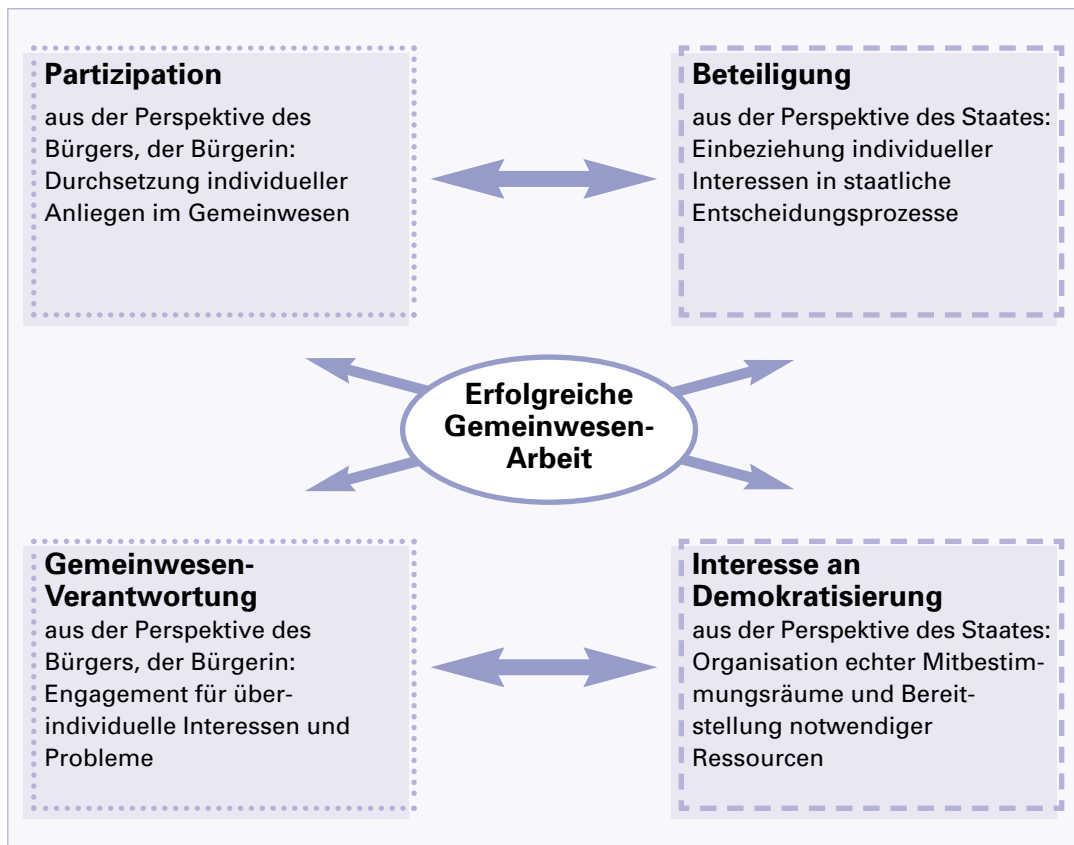


Schaubild 1: Partizipation und Gemeinwesenverantwortung – Differenzierung zwischen individueller und staatlicher Perspektive

Eine zweite Überlegung schließt sich an (vgl. Schaubild 1, zweiter Teil). Die Kinderrechte-Diskussion wird noch heute überwiegend so geführt, dass die Rechtsansprüche von Kindern und Jugendlichen in den jeweiligen Zusammenhängen als Mitsprache- und Beteiligungsrechte eingefordert werden. Die andere Seite – Übernahme von daraus resultierenden Verantwortlichkeiten – wird eher apologetisch einer konservativen Wertepädagogik zugerechnet und diskreditiert, die dieses Themenfeld bisher okkupiert, indem sie der Forderung nach Kinderrechten verkürzend entgegnet, Kinder sollten zunächst einmal lernen, Pflichten zu übernehmen (vgl. MAGS, 1997).

**Die Forderung nach den Verantwortlichkeiten und „Pflichten“ von partizipierenden Kindern und Jugendlichen wird eher apologetisch einer konservativen Wertepädagogik zugerechnet und diskreditiert, die dieses Themenfeld bisher okkupiert.**

Der Begriff der „Pflicht“ suggeriert pseudoobjektive Werte und Normen, gegen die sich Kinder, Jugendliche und viele Erwachsene mit Recht auflehnen. Verantwortung meint in unserem Verständnis viel mehr die Bejahung und die Bereitschaft, für die Konsequenzen des eigenen Handelns und der eigenen Willensäußerungen einzustehen, sofern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies ermöglichen, zulassen oder sogar begünstigen. Da es sich um Aushandlungsprozesse handelt, bei denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich als (zunehmend) gleichberechtigte Verhandlungspartner betrachten, ist daraus konsequent abzuleiten, dass es nicht darum gehen kann, Kindern und Jugendlichen Verantwortlichkeiten aufzubürden, mit denen Erwachsene sich entlasten wollen (vgl. auch BMFSFJ 1998, S. 144f.). Gleichgewichtig sind eigen-willige Vorschläge und Forderungen, mit denen Kinder und Jugendliche Erwachsenen gegenüber treten.

Zu wachsenden Rechtsräumen und ihrer positiven Ausgestaltung gehört essentiell dass Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene in dem jeweils geschaffenen Rahmen Verantwortung übernehmen. Hierzu gibt es in der konkreten Lebenswelt vielfältige Ansätze und Möglichkeiten. Alle praktischen Erfahrungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche unter geeigneten Bedingungen bereit sind, Verantwortung in hohem Maße zu übernehmen. Mit der konsequenten Beteiligung und der Übergabe von Verantwortung wird Jugendhilfe dem Anspruch gerecht, Kinder und Jugendliche als Subjekt ihrer Entwicklung zu verstehen. Ein positives Entwicklungspotential wird dann erkennbar, wenn Kindern und Jugendlichen Ei-

genständigkeit und Verantwortlichkeit zuge-Mut-et wird. Denn sie können sicher sehr viel mehr leisten und sehr vieles besser tun, als ihnen heute von den Erwachsenen zugetraut wird.

Auch in der Stadtteilarbeit mit schwierigen, teilweise gewalttätigen Jugendlichen ergeben sich daraus Konsequenzen für den Umgang mit ihnen. Der Leiter des Essener Kinderbüros, Jürgen Schroer, betont, dass der Verzicht auf „Inpflichtnahme“ von Kindern und Jugendlichen zu einer Orientierungslosigkeit führt, die inakzeptable Verhaltensweisen zur Folge hat. Sachzerstörungen, Vandalismus und Rücksichtslosigkeit werden von der Jugendhilfe häufig als ein zwar unakzeptables, aber für die Kinder und Jugendlichen einseitig als subjektiv sinnvolles Verhalten (z. B. im Sinne eines Signals an die Erwachsenen) zu deuten versucht. Die Betroffenen werden aber nicht mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert; Sanktionen werden vermieden oder anderen überlassen. „Die normative Ebene wird von der Jugendhilfe ausgeblendet, hierfür sei die Jugendhilfe nicht zuständig“ (SCHROER, 1997, S.165). Es ist fatal, die Auseinandersetzung um Recht und Ordnung reaktionären Kräften zu überlassen, die daraus politisches Kapital schlagen können. Verantwortung übernehmen bedeutet auch für Jugendliche, für die Folgen des Handelns einzustehen bzw. die Folgen des eigenen Handelns zu antizipieren und notfalls nach geeigneteren Handlungsmustern zu suchen.

Die Frage nach der Übernahme von Verantwortung stellt sich ebenso für Erwachsene. Die entsprechenden Schlagworte lauten „Empowerment“, „Selbsthilfe“, „Aktivierung“ oder „Bürgergesellschaft“. Auch hier gilt, dass die Erwachsenen als Vorbild gefordert sind.

Schaubild 1 symbolisiert die gegenseitige Abhängigkeit von individueller und staatlicher Partizipationsperspektive und Verantwortlichkeit, ohne damit eine „Gleichmächtigkeit“ zwischen Staat und Individuum auszudrücken. Eine funktionierende Gemeinwesenarbeit kann nur gelingen, wenn Einzelne aktiv werden und dazu staatlichen Raum und Unterstützung erhalten, während die Individuen zum Interessenausgleich bereit sind, und die institutionellen Beteiligungsansätze transparent, ernstgemeint und wirksam sind.

#### **Das Ideal demokratischer Politik als Maßstab zur Bewertung konkreter Kinderbeteiligung**

Angelehnt an die Demokratiediskussion der griechischen Antike hat der Politologe Thomas Meyer ein Ideal politischen Handelns dargestellt (MEYER, 1994, S. 24). Darin werden die subjektive Betroffenheit von einer politischen Frage, das politische Engagement und die



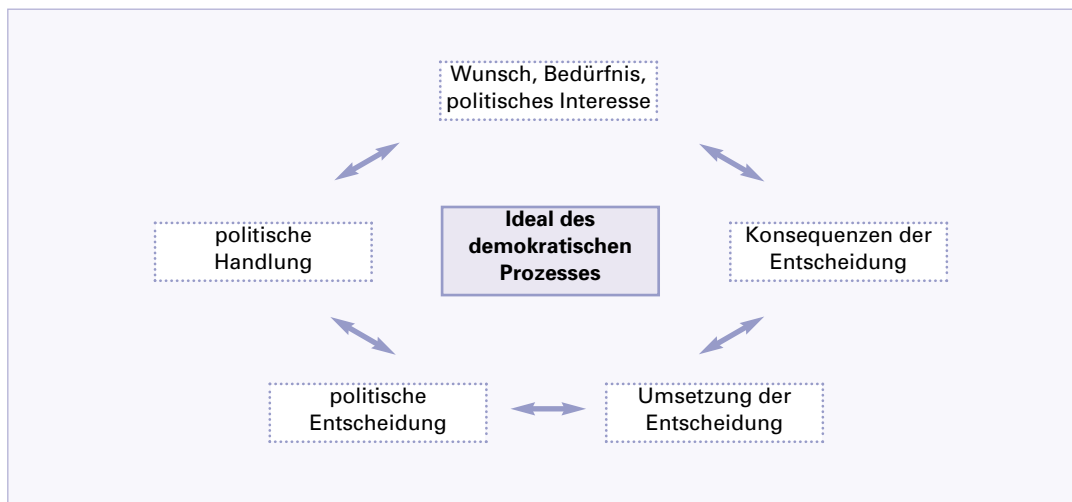


Schaubild 2: Ideal des politischen Prozesses

Betroffenheit mit den Ergebnissen politischer Entscheidungen in Zusammenhang gesetzt (vgl. Schaubild 2) und stellen sich im Idealfall als Handlungskreislauf dar. Dieses Ideal von Politik ist in unserer gegenwärtigen Demokratie an kaum einer Stelle wiederzufinden. Die meisten politischen Fragen sind angesichts der weltweiten Globalisierung, der institutionellen Differenzierung des politischen Systems und der mangelnden direkten Politikmöglichkeiten in unserem Staat von ungeheurer komplexer Natur. Das führt dazu, dass die politisch Entscheidenden von ihren Entscheidungen nicht betroffen sind, während die von den politischen Entscheidungen Betroffenen keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen haben (vgl. ausführlicher hierzu BARTSCHER, 198, Kap. 2). Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss man sich der Frage stellen, ob es nicht – insoweit Kinder- und Jugendpolitik auch ein pädagogisches Lernfeld ist – notwendig ist, politische Aktionen und politische Entscheidungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie diesem Ideal möglichst nahe kommen.

Dies möchte ich anhand von zwei Erfahrungen verdeutlichen:

**Erfahrung 1:** Als sich Mitte der achtziger Jahre jugendliche Skateboard-Fahrer an den Jugendhilfeausschuss in Hamm wandten und eine Skateboard-Anlage forderten, waren alle Beteiligten guten Willens und versprachen den Jugendlichen, sich für ihre Forderung einzusetzen. Die Verwaltung fand nach langwierigen Diskussionen im Nordring einen Standort, der genau 100 Meter zwischen Wohnbebauung auf der einen und Hausmeisterwohnung eines öffentlichen Gebäudes auf der anderen Seite lag. Im nächsten Schritt mussten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Kostenberechnung für eine Halfpipe einschließlich Untergrund und Umzäunung ergab, dass Mittel von 85.000 DM notwendig waren. Bis die Mittel schließlich bewilligt, der Bauantrag genehmigt

und die Baumaßnahme abgeschlossen waren, gingen einige Jahre ins Land. Die Jugendlichen waren erwachsen und die Skateboard-Welle abgeebbt. Jugendpolitiker aller Couleur nahmen mit Unbehagen wahr, dass die Anlage im Nordring oft leer stand. Erst die Inliner-Bewegung und die neue Skater-Bewegung eroberten die Half-Pipe, so dass sie in den letzten Jahren dauerhaft genutzt wird. Hier hatte Jugendpolitik zumindest aus Sicht der Jugendlichen versagt, obwohl alle Beteiligten ihr Bestes gegeben hatten.

**Erfahrung 2:** 1997 kamen zur öffentlichen Präsentation einer Spielplatzplanung ca. 50 Inliner fahrende Jugendliche. Sie lehnten die Pläne der Verwaltung, die mit Kindern zusammen erarbeitet worden und ökologisch vorbildlich waren, rundweg ab und forderten statt dessen eine Skateboard-Rampe. Aufgrund der schon erteilten Baugenehmigung und aufgrund der ökologischen Modellförderung war der Bau einer Skateboard-Rampe auf diesem Platz und mit diesen Mitteln nicht möglich.

Das Jugendzentrum Bockelweg ergriff in dieser Situation die Initiative und begann mit den Jugendlichen, einfache Skateboard-Rampen zu bauen. Nach ersten Versuchen, diese Rampen provisorisch aufzustellen, blieben die Rampen dauerhaft auf dem Fahrradparkplatz des ehemaligen Freibades Heessen stehen und wurden rege genutzt.

Doch die Jugendlichen wollten mehr. Sie starteten eine Unterschriftensammlung, besuchten den Bezirksvorsteher in seiner Sprechstunde, nahmen mit der örtlichen Presse Kontakt auf und erreichten, dass das Jugendzentrum einen Schreiner beauftragte, mit den Jugendlichen zusammen eine Halfpipe zu bauen. Die Bauaktion begann im Herbst 1998, die fertige Halfpipe wurde Ostern 1999 aufgestellt. Die Honorar- und Materialkosten für dieses Projekt betragen 9.000 DM. Die Halfpipe hat bis zum Herbst 2000 gestanden und wurde intensiv genutzt. Dann wurde sie mit Einverständnis der

beteiligten Jugendlichen aufgrund der nicht optimalen Haltbarkeit wieder abgebaut. In der Zwischenzeit hatte die Verwaltung aufgrund des Engagements der Jugendlichen für die Aufstellung fertiger Rampen gesorgt, so dass den Jugendlichen heute auch ein dauerhafter Skatertreff zur Verfügung steht.

Im zweiten Beispiel haben die Jugendlichen sich engagiert, politische Forderungen erhoben, klassische Politikstrategien (Leserbriefe, Pressearbeit, Nutzung von Sprechstunden) genutzt. Sie haben Verantwortung für die Realisierung der Halfpipe übernommen und es nicht der Stadt überlassen, ihnen eine fertige Anlage vorzusetzen. Immer wieder hatten sie mit Frustrationen zu kämpfen, weil es nicht so schnell ging, wie sie es gern gehabt hätten, aber sie haben diesen Frust bewältigt. Im Ergebnis haben sie politisch erfolgreich gehandelt. Mitarbeiter/innen des Jugendamtes haben diesen Prozess angeregt, begleitet und unterstützt.

Jugendhilfe hat insofern einen geeigneten Rahmen für Beteiligung geschaffen und ermöglicht, dass Handeln und Handlungsfolgen für die Jugendlichen erlebbar waren, in Zusammenhang standen und letztlich zu einem politischen Erfolgserlebnis aller Beteiligten führte.

## **2. Beispiel Hamm-Norden: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Vertretung ihrer Interessen in einem Stadterneuerungsprojekt**

Auslöser des Stadtteilprojektes Hamm-Norden war eine Phase zunehmender Jugendgewalt im Stadtteil und insbesondere im Umfeld der dortigen Hauptschule. Ursprünglich ging die Initiative zu einem Stadtteilprojekt von dieser Hauptschule und ihrem Leiter sowie einigen Mitarbeiterinnen aus Tageseinrichtungen, weiteren Schulen, Kirchengemeinden, dem städtischen Kinderbeauftragten und städtischen Dienststellen aus, die den „Präventivkreis Hamm-Norden“ gründeten. Hier kamen Profis der Sozialen Arbeit, Politiker/innen aus dem Stadtbezirk und engagierte Bürger/innen zusammen und begriffen die Gewaltphänomene als Ausdruck einer katastrophalen Situation im Stadtteil. Nach der Gründung des Präventivkreises 1992 organisierte dieser im September 1992 die erste Stadtteilkonferenz zu dem Thema: „Im Hammer Norden muss etwas geschehen!“ Diese Stadtteilkonferenz setzte mehrere wichtige Prozesse in Bewegung bzw. unterstützte sie:

(1) Um die Jahreswende 1992/1993 konzipierte das Sozialdezernat die Neuordnung der

sozialen Dienste, um die Mitarbeiter/innen des Jugendamtes, hier insbesondere der Familienhilfe, sowie die Mitarbeiter/innen des Sozialamtes, hier insbesondere der offenen Sozialhilfe, bürgernah in die Stadtteile zu versetzen. Damit wurde auch die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern im Sozialdezernat in Bezug auf die Problemlagen lokal besser organisiert. Das bisherige Buchstabensystem des Sozialamtes wurde aufgelöst und regionale Teams der Familienhilfe gebildet.

(2) Gleichzeitig wurde sowohl in der Stadtplanung in Hamm als auch in den Ministerien des Landes immer deutlicher, dass die klassischen Stadterneuerungsansätze mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und Wohnumfeldverbesserung vielfach an den komplexen Problemlagen vorbeigingen. Das Planungsamt leistete zu dieser Zeit Vorarbeiten für eine städtebauliche Rahmenplanung für den Hammer Norden. Der Rahmenplan sollte „bewohnerorientiert“ erarbeitet und nicht am grünen Tisch geschrieben werden. 1994 verabschiedete das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr NRW das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, das darauf abzielte, die sich überlagernden sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Probleme durch integrierte Ansätze zu lösen.

(3) Unterstützt von den Aktivitäten des Kinderbeauftragten, dessen Aufgabe ja die Vertretung von Kinderinteressen in der Stadtplanung ist und der nach Möglichkeiten suchte, den Kontakt zum Planungsbereich zu festigen, wurde eine Verknüpfung dieser beiden Entwicklungsstränge gesucht. Zugleich war klar, dass isolierte Ansätze der Kinderbeteiligung in diesem Stadtteil von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Damit Kinderbeteiligungsprojekte nicht auf „bessere“ Stadtteile beschränkt blieben, war die Einmischung in Stadtteilarbeit erforderlich. Weiterhin konnten in die Bewohnerbeteiligung Methoden aus der Kinderbeteiligung eingebracht werden.

(4) Der Präventivkreis arbeitete in dieser Zeit intensiv weiter, übte Druck auf die Entscheidungsträger/innen aus, machte den Weg für das Konzept frei und begleitete die Arbeit der Verwaltung kritisch und anregend.

Diese vier Entwicklungsstränge führten zum Konzept des „sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden“, das der Rat der Stadt Hamm im Juni 1993 beschloss. „Zur Realisierung eines integrativen Arbeitsansatzes, der den vielschichtigen Aufgaben im Hammer Norden gerecht wird, ist die enge inhaltliche Verzahnung von sozialen und stadtplanerischen Lösungsansätzen zu fördern, sowie eine dieser Zielsetzung angepasste Arbeitsorganisation zu etablieren.“

Mit der Aufnahme des Hammer Nordens in das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ der Landesregierung NRW als einer der ersten Stadtteile in 1994 und später in das Bundesprogramm „Die soziale Stadt“ konnten die Arbeit des Stadtteilprojektes finanziert werden. Bis 2000 wurden im Rahmen der beiden Programme insgesamt 11 Mio. DM bewilligt.

### **Zur Charakterisierung des Stadtteils Hamm-Norden**

Im Hammer Norden gibt es zwei sehr verschiedene Arten von Wohngebieten: Neben der überwiegenden Zahl relativ gutbürgerlicher Quartiere, deren Bewohner/innen sozial integriert sind, bestimmen die Wohnquartiere mit sozialen Benachteiligungen das Image und das öffentliche Bild. Zwischen den unterschiedlichen Wohnquartieren gibt es selten soziale Verbindungen; die Stigmatisierung der ausgegrenzten Quartiere erfolgte auch innerhalb des Stadtteils. Maßgeblich für die lange Vernachlässigung der sozialen Probleme ist die Zugehörigkeit des Hammer Nordens zu zwei politischen Stadtbezirken, für die die Nordener Wohnquartiere jeweils randständig liegen. Hamm-Norden ist in erster Linie ein Wohnstadtteil, die Zahl der Betriebe und der Arbeitsplätze ist in Relation zu den Einwohnerzahlen niedrig.

Aufgrund städtebaulicher, strukturpolitischer und sozialer Entwicklungen haben sich seit Ende der siebziger Jahre mehrere soziale Brennpunkte im Hammer Norden entwickelt. Verantwortlich dafür waren unter anderem die Einrichtung von mehreren Obdachlosenunterkünften nach dem Krieg und der Bau von Siedlungen im Geschosswohnungsbau durch die Neue Heimat im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Die zunächst attraktiven Wohnlagen verwandelten sich in Zeiten relativ gut gedeckten Wohnungsbedarfes Ende der achtziger Jahren fast unbemerkt zu gravierenden Problemgebieten. Zusätzlich führte die mangelnde politische Zuständigkeit durch die Aufteilung auf zwei Stadtbezirke zu einer politischen Vernachlässigung. Daraus entwickelten sich eine Reihe von sozialen Problemlagen:

Konzentration von Bewohner/innen verschiedenster Nationalitäten auf sehr engem Raum, Ethnisierung sozialer Konflikte, Sprach- und Kommunikationsprobleme, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Jugendkriminalität, Drogengebrauch und Drogenhandel, Vielzahl familiärer Trennungen/Scheidungen, Gewalt in Schulen, Wohnumfeld und Stadtteil, Zunahme psychisch kranker Eltern und generell Einkommensarmut.

Insgesamt leben viele sozial sehr schwache Familien mit häufig hoher Kinderzahl im Ham-

mer Norden. Dies trifft sowohl für deutsche, ausländische und ausgesiedelte Familien zu. Verschärft wird die Problematik durch den Zuzug von Multiproblemfamilien aus anderen Stadtteilen oder Gemeinden. Gleichzeitig verlassen die durch die Soziale Arbeit stabilisierten Familien den Stadtteil oder die Brennpunktbereiche. Während die Sozialstruktur des gesamten Hammer Nordens im gesamtstädtischen Vergleich als relativ benachteiligt erscheint (Arbeitslosenquote ca. 12% gegenüber ca. 8%; Anteil von Migrant/inn/en 16% gegenüber 11%; Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen 10,1% gegenüber 4,9%), verschärft sich die Lage bei einer kleinräumiger Betrachtung. So gehört der Bereich an der Schottschleife zu den kinderreichsten Wohngebieten in Hamm; es leben ca. 650 Kinder hier, das sind 31,6% der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig sind von diesen 650 Kindern 52% ausländischer Herkunft. Hinzu kommt der Anteil der Aussiedler-Kinder und -Jugendlichen. Diese Zahlen sind Indiz für soziale Problemlagen, die durch die alltäglichen Erfahrungen bestätigt werden.

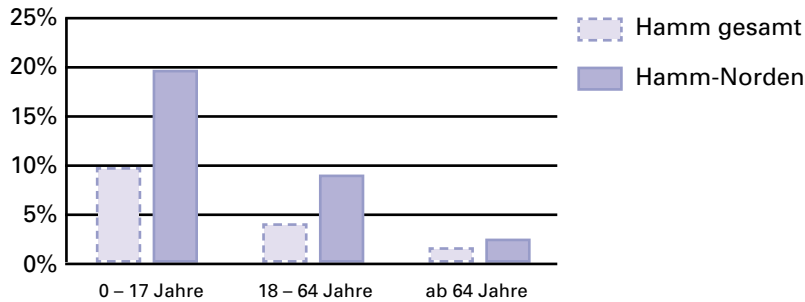
Zwischen 1997 und 2000 wurde von einer gesamtstädtischen Projektgruppe unter Beteiligung des Kinderbeauftragten ein kommunaler Armutsbericht verfasst (Stadt Hamm 2000).<sup>3</sup> Dieser Armutsbericht ist eng mit dem Stadtteilprojekt verflochten; die Entscheidung, für Hamm einen Armutsbericht zu erarbeiten, wurde nicht zuletzt durch die Erfahrungen in der Arbeit des Stadtteilprojektes ausgelöst. Es erschien sinnvoll, durch sozialstrukturelle Analysen die Arbeit im Hammer Norden zu legitimieren. Denn eine Kernhypothese des Armutsberichtes war, dass die Probleme im Hammer Norden gravierend seien. Während der Arbeit am Armutsbericht wurde der Projektgruppe immer deutlicher, dass diese Hypothese sich bewahrheitete.

Ergänzend zu den vorher beschriebenen Charakterisierungen bringt der Armutsbericht der Stadt Hamm weitere Belege für die soziale Problematik im Stadtteil. Die Sozialhilfequote liegt im Hammer Norden in vier Baublockgruppen zwischen 14 und 18%. Die Darstellung der Sozialhilfequoten nach der jeweiligen Altersgruppe zeigt, dass die aktuelle These von der „Infantilisierung der Armut“ auch durch die Hammer Daten belegt wird. Diese Problematik verschärft sich im Hammer Norden noch einmal erheblich. Fast jedes fünfte Kind lebt von der Sozialhilfe (vgl. Grafik 1).

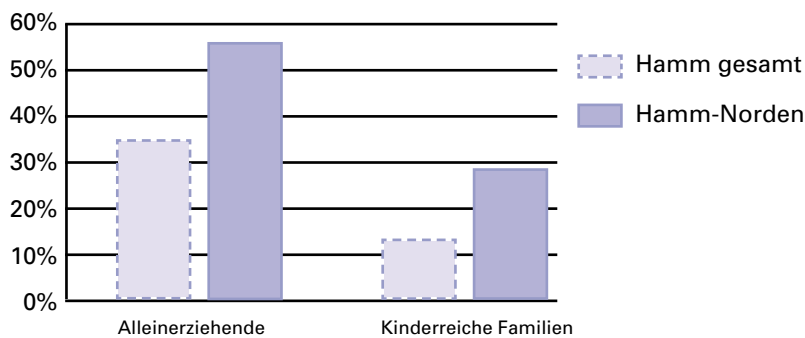
Wenn man die Haushaltsstruktur der Sozialhilfeempfänger/innen betrachtet, dann zeigt sich, dass insbesondere Familien von der Sozialhilfebedürftigkeit betroffen sind. 35% aller Alleinerziehenden in Hamm leben von der Sozialhilfe; ebenfalls stark betroffen sind zusam-

<sup>3</sup> Der Armutsbericht bietet auf der Basis einer lebenslagenorientierten Armutsdefinition eine detaillierte Beschreibung von Lebenslagen, von Fallbeispielen und von bisherigen Ansätzen Sozialer Arbeit und stellt somit gleichzeitig einen differenzierten Überblick über sozialpolitische Handlungsfelder in Hamm dar. Schließlich wurde von der Projektgruppe ein Handlungskonzept erarbeitet, das von den Erfahrungen der Stadtteilarbeit stark geprägt ist. Dabei wurde immer deutlicher, dass der beschrittene Weg eines integrierten Stadtteilentwicklungsprojektes die einzige Lösung bietet, mit der sozialräumlichen Ballung von Problemlagen umzugehen. Insofern wurde der Ansatz modellhaft. Eine Kernforderung im Handlungskonzept des Armutsberichtes besteht darin, das Modell des Hammer Nordens in geeigneter Weise auf andere Sozialräume zu übertragen.

**Grafik 1: Sozialhilfequote nach Altersgruppen**



**Grafik 2: Sozialhilfequote von Alleinerziehenden und Kinderreichen Familien**



men lebende Eltern mit mehr als zwei Kindern (kinderreiche Familien); hier liegt die Quote bei 14%. Wenn man die entsprechenden Daten für den Hammer Norden betrachtet, kumulieren auch hier die Probleme.

**Die Arbeitsansätze Sozialer Arbeit im Hammer Norden**

Durch die Aufnahme des Stadtteilprojekt in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gelang es, Fördergelder in umfangreichem Maße für die Arbeit zu akquirieren. Hier werden insbesondere die über die Standardaufgaben des Jugendamtes, des Sozialamtes, der Bauverwaltung und anderer Ämter hinausgehenden Projekte beschrieben, die durch die Förderung möglich wurden, allerdings aufgrund der Vernachlässigung teilweise als Ersatz für nicht geleistete Standardaufgaben zu betrachten sind. Das Stadtteilprojekt hat einen eindeutigen Schwerpunkt auf Ansätze Sozialer Arbeit. Diese werden hier vorgestellt und bilden den Hintergrund der Überlegungen, wie eine stärkere arbeitsmarktpolitische Ausrichtung in den nächsten Jahren geschehen und mit den Ansätzen Sozialer Arbeit verknüpft werden kann.

**Die Einrichtung des Stadtteilbüros Hamm-Norden:** Das Stadtteilbüro wurde 1993 mit zwei

hauptamtlichen Mitarbeitern eingerichtet. Von Anfang an war es in die städtischen Planungen und Strategien integriert, hatte aber gleichzeitig den Auftrag, gemeinwesenorientiert und aktivierend mit den Bewohner/innen in den Problemquartieren zu arbeiten. Die vielfältigen Aktivitäten reichen von der Einrichtung eines Frauencafes und eines Mietercafes, einem Elternkreis drogenabhängiger Kinder und Jugendlicher, Angebote sozialer Gruppenarbeit für Jugendliche, Ferienspaßaktionen, Nachbarschaftsfeste in verschiedenen Quartieren, Bildungsveranstaltungen für Frauen, Projekte zur Gestaltung und zur Pflege des Wohnumfeldes bis zu der intensiven Begleitung von Einwohneraktivitäten. Hier ist insbesondere hervorzuheben die Begleitung des Mieterbeirates im Quartier „Schottschleife/ Schlagenkamp“. Für zwei eigenständige Projekte hat das Stadtteilbüro die Trägerschaft übernommen. Eine Spiel- und Lernhilfe zur Unterstützung von Schulkindern findet an drei Standorten täglich (mittags und nachmittags) mit hauptamtlichen Fachkräften statt. Weiterhin wurde in einem Mitte der neunziger Jahre neu entstandenen Wohnquartier, dessen städtebaulichen Zielsetzungen nicht erreicht werden konnten, eine „aktivierende Bewohner/innen-Arbeit“ begonnen.

**Einrichtung eines niederschweligen Treffpunkts für Drogengebrauchende Jugendliche:** Mit dem Arbeitskreis für Jugendhilfe e.V. (AfJ) ist der einschlägige Hammer Träger für Drogenprävention und Arbeit mit Drogenabhängigen in Hamm auch im Stadtteil tätig. Er bietet in einem Container offene Jugendarbeit und zusätzlich eine mobile Drogenberatung an.

**Einrichtung der mobilen Jugendarbeit:** Die mobile Jugendarbeit arbeitet seit September 1997 in gemeinsamer Trägerschaft der evangelischen und der katholischen Kirchengemeinde. Die beiden Mitarbeiter der mobilen Jugendarbeit streben an, zusammen mit Jugendcliquen im Stadtteil und in deren Eigenverantwortung Räume für Kids und Jugendliche zu schaffen.

**Wohnungslosenarbeit:** Im Hammer Norden existierten zu Beginn der Arbeit vier Notunterkünfte für Wohnungslose. Die Wohnungslosenarbeit hat zwei wesentliche Schwerpunkte: Zum einen soll bei akuten Problemen und Krisen (eskalierende Konflikte, Räumungsklage, Verschuldung, Wohnungskündigungen) durch entsprechende Maßnahmen eine Wohnungslosigkeit verhindert werden (Präventionsarbeit). Gleichzeitig sollen nach der städtischen Konzeption zur Verhinderung der Obdachlosigkeit die Obdachlosenunterkünfte nach und nach aufgelöst und die Bewohner/innen weitgehend in Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt vermittelt werden. Zur Zeit bietet die Wohnungsnotfallhilfe in einem eigenen Büro im Stadtteil Beratung und Hilfe an, arbeitet darüber hinaus aber auch aufsuchend (Betreuung und Wiedereingliederung Langzeitwohnungsloser).

**Sintiarbeit:** Die in Hamm lebenden Sintifamilien waren lange Zeit sozial auch innerhalb ihrer Gruppe desintegriert. Durch politische Bemühungen und das Engagement einer Lehrerin, die sich mit der Verfolgung von Sinti und Juden in Hamm im dritten Reich beschäftigt hatte, wurde 1992 als Integrationsprojekt ein Wohnwagenstellplatz errichtet, mit dem die Hammer Großfamilie wieder einen sozialen und kulturellen Mittelpunkt hatte. Neben der Schaffung von Gemeinschaftsräumen gehört zum Sinti-Projekt heute eine Spiel- und Lernhilfe für die Schulkinder, eine spezielle schulische Betreuung durch die Freistellung der Lehrerin im Schulamt, Jugendarbeit und erste Bemühungen um arbeitsmarktorientierte Maßnahmen.

**Vernetzung der Sozialen Arbeit mit städtebaulichen Projekten:** Die städtebaulichen Projekte (Spielraum- und Wohnumfeldgestaltung, Verkehrssicherung, Umbau eines alten Bauernhofes zu einer Kindertageseinrichtung und einem Bürgertreff, B&Q-Projekt Waschhaus Konfetti, Gestaltung innerstädtischer Plätze) werden in enger Abstimmung mit den sozialen Projekten

geplant und realisiert. Die Zusammenarbeit ist als sehr gut zu bezeichnen. Die städtebaulichen Maßnahmen boten von Anfang an Chancen, arbeitsmarktpolitische Ansätze zu realisieren.

### **Die programmatische Arbeit – Strukturen**

Nachdem durch die Neuorganisation der Sozialen Dienste und der Schaffung des Arbeitskreises Hamm-Norden der Bezug zum Sozialraum und zur Lebenswelt der Menschen hergestellt war, wurde das gemeinsame Ziel der Arbeit kontinuierlich aus den programmatischen Grundsätzen in konkrete Arbeitsschritte umgesetzt. Die Steuerungsfunktion übernahm nach und nach der Arbeitskreis Hamm Norden in einem sich verändernden Zusammenspiel mit dem Präventivkreis.

#### **(a) Der Präventivkreis**

Im Präventivkreis kommen nach wie vor Profis aus den Schulen, städtischen Dienststellen, Mitarbeiter/innen der freien Träger (Vereine, Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, Horte) und Politiker aus dem Stadtbezirk mit engagierten Bürger/innen zusammen. Der Präventivkreis ist ein selbstorganisiertes Gremium und unterliegt keinerlei Weisungsgebundenheit. Er wird von einem gewählten Vorstand geleitet. Seine Aufgaben sind die Initiierung und Anregung von Projekten, die Kontrolle der Arbeit insgesamt, die Durchführung der Stadtteilkonferenzen und anderer Bürgerbeteiligungsformen und die Vernetzung aller beteiligten Institutionen. Er trifft sich mittlerweile achtwöchentlich.

#### **(b) Der Arbeitskreis Hamm-Norden**

Die Aufgabe des Arbeitskreises Hamm-Norden war die Steuerung der im Rahmen des Stadtteilprojektes geförderten Projekte unter Einbeziehung der neuorganisierten Sozialen Dienste. Dazu kam im Laufe der Zeit die Einbeziehung weiterer, unabhängig vom Stadtteilprogramm finanzierter Projekte. Darüber hinaus ist der Arbeitskreis eine ämter-, ressort- und trägerübergreifende Arbeitsgruppe, die projektorientiert in kooperativer Arbeit das sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt Hamm-Norden verantwortlich weiterentwickelt. Der Arbeitskreis ist zuständig für alle Fragen und Probleme im Stadtteil. Er entwickelt Lösungen für Probleme und schlägt sie den entsprechenden Entscheidungsgremien vor. Die Konzepte werden in den Arbeitsgruppen des Arbeitskreises vorbereitet. Zum Arbeitskreis gehören feste Mitglieder, die sich der inhaltlichen Arbeit am Stadtteilentwicklungsprojekt verpflichtet fühlen. Darüber hinaus nehmen Mitarbeiter/innen weiterer Sachgebiete und Institutionen themenbezogen teil und arbeiten in einzelnen Projekten mit. Der Arbeitskreis trifft sich regelmäßig alle vier Wochen. Ein

Koordinationssteam bereitet die Sitzungen des Arbeitskreises vor und lädt dazu ein. Der Arbeitskreis hat mittlerweile eine differenzierte Arbeitsgruppenstruktur, in der die konkrete Arbeit geleistet wird (vgl. Schaubild 2).

Hervorzuheben ist am „Hammer Modell“ der Stadtteilarbeit das Zusammenspiel von Präventivkreis und Arbeitskreis Hamm-Norden. Sie sind „durch gegenseitige Teilnahme auch personell miteinander verzahnt. Diese Konstellation im Hammer Norden ist ein Beispiel, wie ein ‚freies‘, selbstgetragenes und bewohnernahes Gremium aus dem Stadtteil und ein übergeordnetes Abstimmungsgremium auf partnerschaftlicher Ebene zusammenarbeiten können“ (ILS 2000: 38).

#### **(c) Die „Lenkungsgruppe“ auf der Ebene Verwaltung und Politik**

Die „Lenkungsgruppe“ ist die gesamtstädtische Steuerungsebene. Wie im National Report des Instituts für Landes- und Stadtteilentwicklungsfassung NRW betont wird, ist „für eine relativ reibungslose verwaltungsinterne Umsetzung von Projekten ... eine enge Anbindung an Entscheidungsträger wichtig. (...) Erst eine entsprechend hohe Aufhängung in der Verwaltungshierarchie gewährleistet zügige Arbeit und Planungs- und Handlungssicherheit“ (ILS, 2000, S. 44). Die Lenkungsgruppe tagte vor allem in der Entwicklungsphase des Stadtteilprojektes regelmäßig und befürwortete und entschied die grundlegenden Richtlinien, die vom Arbeitskreis entwickelt worden waren. In den Jahren 1995 bis 1999 tagte sie aus unterschiedlichen Gründen nicht. Doch vor allem aus der Notwendigkeit, eine Abschlussphase des Modellprojektes einzuleiten, ergab sich in den letzten Jahren ein neuer Entscheidungsbedarf.

**Für eine reibungslose Umsetzung von Projekten ist eine enge Anbindung an Entscheidungsträger wichtig. Erst eine entsprechend hohe Aufhängung in der Verwaltungshierarchie gewährleistet zügige Arbeit und Planungs- und Handlungssicherheit.**

In der Lenkungsgruppe sind auch die Sachbearbeiter/innen aus den beiden Arbeitskreisen vertreten. Insbesondere die Beteiligung der Sachbearbeiterebene hat sich in der Lenkungsgruppe bewährt. Hierdurch wird die Transparenz von Entscheidungen erhöht, es nicht mehr so leicht möglich, im Arbeitskreis ausgehandelte Problemlösungen und Konzepte auf der Leitungsebene und „hinter verschlossenen Türen“ umzustoßen.

#### **(d) Stadtteilarbeit als Organisationsentwicklung**

Die Arbeitsstrukturen sind mit der Entwicklung des Stadtteilprojektes einem stetigen Veränderungsprozess unterworfen. Unter dem Gesichtspunkt der Organisationsentwicklung lassen sich bestimmte Charakteristika erkennen, die für den Erfolg der Arbeit wichtig sind. Der Arbeitskreis Hamm-Norden stellt eine Form der Querschnittsorganisation und damit eine sozialraumbezogene Organisationsform dar, in dem Mitarbeiter/innen aus den verschiedenen Bereichen bezogen auf einen konkreten Bereich mit für alle wahrnehmbaren konkreten Schwierigkeiten aufeinander angewiesen sind, um erfolgreich die jeweiligen Probleme lösen zu können. Der Arbeitskreis ist auf der Ebene des Sozialraums „allzuständig“. Das bedeutet nicht, dass alle Probleme gelöst werden können, aber immerhin ist es möglich, Lösungsvorschläge zu entwickeln und auf der Leitungsebene zu thematisieren.

Da die hierarchischen Einbindungen der einzelnen Mitarbeiter/innen nicht aufgelöst werden und oft zu Konflikten in den jeweiligen Fachämtern führen, ist ergänzend ein Leitungsgremium notwendig, das wiederum auf dieser Ebene entscheidungsfähig ist. Diese Ebene bildet die Lenkungsgruppe.

Diese beiden Organisationselemente werden im Hammer Norden sinnvoll ergänzt durch den Präventivkreis, der institutionell unabhängig und parteipolitisch neutral die Rolle des Anwaltes für die Einwohner/innen übernimmt. Der Präventivkreis kann Verfahren und Entscheidungen in oben beschriebenem Zusammenspiel kritisch hinterfragen, denn diese beiden Organisationsformen sind noch kein Garant für sachgerechte Entscheidungen und Problemlösungen. Nicht zuletzt kann der Präventivkreis auch Druck machen, wenn Entscheidungen zu zögerlich getroffen werden oder wenn Akteure sich nicht einigen können.

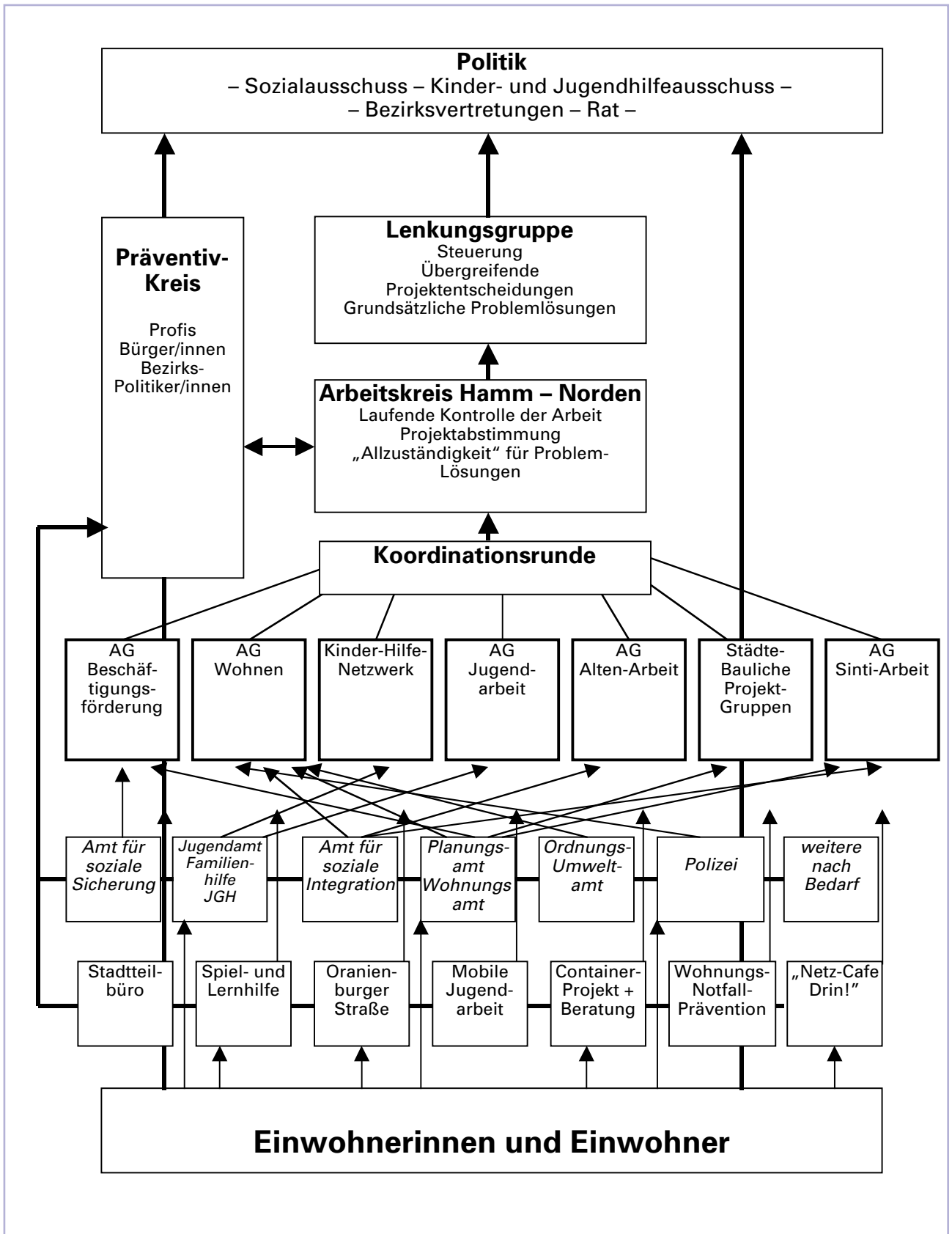


Schaubild 2: Die Arbeitsstrukturen des Hammer Projektes

### **Stadtteilarbeit als Entwicklungsprozess**

Dass Stadtteilarbeit notwendigerweise flexible Strategien und Handlungsansätze voraussetzt, ist kaum zu bestreiten. Im Alltag sind Strukturen und Schwerpunkte der Arbeit nicht immer zu erkennen. Rückblickend kann man aber heute bestimmte Entwicklungsphasen erkennen, die sich folgendermaßen kennzeichnen lassen:

#### *Erste Phase: Vorbereitung 1992-1994:*

Anfang 1992 begann das Stadtteilprojekt vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt im Stadtteil mit der Gründung des "Präventivkreises Hamm-Norden". Dieser fordert gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit und erreicht mit einer öffentlichkeitswirksamen ersten Stadtteilkonferenz im September 1992 eine erste politische und verwaltungsinterne Beachtung. Der Präventivkreis Hamm Norden ist der Initiator und Lobbyist, der Projekte in Hamm-Norden vorantreibt und Stadtteilakteure einbindet.

Im Juli 1993 wird das Stadtteilbüro als zentrale Forderung des Präventivkreises zunächst mit städtischer Finanzierung eingerichtet. Ab 1993 finden Vorarbeiten für die "Städtebauliche Rahmenplanung Hamm-Norden" im Planungsamt statt. Im Sozialdezernat findet die Diskussion über die Neuorganisation Sozialer Dienste statt. Alle diese Entwicklungsstränge führen im Juni 1993 zum Ratsbeschluss des "Sozial- und bewohnerorientiertes Stadtentwicklungskonzeptes Hamm-Norden", der als Grundlage der Antragstellung im Landesprogramm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" diente.

#### *Zweite Phase: Aufbau und Wachstum 1994-98:*

Im März und August 1994 finden die zweite und dritte Stadtteilkonferenz Hamm-Norden statt. Hier werden in teilweise aggressivem Klima viele Beschwerden und Probleme vorgebracht. Die Akteure des Stadtteilprojektes übernehmen den Auftrag, diese Probleme abzuarbeiten, wobei sie keine reale Chance sehen, sie ohne Mitwirkung der Bewohner/innen zu lösen.

1994 findet das Projekt Aufnahme in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Mit der Förderung werden die vorher konzipierten Projektbereiche in Angriff genommen und im Lauf der Jahre ausgebaut. Der inhaltliche Fokus der Projekte liegt in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit, Bewohnerbeteiligung. Ende 1994 wird das Stadtteilzentrum in der Sorauer Straße von den Teams der Familienhilfe und des Sozialamtes sowie der Geschäftsstelle des Stadtteilbüros (als zweiter Dépendance) bezogen. Das Planungsbüro BASTA und das Planungsamt erarbeiten den städtebaulichen Rah-

menplan Hamm-Norden und beziehen befristet die Räume im Stadtteilzentrum. Im März 1995 wird der städtebauliche Rahmenplan Hamm-Norden vom Rat beschossen. Im März 1995 findet die dritte Stadtteilkonferenz Hamm-Norden statt. Kinderhilfenetzwerk und die AG Jugendarbeit werden als Arbeitsgruppen des Arbeitskreises Hamm-Norden gegründet.

#### *Dritte Phase: Konsolidierung 1998/1999:*

Neue Träger, die aufgrund der Lage in einem "Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf" eine Förderung außerhalb des Stadtteilleiprogramms einwerben konnten, treten hinzu. Die Vielfalt der Träger, Projekte und Förderwegen führt teilweise zu Koordinationsproblemen, "Vernetzung" droht zur „Verstrickung“ zu werden. 1998 findet eine Klausurtagung aller Akteure im Stadtteil unter der Fahne des Präventivkreises statt. Die Projekte differenzieren sich an weiteren Standorten im Stadtteil. Im April 1998 zeigt die vierte Stadtteilkonferenz Hamm-Norden ein verändertes, positiveres Klima und eine Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit. In einer Evaluationsstudie des Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsfassung des Landes NRW (ILS 1999) werden positive Resonanzen auf Seiten befragter Einwohner/innen deutlich. In dieser Phase kristallisiert sich heraus, dass der Arbeitskreis Hamm-Norden die Verantwortung für die Ausgestaltung der Arbeit übernommen hat. Der Präventivkreis führt eine intensive Diskussion über den Funktionswandel und die weitere Ausrichtung des Präventivkreises und entscheidet sich, den Schwerpunkt auf die Kontrolle und kritische Begleitung der Arbeit zu legen, und gründet im April 1999 den Förderverein Hamm-Norden. Der Arbeitskreis Hamm-Norden richtet 1999 die Arbeitsgruppen Sinti-Arbeit und stadtteilbezogene Beschäftigungsförderung ein.

#### *Vierte Phase: Rückführung und Erhalt von Kernbereichen Ende 1999/2000 bis 2005:*

Ende 1999 und das Jahr 2000 sind eine nochmalige Umbruchzeit. Durch den Macht- und Personenwechsel an der Stadtspitze nach der Kommunalwahl und personelle Veränderungen bei zentralen Akteuren des Projektes wird eine kritische Sichtung der Arbeitsansätze und Projekte sinnvoll und notwendig. Das Land kündigt an, dass die Förderung des Hamm-Nordens aus dem Stadtteilleiprogramm mittelfristig auslaufen wird. Die Aufforderung, ein Rückführungs- und Konsolidierungskonzept zu erarbeiten, führt zusätzlich zur Notwendigkeit einer konzeptionellen Erneuerung. Eine im Februar 2000 stattfindende zweitägige Klausurtagung, diesmal in Verantwortung des Arbeitskreises Hamm-Norden, erarbeitet eine veränderte in-



haltliche Schwerpunktsetzung und eine Strategie für einen Abschluss der Modellförderung. Eine regelmäßig tagende Koordinierungsrunde etabliert sich als Steuerungsgremium der laufenden Arbeit.

Im Mai 2000 tagt die erste gemeinsame Lenkungsgruppe Hamm-Norden und Hamm-Westen. Vor dem Hintergrund eines massiven Quartiersproblems wird die AG Wohnen gegründet. Der Arbeitskreis Hamm-Norden erhält durch die Verlagerung der Arbeitsebene in die Arbeitsgruppen eine koordinierende und steuernde Funktion. Für den März 2001 ist eine Klausurtagung geplant, um die konzeptionelle Arbeit fortzusetzen. Bis Ende 2005 wird der Abschluss des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ mit dem Wegfall der Förderung zu leisten sein. Auch wenn nicht alle Projekte fortgesetzt werden können, so bieten doch die Arbeits- und Organisationsstrukturen die Chance, auch über die Modellförderung hinaus dauerhaft stadtteilorientiert weiterzuarbeiten.

#### **Bewohnerbeteiligung im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprojektes als Voraussetzung spezieller Formen der Kinderbeteiligung**

Die Bewohnerbeteiligung hat für das sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojekt Hamm-Norden eine zentrale Bedeutung. Sie stellt den Rahmen dar, in dem die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stattfindet. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Ziel, die Bewohner/innen zu Eigenaktivität und zur Übernahme von Verantwortung anzuregen. Bei der Fülle der sozialen Probleme ist es offensichtlich, dass nicht alle Probleme von öffentlichen Institutionen und auf professioneller Basis geleistet werden können. So stehen hier das Ziel der Aktivierung und des Empowerments einer allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Demokratisierung gleichgewichtig gegenüber.

Die Erfahrungen zeigen, dass, je konkreter die Fragen sind und je direkter die Betroffenheit ist, um so eher sind die Bewohner/innen zum Engagement bereit.

Allgemeine stadtteilpolitische Fragestellungen erreichen die meisten Bürger/innen nicht.

Daraus folgte im Hammer Norden konsequenterweise projektorientiertes Arbeiten, möglichst parallel kurze kleinere Projekte neben längerfristigen Projekten, bei denen immer wieder eine Rückmeldung an die Beteiligten über den Sachstand gegeben wird. Durch neue Formen der Kooperation sollten Reibungsverluste und gegenseitige Blockaden vermindert werden, die für Verwaltung bei abteilungs-, amts- und vor allen Dingen dezernats- und trägerübergreifendem Handeln ty-

pisch sind. Nicht zuletzt war mit dem Konzept langfristig die Hoffnung verbunden, Kosteneinsparungen zu erzielen. Vor allem aus Sicht der Sozial- und Jugendhilfe wurde erwartet, dass die Förderung des Selbsthilfepotentials insbesondere Eltern ermöglicht, Kinder und Jugendliche in ihrer gewohnten Umgebung zu fördern und zu stabilisieren.

**Die Erfahrungen zeigen, dass, je konkreter die Fragen sind und je direkter die Betroffenheit ist, um so eher sind die Bewohner/innen zum Engagement bereit.**

Folgende Bereiche der Bewohnerbeteiligung wurden im Laufe der letzten sieben Jahre entwickelt:

#### **Bürgerbeteiligung durch den Präventivkreis:**

Der Präventivkreis verstand sich selber als Basisinitiative, die allen Bürgerinnen und Bürgern offen steht. Er war allerdings in erster Linie eine Initiative von im Stadtteil tätigen Profis und keine Bewohnerinitiative; der Anteil der direkt im Norden lebenden Bürger war immer sehr gering. Es handelte sich um Elternvertreter/innen, Vereinsvorsitzende oder politisch Aktive. Nur wenige unorganisierte Bürger/innen haben den Weg in den Präventivkreis gefunden und sind über mehrere Sitzungen dabeigeblichen.

Die mit der ersten öffentlichen Anhörung des Präventivkreises begonnenen Stadtteilkonferenzen waren zunächst ein Forum der Selbstdarstellung des Präventivkreises. Von einer kleinen Gruppe von Bürger/innen wurden sie als ein reines Beschwerdeforum genutzt, ohne dass diese eine Bereitschaft zu Engagement erkennen ließen. So wurden 1995 bis 1998 keine Stadtteilkonferenzen mehr durchgeführt. Ein neuer Versuch war im März 1999 erfolgreich. Nach der mittlerweile breit in die Bevölkerung hinein wirkenden Arbeit des Projektes war ein positives und wohlwollendes Klima gegenüber den Verantwortlichen spürbar. Die weiterhin im Stadtteil bestehenden Probleme konnten sachlich diskutiert werden. Die Stadtteilkonferenzen werden mittlerweile in gemeinsamer Verantwortung von Präventivkreis und Arbeitskreis Hamm-Norden durchgeführt.

Der Versuch, stärker mit den im Stadtteil arbeitenden Vereinen und Verbänden zu arbeiten und ihre Mitwirkung im Projekt zu erreichen, war lange Zeit erfolglos. Stadtteilentwicklungsprojekt und die etablierten Vereine und Verbände (in der AG der Nordener Vereine zusammengeschlossen) führen eine friedliche Koexistenz, die über ein Mindestmaß an Kooperation nicht hinausgeht. Im Jahr 2000 konnte allerdings zum ersten Mal ein gemeinsames Stadt-

teilstfest zur Eröffnung eines städtebaulichen Projektes durchgeführt werden.

#### **Bewohnerbeteiligung durch das Stadtteilbüro**

Das Stadtteilbüro ist mit seinem gemeinwesenorientierten Arbeitsansatz ein wesentlicher Organisator und Initiator für eine quartiersbezogene Bewohnerbeteiligung. Ausgehend von den Anlaufstellen in den Quartieren Schottschleife/ Schlagenkamp und Oranienburger Straße werden Bewohner/innen aller Altersgruppen und Nationalitäten Möglichkeiten geboten, ihre Interessen zu äußern und für ihre Umsetzung aktiv zu werden. Die internationalen Frauentreffen werden sehr gut angenommen, die Frauen suchen Unterstützung beispielsweise in der Erziehung und bei der schulischen Betreuung. Hieraus ist die Spiel- und Lernhilfe entstanden.

Eine Müllvermeidungsinitiative ist an den unflexiblen Abrechnungsstrukturen der Wohnungsverwaltung gescheitert. Die wohnungsnahen Spielflächen wurden mit Begehungen kritisch begutachtet und führten in Verbindung mit den Kinderstreifzügen zu einer umfangreichen Wohnumfeldgestaltung und zur Neuordnung der Müllstandorte. Zur Durchführung von Ferienspaßaktionen wurden Mütter aktiviert, die sich engagiert beteiligten. Darüber hinaus arbeitet das Stadtteilbüro in den meisten Beteiligungsprojekten im Stadtteil mit.

#### **Beteiligung bei der Erarbeitung des Städtebaulichen Rahmenplans**

Der städtebauliche Rahmenplan wurde in einem intensiven Beteiligungsverfahren, das sich an den einfürend genannten Grundsätzen orientierte, entwickelt. Schon die einjährige Präsenz des durchführenden Planungsbüros im Stadtteil mit einem eigenen Büro sowie die aktive Teilnahme an den wichtigen Gremien und Veranstaltungen bot allen Bewohner/innen die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen. Die Partizipation bezog sich einerseits auf die Erarbeitung des Rahmenplans, zum Beispiel durch die Rückkopplung der vorläufigen Ergebnisse und neue Informationsgewinnung auf zwei Stadtteilkonferenzen und durch regelmäßige Teilnahme an Präventivkreis und Arbeitskreis Hamm-Norden. Andererseits fand die Bewohnerbeteiligung schwerpunktmäßig bei der Entwicklung und Umsetzung der Projekte statt. Aus dieser projektbezogenen Beteiligung sind wiederum Erkenntnisse in den Rahmenplanprozess geflossen.

#### **Beteiligung bei der Wohnumfeldgestaltung durch Wohnungsbaugesellschaften**

Zwei durch Umfang und Qualität besonders hervorhebenswerte Wohnumfeldgestaltungs-

projekte verdeutlichen den Ansatz der integrierten Planung. Die Maßnahmen an der Danziger Straße und in der Schottschleife/ Schlagenkamp wurden mit intensiven Beteiligungsverfahren und differenzierten Methoden von der ersten Begehung bis hin zu Bauaktionen in der Realisierungsphase durchgeführt.

#### **Beteiligung in der Kinder- und Jugendarbeit**

Die Beteiligung von Jugendlichen nimmt einen besonders wichtigen Raum ein. Als „Problemverursacher“ und so als eigentlicher Anlass des Stadtteilentwicklungsprojektes sollten sie insbesondere an der Stadtteilentwicklung beteiligt werden, um ihr Aggressionspotential durch eine positive Integration zu verringern. Zu nennen sind als bisherige Ergebnisse die Streifzüge innerhalb des Rahmenplanprozesses, die Beteiligung in der Spielraum- und Wohnumfeldgestaltung und erste Ansätze bei einer raumbezogenen Aktivierung (Hüttenbauprojekt Mattenbecke). Zur Zeit wird im Arbeitskreis Jugend intensiv diskutiert, wie die Beteiligungsansätze intensiviert werden können.

#### **Veränderungen im Stadtteil durch das Stadtteilprojekt**

Die Auswirkungen des Stadtteilprojektes sind an vielen Stellen wahrnehmbar. Das allgemeine Klima hat sich positiv verändert. Die letzte Stadtteilkonferenz hat deutlich gemacht, dass die vielfältigen Maßnahmen und ihre positiven Auswirkungen in breiten Bevölkerungskreisen wahrgenommen und gutgeheißen werden.

Besonders augenfällig in den vergangenen drei Jahren ist der enorme Rückgang der Polizeimitteilungen über Straftaten von strafmündigen Kindern, d.h. von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren, die im Jugendamt von der Familienhilfe „bearbeitet“ werden. Hier scheinen vor allem die Bemühungen der Spiel- und Lernhilfe und der sozialen Gruppenarbeit Wirkung zu zeigen.

Inzwischen hat sich auch die Situation in bezug auf die Entwicklung von Jugendkriminalität im Hammer Norden weitgehend normalisiert. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend in Nordrhein-Westfalen ist die Tendenz im Hammer Norden positiv. Natürlich ist nicht auszuschließen, dass die Zahlen in den kommenden Jahren wieder höher sein werden. Dennoch ist insgesamt eine deutliche Verbesserung festzustellen, die man ursächlich mit der gesamten Arbeit im Hammer Norden in Verbindung bringen kann.

Die Arbeit hat zu einer deutlichen Verbesserung des Klimas der Bevölkerung in den benachteiligten Wohngebieten geführt. Viele Be-

wohner/innen bemerken die Erfolge der Maßnahmen in ihrem Alltagsleben. Das Ausmaß der Bedrohung scheint gesunken zu sein, wie zwei Bürgerbefragungen der Polizei 1999 und 2000 festgestellt haben. Nicht zuletzt ist auch an den gesunkenen Zahlen der Anklageschriften ein Sinken der Kriminalität abzulesen.

In der „Außenwahrnehmung“ im übrigen Stadtgebiet hat sich das Image noch nicht unbedingt verbessert. Im Gegenteil, die große Zahl der sozialen Maßnahmen wird zum Teil als Indikator für eine beängstigende Situation benutzt, gleichzeitig herrscht in anderen Stadtteilen mit ähnlichen Problemlagen ein erheblicher Neid über die Ressourcen und Möglichkeiten, die mit dem Stadtteilprogramm in Hamm-Norden verbunden sind.

### **3. Exemplarische Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen**

Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Stadtteilbüro und Planungsamt setzte sich allmählich das gemeinsame Verständnis durch, dass Kinder eine wichtige Zielgruppe der Beteiligungsverfahren sind. Deshalb konnte eine Reihe von Projekten mit Kindern und Jugendlichen im Hammer Norden durchgeführt werden.

Auf diesem Hintergrund werden die folgenden exemplarisch dargestellten Praxisbeispiele (selbst-)kritisch beschrieben.

#### **Beispiel 1: Streifzüge im Hammer Norden zur Entwicklung eines städtebaulichen Rahmenplans**

1993 beschloss die Stadt Hamm, im Rahmen des sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden einen städtebaulichen Rahmenplan erarbeiten zu lassen. Damit wurde ein Planungsbüro (BASTA) beauftragt, das wegen der konsequenten Anwendung partizipativer Beteiligungsverfahren einen guten Ruf hatte.

In der Erarbeitungsphase des städtebaulichen Rahmenplan wurden 1993 mit dem Planungsbüro „Stadt-Kinder“ (vgl. APEL & PACH, 1997; die Autoren führten die erste Streifzugserie in Hamm und deren Auswertung durch) und 1994 mit BASTA ca. 30 Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Da ein städtebaulicher Rahmenplan die Entwicklung eines Stadtteils für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre definiert, war in diesem Fall von vornherein klar, dass die Befragung der Kinder und Jugendlichen keine unmittelbaren politischen Auswirkungen haben würde.

Aus diesem Grund wurde die Befragung mit einem Abenteuerspielplatzprojekt verbunden,

bei dem die Nordener Kinder und Jugendlichen vierzehn Tage lang Gelegenheit hatten, auf dem Schulhof der Ludgeri-Schule eine Abenteuerspielplatz-Stadt zu erbauen. Mit den jugendlichen Teilnehmer/innen dieses Projekts wurden Kleingruppen von 3-6 Kindern gebildet, die mit zwei Erwachsenen auf einen Streifzug durch den Stadtteil gingen. Die erwachsenen Begleiter interviewten, protokollierten und fotografierten die Aussagen der Kinder. Diese wurden während des Streifzugs nach ihrer Nutzung des Stadtteils, nach Spielmöglichkeiten, nach abenteuerlichen Plätzen und nach Gefährdungspunkten gefragt (zur Methodik der Streifzüge, vgl. APEL & PACH, 1997).

Die Ergebnisse wurden vom Planungsbüro ausgewertet, in einem Bericht zusammengefasst und in dem städtebaulichen Rahmenplan berücksichtigt. Aus den Streifzügen ergaben sich vier wesentliche Handlungsziele:

#### *(a) Gestaltung des Siedlungsrandbereiches:*

Die Kinder machten Aussagen über die spielerische Nutzung der Lippeaue. Insbesondere beklagten sie den Verlust ihres Spielparadieses an der Oranienburger Straße, an der eine große Fläche neu bebaut wurde. Als planerische Konsequenz wurden in der Folgezeit die für den Siedlungsrand vorgesehenen Bebauungspläne geändert und statt einer achtgeschossigen Wohnbebauung wurden die entsprechenden Flächen dem Landschaftsschutzgebiet zugeordnet.

#### *(b) Wohnungsnahe Spielfläche:*

Die wohnungsnahen Spielflächen der Wohnungsgesellschaften haben, so zeigten die Streifzüge, eine wichtige Aufenthaltsfunktion, da sie von den Wohnungen aus einsehbar sind. Vor allem Mädchen finden hier einen wichtigen Spielort. Der qualitative Zustand der Spielplätze war sehr schlecht, und es war dringend nötig, hier Verbesserungen durchzuführen. Diese Anregung wurde 1997 von der LEG durch eine umfangreiche Wohnumfeldsanierung aufgegriffen, die den Spielwert des Geländes sehr erhöhte.

#### *(c) Gefährdungspunkte im Verkehr:*

An den wichtigsten, von den Kindern genannten Brennpunkten hat die Bauverwaltung neue Quermöglichkeiten geschaffen. Von den Kindern wurde die mangelnde Nutzbarkeit mehrerer öffentlicher Plätze bemängelt. Infolgedessen hat die Verwaltung im Rahmen der Städtebauförderung erfolgreich Mittel beantragt, so dass in den nächsten drei Jahren der Rheinsberger Platz, der Karlsplatz und der Tondernplatz mit intensiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern umgeplant und umgestaltet werden können.

**Kinder können auch mittel- bis langfristig politische Wirkungen erzeugen, wenn sie in geeigneter methodischer Form befragt werden, wenn die Ergebnisse professionell in die Planungsprozesse eingebracht und Bündnispartner gefunden werden und wenn es Organisationsstrukturen gibt, in denen langfristig an der Verbesserung des Stadtteils gearbeitet wird.**

Die hier beschriebenen Auswirkungen gingen sicher nicht allein auf die Kinderstreifzüge zurück. Vor der Rücknahme der Bebauungspläne im Siedlungsrandbereich gab es gleichlautende Forderungen aus dem Umweltbereich. Für eine Wohnumfeld-Umgestaltung hat sich das Stadtteilbüro Hamm-Norden nach der Durchführung der Streifzüge sehr intensiv eingesetzt und eigene Wohnumfeld-Begehungen mit den Anwohner/innen durchgeführt.

Am Beispiel der Streifzüge im Hammer Norden wird deutlich, dass Kinder auch mittel- bis langfristig politische Wirkungen erzeugen können, vor allem, wenn sie in geeigneter methodischer Form befragt werden, wenn die Ergebnisse professionell in die entsprechenden Planungsprozesse eingebracht werden, wenn Bündnispartner gefunden werden und wenn es Organisationsstrukturen gibt, in denen langfristig an der Verbesserung des Stadtteils gearbeitet wird.

### **Beispiel 2: Die Planung und der Bau eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes in der Danziger Straße**

Die Hammer gemeinnützige Baugesellschaft mbH (HgB) hatte 1992 damit begonnen, eine Reihe von Häusern in der Danziger Straße zu modernisieren. Es gab bei der HgB Überlegungen für eine Verbesserung der Stellplatzsituation und für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Danziger Straße.

Ein Ziel der HgB war, in Zusammenarbeit mit der Stadt Hamm und anderen Organisatoren die Anwohner/innen bei der Gestaltung der Außenbereiche zu beteiligen und insbesondere eine kinderfreundliche Gestaltung zu erreichen. Durch die Beteiligung des Kinderbüros am Wettbewerb „Bau- und Wohnhits von Kids“ des Ministeriums für Bauen und Wohnen NRW und die damit verbundene Bezuschussung konnten die Kinder in einem intensiven Prozess an Planung und Bau des Wohnumfeldes beteiligt werden.

Um alle Anwohner/innen gleichermaßen zu beteiligen, einigten sich die Initiatoren des Projekts auf differenzierte Zielgruppenarbeit. Das bedeutete, dass für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen spezielle Angebote im Vorfeld gemacht wurden, um herauszufinden, was

die einzelnen Gruppen wollten. Zu Beginn und zum Ende des Projekts gab es eine Versammlung aller Anwohner/innen, dazwischen fand der Arbeitsprozess aber in den jeweiligen Zielgruppen statt.

Erhebliche Probleme zeigten sich gleich am Anfang: Einmal gärten zwischen den deutschen und türkischen Anwohner/innen ein Nationalitätenkonflikt. Dann erschien es den Erwachsenen unbegreiflich, dass Kinder beteiligt werden sollten. Auf die Einladung, zur ersten Anwohnerversammlung die Kinder mitzubringen, ging niemand ein. Des Weiteren wurde deutlich, dass das Hauptinteresse der Erwachsenen die Schaffung von Autostellplätzen war. Davon waren sie erst mit dem (stichhaltigen) Argument abzubringen, dass neue Stellplätze zusätzlichen Verkehr aus dem angrenzenden Wohngebiet anziehen würden.

**Am Anfang erschien es den erwachsenen Anwohner/innen unbegreiflich, dass Kinder beteiligt werden sollten. Auf die Einladung, zur ersten Versammlung die Kinder mitzubringen, ging niemand ein.**

### **Die Kinderprojektwoche als zentrales Element des Planungsprozesses**

Die Arbeit mit den Schulkindern fand im wesentlichen in der ersten Osterferienwoche 1992 statt. Die Kinder wurden durch eine Straßen spielaktion aufmerksam gemacht, und zum ersten Treffen kamen acht Kinder. Die brachten ihre Freundinnen und Freunde mit, und die Projektgruppe wuchs schnell auf über dreißig Kinder.

Das methodische Grundkonzept basierte auf dem Ansatz der Projektarbeit (vgl. BARTSCHER, 1998, Kap. 6). Verschiedene Erfahrungen in anderen Projekten hatten gezeigt, dass Kinder dann am besten in der Lage sind, abstrakte Planungen zu begreifen, wenn sie in einem Modell realisiert werden. Um den Kindern zu vermitteln, worum es eigentlich ging, wurde zunächst eine Phase der „Horizontenerweiterung“ vorgeschaltet. Den Planer/innen war klar, dass Kinder nicht ohne Anregungen kreative und neue Spielmöglichkeiten planen können (wie Erwachsene übrigens auch nicht). Unter anderem wurden ein Abenteuerspielplatz, der Spielbogen im Dortmunder Westfalenpark und ein Kindertagesstätten-Außen gelände besucht, das als Naturspielgelände angelegt war. Durch diese Exkursionen bekamen die Kinder eine Vielzahl von Anregungen.

Auf der Grundlage all dieser erlebten Spiel elemente erstellte eine kleinere Gruppe von Kindern eine Liste von Geräten, die in ihre

Wohnumgebung passten. Nach einem intensiven Abwägungsprozess unter finanziellen, rechtlichen und anderen planerischen Gesichtspunkten konnte mit dem Modellbau begonnen werden. Die Kinder vermaßen das Gelände, die Häuser wurden maßstabsgetreu auf eine Holzplatte gebaut, und dann wurde das Außengelände mit den Spielgeräten als Modell gestaltet. Das fertige Modell wurde von den Kindern am Abschluss-Nachmittag der Projektwoche den Erwachsenen, Jugendlichen und Politiker/inne/n aus dem Stadtteil vorgestellt.

Am interessantesten war die Reaktion der Jugendlichen, die kritisierten, das Modell sei nicht realisierbar, weil ja doch alles kaputtgemacht würde. Das einzig Sinnvolle sei ein Bolzplatz mitten zwischen den Häusern (mit Draht vor allen Fenstern, damit keine Scheiben kaputtgingen). Aus diesen provozierenden Äußerungen ergab sich eine spannende Diskussion um Fragen wie „Warum wird immer alles kaputtgemacht?“, „Welche Möglichkeiten haben Jugendliche?“, „Was fehlt sonst noch im Stadtteil?“ Die Kinder verteidigten ihre Ideen, und die Jugendlichen erklärten sich später bereit, konstruktiv mitzuarbeiten.

Im Anschluss an die Kinderprojektwoche wurde ein Architekt mit der Ausbauplanung beauftragt. Im Februar 1993 wurde mit einem öffentlichen ersten Spatenstich der Bau begonnen und im Herbst mit einem großen Nachbarschaftsfest abgeschlossen. In den letzten Tagen der Bauphase beteiligten sich die Kinder am Bau und stellten unter anderem Spielgeräte auf, die sie in der langen Wartezeit in den Herbstferien zuvor gebaut hatten.

### **Zusammenfassende Bewertung**

Neben dem eigentlichen Anliegen, ein Wohnumfeld zu planen und zu bauen, ist die Lösung sozialer Spannungen zumindest in Ansätzen gelungen. Nach anfänglicher völliger Ablehnung wurde mehr und mehr das Interesse der Anwohner/innen geweckt. Die Konfrontation zwischen den Nationalitäten haben sich während der ersten Projektphase beruhigt. Es war für die Beteiligten eine wichtige Erfahrung, dass andere die gleichen Interessen haben können und dass es in beiden Gruppen Menschen gibt, die gegen soziale Regeln verstoßen.

In der Bauphase gab es eine Reihe von Schwierigkeiten, gute Ideen aus den Projekten, die noch in die Planung übernommen worden waren, in die Realität umzusetzen. Ursachen waren technische Schwierigkeiten und mangelndes Verständnis der Baufirma (Bau eines Berges, Kletterfelsen), aber auch Bedenken der erwachsenen Anwohner/innen. Es gab noch einmal Änderungen, teilweise in Abstimmung

mit der Projektgruppe, teilweise eigenständig durch die Baufirma. Ein großes Problem bestand darin, dass die Baufirma nur sehr zögerlich arbeitete und sich die Baumaßnahme über sechs Monate hinzog. Endgültig auf der Strecke geblieben ist eine von den Kindern gewünschte Wasserspielanlage.

Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass von der Wohnungsgesellschaft keine Konsequenzen aus dem Modellprojekt gezogen wurden. Die Wohnumfelder in angrenzenden Siedlungen wurden ohne integrierte Spielflächen realisiert. So konzentrierten sich die Spielaktivitäten im Quartier Danziger Straße mit erheblichem Konfliktpotential. Auch wenn die Planung bis heute Bestand hatte, kam es über die Jahre immer wieder zu Nachbarschaftskonflikte. 2000 hat es einen neuen Anlauf zur Regelung der Konflikte und zu einer neuen Überprüfung der Konzeption durch die damals am Projekt Beteiligten gegeben. Vom Kinderbüro ist eine Bewohnerbefragung durchgeführt worden, die demnächst vorliegt und als Grundlage für weitere Aktivitäten dienen soll.

### **Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen mit Kindern**

Auch Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen sind als wichtiger Bestandteil eines gestadtischen Beteiligungsschwerpunktes zu sehen. Dieser Schwerpunkt entwickelte sich aus der Erfahrung, dass die Einbindung von Kindern in die Planung von Spielräumen wie im Projekt „Danziger Straße“ zwar gut gelungen war. Für das kindliche Erleben gerät jedoch die Realisierung einer Planung außerhalb ihres Erfahrungshorizonts, wenn Spielplätze erst ein bis zwei Jahre später gebaut werden. Deshalb bieten Bauprojekte Möglichkeiten, Kinderinteressen in überschaubaren Zeiträumen und unter ihrer aktiven Beteiligung zu realisieren. Im Hammer Norden wurden Bauprojekte auf einer Reihe von städtischen Spielplätzen und in privaten Wohnumfeldmaßnahmen durchgeführt.

Wichtigster Teil der Vorbereitung von Bauprojekten ist es, konkrete Gestaltungsmöglichkeiten mit verschiedenen Materialien auszuarbeiten, die den rechtlichen und sicherheitstechnischen Ansprüchen an Spielraumgestaltung gerecht werden, den Kindern aber auch kreative Gestaltungsmöglichkeiten einräumen. Als Gestaltungsmöglichkeiten haben sich dabei herauskristallisiert:

- die Gestaltung von Weidenhütten;
- der Bau von Hochbeeten, Sitz- und Spielgelegenheiten aus Naturbruchsteinen;
- der Bau von Klettertürmen und Spielhäusern aus Kanthölzern und Sperrholztafeln;

- die Modellierung von Kunst-Kletter-Spielobjekten aus Beton;
- die Gestaltung von zweidimensionalen Phantasiewesen, Tieren aus Sperrholztafeln und Farbe;
- die Anlage von Schaukel- und Schwingelementen an vorhandenen Bäumen mit entsprechenden Seilen;
- das Mauern von Spiellandschaften mit Bruchsteinen, alten Ziegeln und Mörtel;
- der Bau von Klettergeräten aus Kanthölzern;
- das Beschnitzen und das farbige Gestalten von Skulpturen aus Baumstämmen.

Diese Palette der Möglichkeiten wird durch die Zusammenarbeit ständig erweitert, weil sich in jedem Projekt neue Ideen ergeben. Auch Kinder bringen immer wieder Anregungen, mit welchen Techniken neue Spielmöglichkeiten geschaffen werden können. Bauprojekte sind Projekte der sozialen Gruppenarbeit und basieren auf der Methode der Projektarbeit. Sie ermöglichen Erfahrungen und Ergebnisse, die unter pädagogischen Gesichtspunkten als ausgesprochen positiv zu bewerten sind:

**Aktive und konkrete Gestaltung der Umwelt:** Am Ende einer Bauprojektwoche sind die Ergebnisse für die Kinder sichtbar, gleichzeitig haben sie ihre Umwelt nach ihren eigenen Bedürfnissen gestaltet. Im Idealfall wird ein Kind durch die gebauten und gestalteten Objekte noch Jahre später daran erinnert: „Das habe ich gebaut!“

**Spaß und Freude am Gestalten:** Der Spaß und die Freude der Kinder in den Aktionen ist für alle Beteiligten erlebbar. Den Kindern und auch den beteiligten Jugendlichen ist immer die Zeit zu kurz, sie kommen früher und gehen später als eigentlich geplant.

**Das aktive Verhältnis zur Umwelt bleibt:** Der aktive Umgang mit dem öffentlichem Raum und Material hinterlässt Spuren. Langfristige Beobachtungen zeigen, dass die Kinder und Jugendlichen auf diesen Spielplätzen auch weiterhin gestaltend tätig sind. Hier übernehmen Kinder Verantwortung und engagieren sich in den Bauprojekten für die Gestaltung des Gemeinwesens. Auch wenn es für sie Spaß und Aktivität bedeutet, so handeln sie doch meist in dem Bewusstsein, etwas für andere Kinder zu schaffen. Bauprojekte können Vandalismus nicht völlig verhindern. Doch sie bewirken meist einen pfleglicheren Umgang mit den Objekten durch die Kinder, die sie auch vor Schäden durch andere verteidigen (soweit dies durch Kinder leistbar ist).

**Finanzielle Aspekte der Bauaktion mit Kindern:** Der Kostenvergleich von Ergebnissen der Bauprojekte zu konventionellen Produkten macht deutlich, dass, selbst wenn man den

ästhetischen Vorteil und den pädagogischen Effekt der selbstgebauten Produkte nicht berücksichtigt, sie doch in aller Regel ebenso teuer wie konventionelle Angebote sind. Viel wichtiger ist aber, dass neben dem reinen Produkt der Prozess als pädagogische Aktion einen völlig eigenen Wert besitzt und in dieser Form nicht zu beziffern ist.

### **Beispiel 3: Protestbekundung und Demonstration: Aktionen zur Verkehrsberuhigung**

Demonstrationen und Protestbekundungen gehören zu den klassischen demokratischen Partizipationsformen. Vor allem Demonstrationen von Eltern mit ihren Kindern oder von Kindergruppen stehen immer wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit.

Als aktuelles Beispiel einer Protest- und Demonstrationsform wird im folgenden eine Aktion zur Verkehrsberuhigung im Hammer Norden vorgestellt, die alle klassischen Mittel politischer Aktion nutzte: Transparente, Flugblätter, Straßenblockaden, Medienarbeit. Im Gegensatz zu Protestformen des zivilen Ungehorsams handelte es sich jedoch um eine legale, von den Behörden genehmigte Aktion. Sie sollte bei Autofahrern, Anwohner/inne/n, aber auch verantwortlichen Politiker/inne/n ein Bewusstsein für die Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr erzeugen und Verhaltensänderungen anregen.

Von Elterngruppen wurden mehrere Aktionen zur Verkehrsberuhigung in der Schottschleife und im Schlagenkamp initiiert. Sie führten Tempo-30-Messaktionen durch, die nach folgendem Muster abliefen:

Bei einer Tempo-30-Aktion ermittelt ein Mitglied der Initiativgruppe mit einer Radar-Messpistole die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Kraftfahrzeuge. Die gemessenen Ergebnisse werden über Funk an den 100 bis 300 Meter entfernt gelegenen zentralen Ort der Aktion weitergeleitet. Die Kinder signalisieren mit großen Schildern die gefahrene Geschwindigkeit; die Polizeibeamten halten die Fahrzeuge an. Eltern, Kinder und Polizei klären die Fahrer gemeinsam über den Sinn von „Tempo-30“ auf und verteilen als „Denkzettel“ eine Urkunde mit der festgestellten Geschwindigkeit und den möglichen Folgen. Es werden nicht nur zu schnell fahrende Autofahrer/innen angehalten und ermahnt, sondern auch korrekt fahrende Autofahrer/innen belohnt.

Bei den Aktionen im Hammer Norden haben die Eltern in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro Kaffee- und Kuchenstände organisiert, für die Kinder wurden in einem geschützten Bereich Spiele angeboten. Die offizielle Verkehrsbeschilderung wurde durch von Kindern selbstgemalte, unter künstlerischer Leitung herge-

stellte Aktionsschilder ergänzt, die auf privaten Flächen aufgestellt die Autofahrer/innen mit flotten Sprüchen zur Einhaltung der Verkehrsregeln motivieren sollten.

Die begleitende Öffentlichkeit über Zeitung und Radio sorgte stadtweit für Aufmerksamkeit und thematisierte die Interessen von Kindern im Straßenverkehr. Um die Wirksamkeit der Aktionen zu erhöhen, führte die Polizei in den folgenden Wochen weitere Kontrollen durch, bei denen dann bei Geschwindigkeitsverstößen die entsprechenden Bußgelder verhängt werden. Außerdem hat das Straßenverkehrsamt mittlerweile als bauliche Konsequenz durch eine veränderte Parkordnung (versetztes Parken) reagiert.

#### **Beispiel 4: Die Stadtteilkonferenz für Kinder im Hammer Norden 1995**

Die Stadtteilkonferenz für Kinder war geplant als Forum für die Interessen der Kinder, ganz ähnlich also wie die Stadtteilkonferenzen für Erwachsene. Es wurde keine repräsentative, mit Wahlen verbundene Form gewählt, sondern es wurden auf freiwilliger Basis alle Kinder einer Grundschule und von zwei Horten eingeladen. In der Schule und in den Horten wurde die Konferenz vorbereitet, die Kinder sammelten Ideen, bauten Modelle und malten Plakate. Am Tag der Konferenz versammelten sich 120 Kinder in einer Turnhalle. Nach einer Begrüßung durch die Sozialdezernentin und den Bezirksvorsteher wurde zunächst der Hammer Norden als lebendes Modell dargestellt, indem Kinder zentrale Punkte des Nordens verkörperten und sich entsprechend im Raum gruppierten. Danach wurden Kleingruppen gebildet, um die Wünsche und Ideen der Kinder zu sammeln und auf Früchten für einen Wunschbaum aufzuschreiben.

Nach ungefähr einer Stunde war die Aufmerksamkeit der Kinder erschöpft. Bei der Rückkehr in die Turnhalle stürzten sie sich auf die Sportgeräte, tobten durcheinander und fielen über die bereitgestellten Getränke her. Die Vorstellung und Sammlung der Ergebnisse fiel aus, wurde später von den Erwachsenen allein nachgeholt und in die Gremien eingebracht.

In der Reflexion wurde deutlich, dass diese Form der Partizipation in der gegebenen Situation unangebracht war, weil trotz intensiver Vorbereitung und Strukturierung des Ablaufs eine geordnete Veranstaltung nur durch eine soziale Auslese möglich geworden wäre.

## **4. Arbeitsstand, Erfahrungen und Ergebnisse in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Als wichtigste Erfahrungen sind zu benennen: Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist auch unter den Bedingungen von Stadtteilarbeit auf den gesamten Erfahrungszeitraum gesehen eher Stückwerk als ein kontinuierlicher Prozess. Die Bedingungen sind sowohl seitens der Bewohner/innen als auch der politischen Strukturen oft so, dass bessere Lösungen nicht möglich sind. Im gemeinsamen Arbeitsprozess konnten trotz allem viele kleine Schritte zur Verbesserung der Situation vollzogen werden.

*(a) Wohnumfeld- und Spielraumgestaltung:* Bei der Wohnumfeld- und Spielraumgestaltung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planung und Bau prinzipiell zur Selbstverständlichkeit geworden. Die im Hammer Norden entwickelten Wohnumfeldprojekte sind modellhaft für andere Beteiligungsprojekte auch in der städtischen Spielraumgestaltung geworden.

**Wenn man die Beteiligungsprojekte betrachtet, so werden sie manchmal als ergebnislos erlebt. Ergebnisse und Wirkungen sind erst auf lange Sicht und durch einander ergänzende Wirkungen festzustellen. Dabei zeigt die Erfahrung, wie hilfreich die Strukturen der Stadtteilarbeit auch längerfristig sind.**

*(b) Längerfristige Erfolge der Beteiligungsprojekte:*

Wenn man die Beteiligungsprojekte betrachtet, so werden sie manchmal als ergebnislos erlebt. Ergebnisse und Wirkungen sind erst auf lange Sicht und durch einander ergänzende Wirkungen festzustellen. Als Beispiel kann die Forderung aus den Kinderstreifzügen 1993 dienen, das wohnungsnahes Spielangebot der Wohnungsgesellschaften zu verbessern. Auch die vom Stadtteilibüro durchgeführten Wohnumfeldbegehungen in 1995 führten zu keiner direkten Verbesserung. Erst die langfristig wirkende Strategieveränderung der LEG führte 1997 – und dann für alle Beteiligten überraschend – zur Bereitstellung der Mittel und zur kurzfristigen Realisierung. Das macht deutlich, wie hilfreich die Strukturen der Stadtteilarbeit sind.

*(c) Erreichbarkeit der Zielgruppen:*

Durch die Auswahl geeigneter Methoden können die Zielgruppen sehr gut erreicht werden. Im Rahmen der Wohnumfeldgestaltung Schottschleife wurden zum Beispiel die meisten Bewohner/innen durch die Wohnungstürgesprache erreicht. Für den Bereich der Kinder

und Jugendlichen haben sich die Fotostreifzüge als Methode der Beteiligung an Stadtplanung sehr gut bewährt.

*(d) Eigeninitiative (Fremdinitiative):*

In fast allen Formen der Bewohnerbeteiligung waren Profis beteiligt. In den meisten Fällen ergreifen sie die Initiative, schaffen einen Raum, ein Forum, um Interessen äußern zu können, oder organisieren Beteiligung an vorgegebenen Projekten. In wenigen Fällen ging die Initiative von den Bewohner/innen selbst aus; zu nennen sind hier beispielsweise die Aktion gegen Raser/innen in der Schottschleife und die Einrichtung einer Mieterinitiative aufgrund des drohenden Verkaufs von Häusern in der Schottschleife/ Schlagenkamp.

*(e) Planersicht contra Lebensweltsicht der Bewohner/innen:*

Aufgrund der Differenzen zwischen Lebensweltsicht und Planersicht kann es oft zu gegensätzlichen Bewertungen über Beteiligungsprojekten kommen: Was aus Planersicht modellhaft erscheint, ist aus Bewohnersicht oftmals Stückwerk.

*(f) Institutionelle Interessen contra Interessen der Bewohner/innen:*

Was zur Differenz von Lebenswelt und Profisicht gilt, ist ebenso - und teilweise noch extremer - als Differenz von Lebenswelt und institutionellen Interessen wahrzunehmen. Zunächst gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Interessen der in kooperativen Strukturen zusammenarbeitenden Institutionen (z.B. Bauherr/in, Planungsbüro, Stadtteilbüro, Kommune mit ihren unterschiedlichen Dienststellen). Teilweise wurden die institutionellen Rahmenbedingungen von Kooperationspartner/inne/n gegenseitig nicht akzeptiert. Die aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen bestehenden Strukturen grenzen die Möglichkeiten der Bewohnerbeteiligung teilweise erheblich ein. Das betrifft die Bereitstellung finanzieller Mittel, die Zusammenfassung von Planungseinheiten (die Wohnumfeldgestaltung Schottschleife/ Schlagenkamp ist beispielsweise zu großräumig geplant worden; es zeigte sich, dass eine Bereitschaft zur Mitwirkung nur für den allernächsten Bereich vorhanden war), Abrechnungsmodalitäten bei der Abfallbeseitigung (die finanziellen Auswirkungen der Einsparbemühungen einer einzelnen Hausgemeinschaft war ihnen nicht gutzuschreiben, da die Abrechnungseinheit eine Vielzahl von Haushalten betraf. Die Bewohner/innen stellten ihre Mülltrenn-Aktivitäten wieder ein).

*(g) Partizipation als Grundlage pädagogischen Selbstverständnisse:*

Nicht zuletzt entsteht in der Praxis immer eine Reibung zwischen unterschiedlichen sozialpädagogischen Konzepten und deren Verhält-

nis zur Partizipation. Die durchgehende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auf der rechtlichen Ebene und in programmatischen Forderungen grundsätzlich abgesichert. Doch ist nach wie vor nicht davon auszugehen, dass die Jugendhilfe und die pädagogischen Fachkräfte den Beteiligungsgedanken konsequent aufgegriffen und umgesetzt haben, auch nicht in der Stadtteilarbeit. Mit der Konkretisierung von Beteiligungsrechten ist eine Auseinandersetzung um das pädagogische Selbstverständnis von Erwachsenen notwendig.

Während im Handeln aus Schutzmotiven und Förderzielen heraus nach wie vor die Gefahr besteht, Kinder und Jugendliche zu Objekten besserer oder wohlgemeinter Absichten zu machen, bringt die Dimension der Partizipation eine größere Chance mit sich, Erziehung intersubjektiv zu praktizieren. Die Meinungen, Wünsche und Willensäußerungen von Kindern sind eigenwertig und können nicht unbegründet und nicht ohne reguläre Verfahren übergangen werden.

Die Herausforderung zu einer stärkeren Integration von Beteiligungsstrukturen in pädagogisches Handeln unter Verzicht auf Versorgung und überbehütender Förderung stellt sich vorrangig in den pädagogischen Institutionen, die damit beispielhaft auch für einen anderen Umgang in Eltern-Kind-Beziehungen wirken können, und die gleichzeitig stärker in das Gemeinwesen hinein agieren könnten. Während Erzieher/innen, Sozialpädagog/inn/en und Lehrer/innen zwar die Verbesserung von Kinderrechten und ihre gesamtgesellschaftliche Beteiligung oftmals lautstark einklagen, lässt die erzieherische Praxis im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen noch sehr zu wünschen übrig. Die (noch) aktivere Einbringung der pädagogischen Einrichtungen in die Stadtteilarbeit und in die Gemeinwesengestaltung ist zugleich eine Notwendigkeit und eine große Chance.

**Kontaktadresse**

**Stadt Hamm – Kinderbüro**

**Postfach 2449**

**59061 Hamm**

**Telefon: 02381/ 176202**

**Fax: 02381/ 172950**

**e-mail: [Kinderbuero@Stadt.Hamm.de](mailto:Kinderbuero@Stadt.Hamm.de)**



Willy Eßmann

## Das Projekt: OUTREACH – Mobile Jugendarbeit Berlin

### 1. Kurze Entstehungsgeschichte des Projektes

In Folge vermehrt auftretender Jugendgruppengewalt in Berlin Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, wurde nach Wegen gesucht, diese Entwicklung aufzuhalten. Dabei sollte auch die Jugendarbeit eine entscheidende Rolle spielen. Im Jugendgruppengewaltbericht des Senates von Berlin, Anfang der neunziger Jahre vorgelegt, wurden verschiedene Möglichkeiten der Intensivierung bzw. der Erweiterung von Jugendarbeit vorgeschlagen. Unter anderem wurde 1992 das Programm „Hinausreichende Jugendarbeit“ ins Leben gerufen. Das Programm sollte flächendeckend für Berlin kleine Teams oder auch Einzelpersonen den kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen an die Seite stellen mit dem Auftrag, aus der Einrichtung heraus tätig zu werden. In 18 Stadtbezirken war ein überregionaler Träger zuständig.

Bei all diesen Maßnahmen ging es damals allerdings nicht nur um Gewaltreduktion, sondern auch darum, die kommunale Jugendarbeit um neue Aspekte zu bereichern.

Insbesondere sollte (a) eine Öffnung der Jugendfreizeiteinrichtungen zum umliegenden Kiez erreicht werden, (b) neue Zielgruppen sollten für die Einrichtungen gewonnen und (c) sogenannte „schwierige Zielgruppen“ in die Einrichtungen integriert werden.

Nach den positiven Erfahrungen, die mit diesem Ansatz gemacht wurden, entwickelte sich das Programm in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre immer weiter hin zu einem gemeinwesenorientierten Ansatz in der Jugendarbeit; die Entwicklung kann am besten mit dem Schlagwort „vom Fall zum Feld“ zusammengefasst werden. Konkret bedeutet dies, dass die Arbeit von OUTREACH sich immer mehr auf einen bestimmten Sozialraum festgelegt hat, das Projekt sich „sozialräumlich“ an den Kiezen, Stadtteilen und Quartieren orientiert. Das hat zur Folge, dass die Mitarbeiter/innen sich bewusst nicht ausschließlich auf die kommunalen Jugendfreizeiteinrichtungen beschränken, sondern prinzipiell alle möglichen Ressourcen im Stadtteil mit in ihre Arbeit einbeziehen. Bei Bedarf werden eigene Stützpunkte im Stadtteil aufgebaut.

Auf der Finanzierungsebene übernahmen

viele Bezirke Verantwortung und entwickelten mit dem Träger und dem Senat von Berlin Co-Finanzierungsmodelle. Auch die Vertragsgestaltung entwickelte sich weiter: Leistungsverträge und Zielvereinbarungen sind jetzt die Stichworte.

### 2. Zielgruppe und Mitarbeiterzusammensetzung

Das Programm „Mobile Jugendarbeit Berlin – OUTREACH“ bietet in zur Zeit zwölf Berliner Bezirken eine mobile und sozialräumlich orientierte Jugendarbeit an.

Mobile Jugendarbeit meint dabei in erster Linie eine praktische Hinwendung zu den Jugendlichen an den Orten, an denen sie sich tatsächlich aufhalten. Das sind Parks und Straßen, allgemein gesprochen, der öffentliche Raum.

Sozialraumorientierung in der Jugendarbeit meint eine Konzentration auf den Nahbereich der Jugendlichen, auf deren Wohnbereich, die Nachbarschaft, den Kiez. In der Regel ist OUTREACH in Stadtteilen tätig, die als „Quartiere mit erhöhtem Entwicklungsbedarf“ bezeichnet werden. Andere sprechen eher von „Problemkiezen“ oder von „belasteten Wohngebieten“.

#### Zielgruppe

In diesen Kiezen leben häufig Jugendliche, die von den herkömmlichen Institutionen der Jugendarbeit nicht oder nicht mehr erreicht werden. Die Schule ist dabei die einzige Ausnahme, wobei allerdings zu bedenken ist, dass viele der Jugendliche der Zielgruppe die Schule bereits verlassen haben. Grundsätzlich arbeitet OUTREACH mit Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren zusammen. Ihre Schulkarrieren umfassen einen Sonderschul-, einfachen und erweiterten Hauptschulabschluss. Ein nicht geringer Teil der Jugendlichen verfügt aber über keinen Abschluss. Real-schüler/innen und Gymnasiast/innen fallen so gut wie nicht in die Zielgruppe.

Die Jugendlichen haben, was den Westteil der Stadt betrifft, zu über achtzig Prozent einen Migrationshintergrund. Sie sind überwiegend türkischer/kurdischer, arabischer, albanischer und (ex-)jugoslawischer Herkunft. Die Jugendlichen mit arabischem Hintergrund kommen meistens aus dem Libanon. Im Ostteil der Stadt sind es überwiegend deutsche Jugendliche mit der signifikanten Ausnahme von Aussiedlerjugendlichen (hauptsächlich aus Kasachstan und Usbekistan) in einigen Stadtbezirken. Entsprechend ihrer verschiedenen Herkunft ist der Aufenthaltsrechtliche Status der Jugendlichen sehr unterschiedlich.

Über die ökonomische Situation der Her-

kunftsfamilien der Jugendlichen lassen sich nur schwer generalisierbare Angaben machen. Innerhalb der letzten zehn Jahre lässt sich eine Tendenz der allgemeinen ökonomischen Verschlechterung der Lebenssituation der Migrant/innen ausmachen, von der auch die Jugendlichen (z.T. in verstärktem Maße) betroffen sind.

#### **Mitarbeiter/innen**

Im Projekt OUTREACH sind zur Zeit knapp 40 Personen beschäftigt, die aus vielen verschiedenen kulturellen Lebenswelten und Ländern (Türkei, Kurdistan, Tunesien, Libanon, Jordanien, Palästina, Kasachstan, Persien, dem früheren Ost- und Westdeutschland) stammen. Sie arbeiten in unterschiedlich großen Teams zusammen (2-6 Personen).

Die sehr verschiedenen kulturellen Hintergründe in der Zusammensetzung der Mitarbeiter/innen findet deshalb besondere Erwähnung, weil darin nach den Erfahrungen von OUTREACH ein Schlüssel, wenn nicht sogar der entscheidende Schlüssel, zur Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt.

Bei allen abstrakten Überlegungen zur Partizipation geht es OUTREACH darum, Jugendliche, die in Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf leben, überhaupt erst zu erreichen. Dazu reicht ein gutes Konzept alleine nicht aus, sondern es bedarf der entsprechenden Menschen, die den Zugang zu den Jugendlichen herstellen können. Nach unserer Erfahrung sollten deshalb in den Teams Menschen mitarbeiten, die aus den Herkunftsländern der Jugendlichen stammen.

Allerdings reicht oft selbst ein ähnlicher kultureller und sprachlicher Hintergrund in diesen Quartieren nicht aus, um Kontakt und Vertrauen zu den Jugendlichen aufzubauen. Bei OUTREACH arbeiten deshalb Kolleg/inn/en, die selbst aus dem Kiez stammen und meist noch über einen engen Kontakt sowohl zu den Jugendlichen als auch zur eigenen ethnischen Community verfügen. Sie wirken als positive Rollenmodelle auf die Jugendlichen, die mit immer größer werdenden Ausgrenzungsrisiken behaftet sind. Man könnte diese Mitarbeiter/innen „para-professional pathfinders“ nennen. Sie können den Kontakt zu Jugendlichen schließen, die weder von deutschen Kolleg/innen noch von Kolleg/innen erreicht werden, die zwar über einen Migrationshintergrund verfügen, doch anders als die Jugendlichen aus der Mittelklasse stammen.

### **3. Die Verzahnung von mobilen und stationären Ansätzen – Straßensozialarbeit und Aufbau von Jugend-Treffpunkten**

Ein erster Kontakt zu den Jugendlichen stellt sich meistens über die Straßensozialarbeit her. Im idealtypischen Verlauf einer solchen Kontaktaufnahme, die mit den Mitteln der Freizeitpädagogik vertieft und stabilisiert wird, gelingt es, das Vertrauen der Jugendlichen aufzubauen und näher an sie heranzukommen.

Zumeist stellt sich schon zu diesem Zeitpunkt heraus, dass die Jugendlichen sich nicht nur auf der Straße aufhalten, weil hier vermeintlich weniger soziale Kontrolle herrscht. Oft sind die Gründe in den sehr beengten Wohnverhältnissen zu finden, oder in den Spannungen und Anforderungen innerhalb der Familien, die den Jugendlichen unerträglich scheinen. Dies gilt besonders auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund: Die Wohnverhältnisse, in denen viele Migrant/inn/en in Berlin nach wie vor leben, müssen als katastrophal bezeichnet werden.

Ebenso trägt die Arbeitssituation – oder genauer – die Situation der Arbeitslosigkeit, in der sich viele Jugendliche befinden, ihren Teil dazu bei, dass „Freizeit“ im Überfluss vorhanden scheint. Insbesondere diejenigen Jugendlichen, die aus Migrantenfamilien kommen, sind vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen.

In dieser Phase zeigt sich oft schon, dass viele Jugendliche aus den Bezügen, die normalerweise gesellschaftliche Integration gewährleisten, herausgefallen sind. Hier sind insbesondere Institutionen der beruflichen Integration, aber auch die der sozialen Integration gemeint. Stattdessen gewinnt die Peer-group, die ja sowieso in dieser Phase der biographischen Entwicklung eine herausgehobene Rolle spielt, an zusätzlicher Bedeutung. Die sich bildenden Peer-groups sind dann auch oft der Kristallisationspunkt, von dem aus gewalttätige Handlungen begangen werden.

Eines der zentralen Bedürfnisse dieser Jugendlichen ist es oftmals, einen Raum zu haben, wo sie sich ungestört von Erziehungspersonen treffen und kommunizieren können. Das bloße Zur-Verfügung-Stellen eines solchen Raumes führt nach unseren Erkenntnissen allerdings schnell in eine Sackgasse. Die Jugendlichen sind meist nicht in der Lage, auftretende Konflikte gewaltfrei zu lösen, ebenso kommt es oft dazu, dass eine Gruppe aus dem Stadtteil sich den Raum exklusiv aneignet. Auch der Druck von externen Gruppierungen lässt derartige Projekte schnell scheitern.

Als gangbaren Weg hat sich dagegen folgendes Vorgehen erwiesen, das so von OUT-

REACH praktiziert wird: Falls sich stabile Beziehungen zu den Jugendlichen aufbauen lassen und sie das Bedürfnis nach einer Treffpunktmöglichkeit äußern, unterstützen die Mitarbeiter/innen sie darin, diesen Wunsch zu realisieren. Dabei kann das Engagement der OUTREACH-Mitarbeiter/innen von der Mithilfe bei der Raumsuche bis zur Übernahme der Trägerschaft gehen. Die hier praktizierte Verzahnung von mobiler und stationärer Jugendarbeit überwindet dabei sowohl den reinen Streetwork-Ansatz als auch das nach wie vor vorherrschende Paradigma der Komm-Struktur.

Nun bietet diese Verzahnung von mobiler und stationärer Arbeit allein sicherlich noch keine Gewähr für konfliktfreies und konstruktives Miteinander. Sie schafft jedoch die Möglichkeit, diejenigen Jugendlichen zu erreichen, die ihren Lebensmittelpunkt entweder im öffentlichen Raum haben oder – aus welchen Gründen auch immer – von anderen Einrichtungen der Jugendarbeit nicht berücksichtigt werden. Dabei eröffnen sich oft Chancen, mit diesen Jugendlichen Verhaltensweisen zu entwickeln, die ein dialogisches und gewaltfreies Miteinander zum Ziel haben. Ebenso bietet sich hier die Möglichkeit, partizipative und empowerment-orientierte Ansätze zu entwickeln - gerade mit Jugendlichen, die häufig wenig Erfahrungen mit Partizipation gemacht haben.

Konkret versuchen wir, in Kombination mit aufsuchenden Ansätzen ein Konzept der Einrichtung von Räumen – etwa Jugendstadteilläden – zu realisieren, in denen dann mögliche Verantwortungsübernahmen, das Aushandeln von Nutzungsbedingungen usw. praktiziert wird. Mittels Nutzungsverträgen können Jugendliche bspw. einen Raum für eine bestimmte Zeit kostenfrei nutzen.

Doch bevor es zu einer solchen aktiven Partizipation der Jugendlichen kommt, bedarf es einer Begleitung über einen bestimmten Zeitraum. Nach unseren bisherigen Erfahrungen sollte dieser nicht unter eineinhalb Jahren liegen. In dieser Zeit wird mit dem normalen sozialpädagogischen Handwerkszeug und den dazugehörigen Methoden (Einzelfallbegleitung, Gruppenarbeit, Projektarbeit usw.) mit den Jugendlichen gearbeitet. Entscheidend ist hierbei jedoch, dass nicht einzelne Methoden herausgelöst und gegeneinander ausgespielt werden, sondern dass einem ganzheitlichen Methodenverständnis gefolgt wird, das sich immer seiner Empowerment-Orientierung vergewissert.

## Schlussfolgerungen

**(a) Sichtbare, konkrete Ergebnisse von Partizipation:** Partizipation vollzieht sich nicht abstrakt, sondern konkret: Die konkrete Nutzung eines Raumes, das konkrete Aushandeln von Nutzungsbedingungen macht Partizipationsanstrengungen in den Augen vieler Jugendlicher überhaupt erst sinnvoll. Ein langwieriges Agieren, wie z. B. in Jugendparlamenten, ist für diese Jugendlichen – falls sie überhaupt zur Teilnahme an einem Jugendparlament zu motivieren sind – häufig nicht einsehbar und daher nutzlos.

**(b) Verzahnung von mobiler und stationärer Arbeit:** Bei der Arbeit mit den Jugendlichen bedarf es eines Konzeptes, das sowohl die Jugendlichen erreicht, als auch Methoden und eine Praxis besitzt, die über das reine „Vollquatschen“ hinaus einen praktische Gebrauchswert für die Jugendlichen erkennen lässt. Die Verzahnung von mobiler und stationärer Arbeit und eine ganzheitliche Methodensicht hat sich in der Arbeit von OUTREACH als ein solcher Ansatz erwiesen.

**(c) Kooperation mit den ethnischen Communities:** Um Ressourcen zu erschließen, müssen in der Regel Kooperationen eingegangen werden. Neben der horizontalen und vertikalen Vernetzung mit den Akteur/inn/en im Stadtteil kommt es darauf an, mit den verschiedenen ethnischen Communities zu kooperieren. Ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg bei Partizipationsprojekten mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist es, die Strukturen dieser Communities zu kennen und zu nutzen.

Sylvia Kahle

## **Quartiersmanagement Kottbusser Tor, KonTOR, Berlin Stiftung SPI, Geschäftsbereich Stadtentwicklung**

### **Das Integrierte Handlungskonzept**

Das Team des Quartiersmanagements Kottbusser Tor, KonTOR, besteht im Kern aus vier Personen, die ihre Arbeit nach einem sog. Integrierten Handlungskonzept ausrichten.

Das Integrierte Handlungskonzept benennt vorrangig die Handlungsfelder Koordination und Vernetzung, Förderung von Beschäftigung, Qualifizierung, Ausbildung, Förderung der lokalen Ökonomie, Bewohneraktivierung und -beteiligung, Wohnen, Wohnumfeld, Imageaufwertung nach innen und außen, soziale Infrastruktur und Öffentlicher Raum. Im Idealfall greifen alle Handlungsfelder ineinander, um jungen und erwachsenen Akteur/inn/en Partizipation bei der Gestaltung ihrer Lebenswelten zu ermöglichen.

### **Das Quartier Kottbusser Tor**

Das Kottbusser Tor, am Innenstadtrand gelegen, ist ein lebendiger Stadtplatz mit einem frequentierten Straßenmarkt und guter Verkehrsanbindung. Es ist ein begehrter Gewerbe- und beliebter Bankenstandort. Die an dieser Stelle hochgeständerte U-Bahn und eine Hauptverkehrsstraße durchschneiden das Gebiet sichtbar. Das Quartier ist mit etwa 15 Hektar sehr klein, dabei aber dicht besiedelt. 4320 Einwohner verteilen sich auf 2297 Wohneinheiten mit einem hohen Anteil von Bürgern nicht-deutscher Herkunft, der bei 54,9% liegt (Stand 30.6.2000). Der optisch-gefühlte Anteil allerdings wird im Schnitt mit 80% angegeben.

Das Kottbusser Tor ist ein zentraler Treffpunkt der Berliner Drogenszene, die vor allem die wenigen vorhandenen Freiflächen belegt. Schmutz und Vandalismus im Stadtgeschehen weisen den Platz bereits in dieser Hinsicht als „sozialen Brennpunkt“ aus. Das Zusammenspiel einer Gesamt-Arbeitslosenquote von 30% im Stadtteil Berlin-Kreuzberg mit einem hohen Anteil von Sozialhilfeempfängern führt zu einer Stigmatisierung der Anwohnerschaft durch den Wohnort, wie auch die kriminalstatistische Zuweisung des Kottbusser Tores zum „gefährlichen Ort“ belegt.

## **Vorläufer des „Quartiers-Rap Kotti“ : Break-Dance-Festival „Hippen und Hoppen“**

Als Beispiel für die Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes von KonTOR in die Praxis wird im folgenden die Organisation eines Rap-Wettbewerbs vorgestellt, der am 1. September 2000 auf öffentlichem Straßenland stattfand.

Vorläufer dieser Veranstaltung war im Jahre 1999 das an ein Mieter-Straßenfest gekoppelte Break-Dance Festival „Hippen und Hoppen“, daß auf dem Hintergrund entstand, innerhalb der nächsten Jahre am Kottbusser Tor eine kontinuierliche, öffentliche Aktion mit dem Schwerpunkt Jugend zu installieren. Zielgruppe der damaligen Veranstaltung waren alle Mieter des Quartiers. Dazu gehörten

ausdrücklich sowohl Erwachsene wie Kinder und Jugendliche aller vorhandenen Ethnien. Bereits damals gelang durch die Kooperationen mit dem Bezirksamt, den Hauseigentümern, den Hausmeistern, jungen und älteren Mietern, und vielen anderen eine enge Verzahnung fast aller der im Integrierten Handlungskonzept genannten Felder.

Aufgrund der Arbeit im Projekt Ausbildungsplatzvermittlung (Handlungsfeld Beschäftigung, Qualifizierung, Ausbildung) bestanden zahlreiche Kontakte zu jungen Leuten, Jugendinitiativen, zur Jugendberufshilfe des Bezirkes etc. Angesichts des Bedarfs jugendkulturellen Austauschs der Hip-Hop-Szene (Handlungsfeld Soziale Infrastruktur), zu der die Ausdrucksformen des Break-Dance und des Rap gehören, erschien uns 1999 ein Break-Dance-Festival als geeignete Form, über den Ausbildungsaspekt hinaus verstärkt junge Menschen in die Aktivitäten des Quartiersmanagements einzubinden (Handlungsfeld Bewohneraktivierung und -beteiligung). In diesem Zusammenhang luden wir einige der uns bekannten Gruppen aus dem Umfeld des Quartiers zur Teilnahme ein, die ausnahmslos der Einladung gerne folgten (Handlungsfeld Vernetzung, Kooperation).

1999 übernahm eine Kreuzberger Filmproduktion, die zwei bewohneraktivierende Videos, „Polizistin hat nicht geklappt“ und „Wir vom Kotti“, im Quartier gedreht hatte, Teile der Organisation des Break-Dance-Festivals (Handlungsfeld Bewohneraktivierung und -beteiligung). Die Sorge, dass das Festival wegen der bekannten Gruppenrivalitäten aus dem Ruder geraten könnte, erwies sich als unbegründet. Dies vor allem deshalb, weil zehn junge Männer, acht davon Migranten diverser Ethnien aus dem Quartier, neben einem professionellen Wachschutz für Ruhe auf dem Fest sorgten. Die ausschließlich quartiersbezogene Veranstal-

tung wurde ein großer Erfolg, deren Fortführung von allen Beteiligten gewünscht wurde (Handlungsfeld Imageaufwertung nach innen, Handlungsfeld Wohnumfeld).

### **Jugendveranstaltung „Quartiers-Rap Kotti“ 2000**

Das Festival im Jahr 1999 schuf eine positive Grundstimmung für eine ausschließlich jugendspezifische Veranstaltung im Quartier. Der „Quartiers Rap Kotti“ zielte auf die Imageverbesserung des Quartiers nach außen, was auch gelang, so daß der „Quartiers-Rap Kotti“ im Jahr 2000 als eigene Jugendveranstaltung durchgeführt wurde. Durch die Unterstützung eines Rundfunksenders – der „QuartiersRap Kotti“ wurde kostenlos bundesweit betraillert – konnte die Veranstaltung bereits im Vorfeld mit großer Publicity starten. Mit dem Ergebnis, dass mehr Akteure aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten als aus dem Quartier selbst. Vermutlich ist dieser Umstand auch darauf zurückzuführen, dass wir vorschrieben, die Texte in deutscher Sprache abzufassen, während einige Rapper im Quartier ausschließlich auf Türkisch oder auf Arabisch rappen. Überlegungen für die Planung des nächsten Rap Contests gehen deshalb in die Richtung, diesen möglicherweise auch in Arabisch und/oder Türkisch abzuhalten und neben den jungen Leuten die Migrantorganisationen des Gebietes stärker einzubinden, vorausgesetzt, es besteht von dieser Seite auch Interesse (Handlungsfeld Wohnumfeld, Handlungsfeld Soziale Infrastruktur).

### **Eigenverantwortlichkeit als Impuls zur Beschäftigung**

Beim „Quartiers-Rap Kotti“ war die Konzeption der Veranstaltung zum Vorjahr dahingehend verändert worden, dass interessierten Jugendlichen zunehmende und weitgehende Verantwortung sowohl für die Organisation von Rahmenprogramm und jugendlichem Wachdienst, als auch für die Erstellung von Flyern und Urkunden bis hin zur finanziellen Verantwortung übertragen wurde. Dieses Vorgehen erwies sich als ausgesprochen erfolgreich. So gab es beispielsweise erstaunte Äußerungen aus der Szene, noch nie auf einer derart friedlichen Veranstaltung gewesen zu sein, da vergleichbare Aktionen meist nicht ohne die obligatorische Schlägerei auskommen. Dies bestätigte übrigens auch der Rundfunksender.

Bei der Organisation des „Quartiers-Rap Kotti“ hatten wir zwar leider nicht das Glück wie im Vorjahr, den Jugendlichen einen prominenten Bodyguard zur Seite stellen zu können, andererseits brachte die Zusammenarbeit mit einem anderen Sicherheitsdienst Jugendliche auf

dem ersten Arbeitsmarkt unter (Handlungsfeld Beschäftigung). Dieses Vorgehen führte die jungen Leute zwar nicht in von ihnen gewünschte Existenzgründungen, dafür aber auf den Boden der Tatsachen. Ein Beispiel: Eines der jugendlichen Organisationstalente entschloss sich nach zweimaligem Abbruch einer geförderten Ausbildung zu einem dritten Anlauf, der bis dato auch gut verläuft. Und das, obwohl zuvor die Jugendförderung mit nachvollziehbaren Argumenten seine neuerliche Aufnahme strikt ablehnte. Für den jungen Araber letzte Gelegenheit auf einem Zug in einen konventionellen Beruf aufzuspringen.

Der Weg dieses jungen Mannes ist nur ein Beispiel, belegt aber exemplarisch die Situation vieler Jugendlicher, auf die wir im Quartiersmanagement treffen. Meist handelt es sich um junge Leute, die herkömmliche Angebote, die die Gesellschaft für sie bereithält, aus den verschiedensten Gründen ablehnen. KonTor hat es sich zur Aufgabe gemacht, gemeinsam mit ihnen verstärkt ihnen gemäße Möglichkeiten herauszufiltern, die sie befähigen, ihren eigenen Weg zu gehen. In diesem Kontext kooperiert das Quartiersmanagement Kottbusser Tor z. B. mit dem Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr, daß mit modularisierten Angeboten neue Formen der Berufswegeplanung ermöglicht.

Monika Bradna

## **Geschlechterdifferenzierung in der Praxis der Beteiligungs- arbeit**

In den vergangenen Jahren ist das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung sehr intensiv diskutiert worden, es ist geradezu zu einem Modebegriff (vgl. BRENNER 1999) avanciert. Doch Modethemen haben ihre Tücken: Zwar erreichen sie einen hohen Bekanntheitsgrad, neigen aber gleichzeitig dazu, argumentativ auf der Oberfläche zu bleiben. So verhält auch der Ruf nach Geschlechterdifferenzierung in der Praxis der Beteiligungsarbeit häufig ungehört.

### **1. Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Paradigmenwechsel in Theorie und Praxis der Beteiligung**

Die boomende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hat einen Paradigmenwechsel zum Hintergrund:

Während in der wissenschaftlichen Diskussion zunächst das Ziel anvisiert wurde, die Bedingung für individuelle Entwicklungsprozesse zu verbessern, kreisten die Inhalte um den Schutz, die Fürsorge und die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene. In der Beteiligungspraxis führte dies zur Forderung nach anwaltschaftlichen Beteiligungsmodellen. Kinder und Jugendliche sollten lernen und sich zum Erwachsenen entwickeln. Ihnen wurden Bedürfnisse zugeordnet, für sie wurde gedacht, geplant und gehandelt. Damit machte man sie zu Objekten der Erziehung.

Heute werden dagegen Kinder und Jugendliche zunehmend als eigenständige Akteure und Bürger/innen begriffen. Innerhalb der Diskussion werden verstärkt emanzipatorisch orientierte Positionen vertreten, die die Autonomie der Kinder und Jugendlichen betonen und auf die umfassende Umsetzung von Kinderrechten und Beteiligung abzielen. Kinder und Jugendliche werden als eigenständige Subjekte wahrgenommen, die im Rahmen ihres Alltags und ihrer Lebenswelt Expert/inn/en sind, wenn es darum geht, die eigenen Bedürfnisse zu formulieren und als Akteure ihrer Entwicklung zu agieren.

### **Geschlechterdifferenzierung in der Praxis der Beteiligungsarbeit**

In der bundesweiten, repräsentativ angelegten Studie des Deutschen Jugendinstituts (BRUNER u.a., 1999) fehlen konkrete Angaben zum zahlenmäßigen Verhältnis von Mädchen und Jungen, Aussagen über unterschiedliche Herangehensweisen bei der Arbeit mit Mädchen und Jungen und geschlechterdifferenzierte Reflexionen über die Ergebnisse der Beteiligungsmodelle. Es wird lediglich festgestellt, dass Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen fast ausnahmslos in allen Modellen bundesweit stattfindet.

Jedoch findet sich in den wenigsten koedukativen Praxismodellen eine bewusste Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Aspekten wieder (vgl. HOMAN 1998). In den Strukturen und angewandten Methoden der Beteiligungsmodelle findet eine Fokussierung auf Mädchenspezifische Lebenslagen und Bedürfnisse in der Regel nicht statt. Häufig werden diese noch nicht einmal wahrgenommen oder in Erwägung gezogen. Im Ergebnis zeigt sich, dass sich die Mädchen im Laufe der Zeit zunehmend von der Beteiligungsarbeit zurückziehen (vgl. BRADNA & ZACHARIAS 1999). Partizipation von Kindern und Jugendlichen gerät so zur Jungen-Beteiligung. Im Sinne des § 9 Abs. 3 des Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) ist eine solche Entwicklung nicht.

Will man im Sinne des § 9 Abs. 3 des Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) handeln, müssen die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe zugrunde gelegt werden. Im Kontext von Partizipation bedeutet dies, dass die Auswahlprozesse der zu bearbeitenden Themen, die Bearbeitungsverfahren sowie die vorgesehenen Methoden und Instrumente im Hinblick auf die Lebenslagen und Bedürfnisse beider Geschlechter geprüft werden müssen. Im Kern geht es um die Frage, ob das Beteiligungsprojekt so ausgestaltet ist, dass es die Bedürfnisse im Alltag und in der Lebenswelt der Mädchen und Jungen gleichermaßen anspricht.

### **2. Lebenslagenorientierung als Ausgangspunkt der Beteiligungsarbeit**

Die gängigen Auslegungsmuster der gesetzlichen Aufforderung, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen (vgl. § 9 Abs. 3 SGB VIII), beschränken sich in der Regel darauf, entweder pauschal zwischen Mädchen und Jungen zu unterscheiden oder Mädchen und Jungen in einen Topf zu werfen und geschlechtslose so-

ziale Lebenslagen zu konstruieren. Solche Herangehensweisen zeichnen ein verzerrtes Bild von den Herausforderungen, mit denen die verschiedenen Adressatengruppen konfrontiert sind.

M. E. ist es notwendig, beide Ebenen miteinander zu verknüpfen, um der Komplexität und zunehmenden Differenzierung der Lebenslagen gerecht zu werden: Der Unterscheidung von Lebenslagen muss eine geschlechterbewusste Komponente innewohnen. Dieser Aufforderung zur Präzisierung von Lebenslagen liegt die Erkenntnis zugrunde, dass es erstens zwischen Mädchen und Jungen keine generellen bipolaren Unterscheidungskategorien gibt, zweitens die Lebenswelten von Mädchen und Jungen trotz Angleichung nicht dieselben sind und drittens Mädchen bzw. Jungen nicht alle gleich sind.

Die Feststellung, dass Mädchen nicht gleich Mädchen sind, erscheint einerseits so offensichtlich, andererseits so komplex, dass sie oft schnell in Vergessenheit gerät. Daher sei an dieser Stelle nochmals betont, dass es hier um die Beteiligung von Mädchen in benachteiligten – und benachteiligenden – Stadtteilen und nicht um die Beteiligung von Mädchen im vermeintlich Allgemeinen geht.

#### **Das Bundesmodellprojekt „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“**

Die im folgenden präsentierten Beteiligungspraktiken wurden im Kontext des Bundesmodellprojektes „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ durchgeführt. Deshalb werden zunächst die Leitlinien des Konzeptes vorgestellt. Dazu möchte ich kurz auf die Rolle der Jugendhilfeplanung im System der Jugendhilfe eingehen.

##### **Jugendhilfeplanung:**

Die Jugendhilfe ist bei der Unterbreitung ihrer Angebote darauf verpflichtet, sich an den konkreten individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Realitäten von Kindern und Jugendlichen sowie ihren Familien zu orientieren. Um dem nachzukommen, wird im Kinder- und Jugendhilfegesetz der Jugendhilfe die Jugendhilfeplanung (§§ 79 und 80 SGB VIII) verbindlich an die Seite gegeben. Die Jugendhilfeplanung ist ein Instrument zur Entscheidungsvorbereitung, das die Leistungen der Jugendhilfe in den Kommunen kontinuierlich erfasst und im Hinblick auf ihre Bedarfsgerechtigkeit im Planungsraum auswertet und diskutiert. Die wichtigsten Aufgaben der Jugendhilfe bestehen darin, die entscheidungsrelevanten Informationen zusammenzutragen, die fachlichen und übergreifenden Diskurse zu organisieren und unter Berücksichtigung der Prinzipien einer

modernen Jugendhilfe Empfehlungen zu deren zielgerichteter Entwicklung zu erarbeiten.

Das Konzept der „integrierten Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“:

Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung versteht sich als ein Instrument der Jugendhilfeplanung, das aber die Betrachtung aller Jugendhilfeleistungen entsprechend § 9 Abs. 3 SGB VIII geschlechterdifferenziert verankern möchte. Aufgabe der „Integrierten Mädchenbewussten Jugendhilfeplanung“ ist es, im Bereich der mädchenspezifischen Jugendhilfeplanung methodische Verfahren und Organisationsformen so fortzuentwickeln, dass sie im Rahmen regulärer Planungsprozesse eingesetzt werden können. Ansatzpunkt dieses Konzeptes ist die mädchenspezifische Planung, die in der Vergangenheit eher als Sonderplanung begriffen wurde. Dagegen geht die „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ davon aus, dass sich geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung nur dann breit etablieren lässt, wenn ihre methodischen Verfahren in die regulären Prozesse vor Ort ohne allzu großen Mehraufwand integriert sind.

Entsprechend dem Auftrag des Bundesmodellprojektes „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurden an fünf Standorten geeignete methodische Verfahren zur Erhebung mädchenspezifischer Lebens- und Problemlagen erprobt, die zur Erkennung von Defiziten im Hilfesystem und zur Entwicklung notwendiger Maßnahmen führen sollten (Bedarfsermittlung). Gleichzeitig wurden probeweise kommunikative Verfahrenswege organisiert, die die Integration mädchenspezifischer Jugendhilfeplanung erleichtern und damit die Durchsetzung mädchenpolitischer Interessen fördern sollten (Betroffenenbeteiligung).

Jugendhilfeplanung wird hierbei sowohl als Strukturierungsinstrument der Jugendhilfe als auch als Qualifizierungsinstrument ihrer Leistungsfelder verstanden. Damit ist einerseits die Verankerung der Mädchenarbeit im System der Jugendhilfe gemeint und andererseits die Qualifizierung der Handlungsansätze der Jugendhilfe durch die geschlechterdifferenzierte Betrachtung.

Umsetzung der Betroffenenbeteiligung in Nürnberg:

Im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ wurden in Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt Nürnberg die Bausteine Betroffenenbeteiligung und Bedarfsermittlung umgesetzt.

In drei benachteiligten Stadtteilen sollte es den bestehenden Einrichtungen der offenen

Kinder- und Jugendarbeit ermöglicht werden, die Bedürfnisse und Problemlagen von Mädchen und jungen Frauen systematisch zu erfassen, um sie besser in die Angebotsgestaltung einbinden zu können.

Für den Baustein Betroffeneneinbindung wurden beteiligungsorientierte Erhebungsmethoden entwickelt und umgesetzt, die den Zugang zu Zielgruppen eröffnen, und zwar einerseits zu denen, die bereits erreicht werden und andererseits auch zu solchen, die nicht in den Einrichtungen vertreten sind.

In einem ersten Schritt wurde gemeinsam mit der planungsbegleitenden Gruppe, die sich aus Fachkräften der Einrichtungen und leitenden Vertreter/innen des Jugendamtes zusammensetzte, geklärt, um welche Zielgruppen es sich handelt und was genau in Erfahrung zu bringen ist, d.h. was wir von den Mädchen wissen möchten. Will man gezielt nach den Interessen, Bedürfnissen und Hindernissen der Mädchen vor Ort – in diesem Fall handelte es sich um den Freizeitbereich – schauen, muss man sowohl die Fachkräfte und die Entscheidungsträger einbinden als auch die Betroffenen selbst am Planungsprozess in geeigneter Weise beteiligen.

Wie oben bereits angesprochen, sollen Beteiligungsprojekte bereits an den Bedürfnissen der Mädchen und jungen Frauen ausgerichtet sein, d.h. es wird eine Grundkenntnis der Lebenslagen der unterschiedlichen Mädchen in gewisser Weise schon vorausgesetzt. Gleichzeitig sollen aber genau diese Projekte dazu dienen, die Lebenslagen der Mädchen und Jungen Frauen differenziert zu erfassen, um ihnen geeignete Förderungs- und Unterstützungsangebote zu unterbreiten.

Hieraus ergibt sich für die Betroffeneneinbindung ein Widerspruch: Das Beteiligungsverfahren soll dazu dienen, die Lebenslagen zu eruieren und zugleich schon so ausgestaltet sein, dass die Form der Beteiligung den Lebenslagen der Mädchen gerecht wird. Sie sollen weder über- noch unterfordert werden, die Beteiligungsangebote sollen auf ihr Interesse stoßen und sie zum Mitmachen motivieren.

Um diese Anforderung erfüllen zu können, muss über die Adressat/innen der Beteiligung schon vieles bekannt sein, damit sie angemessen in den Planungsprozess einbezogen werden können. Zu diesem Zweck wurden Auswertungen sozialräumlicher Daten vorgenommen und strukturierte Experteninterviews anhand eines Leitfadens durchgeführt. Ergänzend fanden explorative (Gruppen-)Interviews mit Mädchen statt, die potentiell am Projekt teilnehmen sollten. Die Ergebnisse der Recherchen wurden in die Planungsgruppe eingebracht und im Hinblick auf die Durchführung

von Beteiligungsprojekten diskutiert.

Bei der Auswahl der geeigneten Beteiligungsformen war außerdem zu berücksichtigen:

(a) welche Ressourcen – personell, räumlich, sächlich – für die Durchführung der Beteiligung zur Verfügung standen;

(b) welche Fähigkeiten und Kompetenzen je nach Entwicklungsstand und soziokulturellem Hintergrund die zu Beteiligten mitbrachten und

(c) ob es sich um ein einmaliges bzw. punktuelles Beteiligungsereignis handeln sollte oder eine prozesshafte Beteiligung angestrebt war.

Aufgrund der unterschiedlichen Altersgruppen und thematischen Schwerpunkte fiel die Auswahl auf drei verschiedene Beteiligungsprojekte. Den jüngeren Mädchen (1. bis 3. Grundschulklasse), eine Zielgruppe, die die Einrichtungen bisher noch nicht erreichten, wurde eine auf ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten orientierte Zukunftswerkstatt offeriert. Zur Beteiligung der mittleren und älteren Mädchen (4./6. und 8./10. Klasse) wurden schriftliche Befragungen durchgeführt. Diese beiden Beteiligungsprojekte werden im vorliegenden Band von Monika Klinkhammer (vgl. S. ?? ff) erläutert. Für die Entwicklung von Leitlinien zur mädchenbewussten Spielraumplanung wurde ein advokatorischer Beteiligungsansatz ausgewählt.

### **Workshop: Leitlinien mädchenbewusster Spielraumplanung**

Angesichts der skizzierten Projektkonzeption für das Bundesmodellprojekt "Integrierte Mädchenbewusste Jugendhilfeplanung in Nürnberg" stellt sich offensichtlich die Frage, warum hier ein Beteiligungstyp der Interessenvertretung durch Erwachsene gewählt wurde, obwohl eingangs vom Paradigmenwechsel und direkter Beteiligung die Rede war. Um zu erläutern, warum bewusst ein advokatorischer Beteiligungsansatz gewählt wurde, möchte ich kurz darstellen welche Anforderungen Mädchen und Jungen an Beteiligungsprojekte haben.

Im Kontext von Beteiligungsprojekten gibt es eine Vielzahl verschiedener Interessen unterschiedlicher Gruppen. So sind beispielsweise Parteien und Verbände häufig daran interessiert, Jugendliche und Kinder anzuwerben und so für Nachwuchs in ihrer Organisation zu sorgen.

Bei einem erfolgreichen Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendlichen sollen jedoch m. E. die Interessen der Mädchen und Jungen maßgeblich sein. In erster Linie geht es bei der Beteiligungsarbeit darum, die Wünsche und Interessen von Kindern und Jugendlichen aufzu-



greifen und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang liegen folgende Erkenntnisse vor (BRUNSEMANN u.a., 1997, S. 22ff):

**Selbstbestimmung:** Gegenstand/Thema eines Beteiligungsmodells, soll das sein, was sie unmittelbar betrifft. Kinder und Jugendliche möchten ihre Themen selbst bestimmen; sie nehmen zwar meist gerne Unterstützung durch Erwachsene an, tolerieren aber keine Bevormundung. Sie wollen in ihrem Handeln flexibel sein, keinen starren Vorgehensstrukturen unterworfen werden und selbst bestimmen, was ihr nächster Schritt ist.

**Spaß haben:** In Beteiligungsprojekten geht es darum, auch Freundinnen und Freunde zu treffen, soziale Beziehungen zu pflegen und Spaß miteinander zu haben. Hierzu gehören ab und an spektakuläre Aktionen oder mehrtägige Veranstaltungen.

**Zusammensetzung der Gruppen:** Je nach Alter gibt es ein Bedürfnis nach Zusammenarbeit in geschlechtshomogenen oder -heterogenen Gruppen.

**Probleme der Zusammenarbeit mit Institutionen und institutionellen Prozessen:** Kinder und Jugendliche haben kein Verständnis für bürokratische Hürden, schätzen aber Meinungsvielfalt und Diskussion. Sie wollen die Produkte ihrer Arbeit zeitnah umgesetzt erleben. Je jünger sie sind, um so kürzer müssen die Zeiträume sein, da ihre Zeitperspektive in jungen Jahren sehr kurz ist.

Bei der Betrachtung des Anforderungskataloges wird deutlich, dass zentrale Kriterien bei der Erarbeitung von Leitlinien nicht erfüllt werden können. Die Erarbeitung einer solchen Konzeption erfordert abstraktes Denkvermögen, das Prozedere lässt kaum Spielraum und die Umsetzung der Leitlinien erfordert einen langen Atem. Darüber hinaus kommen noch massive Asymmetrien in der Kommunikation zwischen den Professionellen aus unterschiedlichen Bereichen und den zu beteiligenden Mädchen. Daher erhielt in diesem Fall das „klassische“ Modell der Interessenvertretung durch Fachkräfte den Zuschlag.

Die Grundlagen für die Leitlinien einer mädchenbewussten Spielraumplanung wurden in einem Workshop (vgl. Workshop-Dokumentation 24/1999) erarbeitet, an dem Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit teilnahmen, sowie Verantwortliche aus dem Jugendamt, dem Amt für Wohnen und Stadterneuerung und dem Grünbauamt.

Die Ziele des Workshops waren vorrangig ein Konzept zu entwickeln, das die Bedürfnisse von Mädchen in der Jugendhilfe berücksichtigt. Ebenso sollten die Planungsbeteiligten für die

Bedürfnisse der Mädchen sensibilisiert werden und eine stärkere Vernetzung für den ressortübergreifenden Erfahrungsaustausch sollte angeregt werden.

Im Ergebnis gelang es mit Unterstützung einer versierten Fachfrau, die im wesentlichen die inhaltlichen Inputs gegeben hat, mit Übungen und Spielplatzbegehungen/-beobachtungen, den Teilnehmenden die spezifischen Raumnutzungsanforderungen von Mädchen zu vermitteln. Es wurde Einvernehmen erzielt, die Beteiligung von Mädchen und Jungen bei konkreten Planungen in den Leitlinien strukturell zu verankern und in getrennten Beteiligungsverfahren durchzuführen.

### **3. Beteiligung ist gefragt – Quartiersmanagement und Beteiligungsarbeit**

Quartiersmanagement ist derzeit ein schillerndes Tätigkeitsfeld, das zugleich umfassend skizziert wird und doch nur vage konturiert bleibt. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ stellt das Quartiersmanagement den Knotenpunkt von vertikaler und horizontaler Kooperation dar und wird damit auch in die Verantwortung im Hinblick auf die Beteiligungsarbeit genommen. Doch nicht jeder oder jede Quartiersmanager/in ist vertraut mit der Organisation und Durchführung der Beteiligung von spezifischen jugendlichen Zielgruppen, so dass die Beteiligungsprojekte in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sicherlich noch intensiver als anderswo in Kooperation stattfinden werden.

Im folgenden werden thesenartig Aspekte im Vorfeld der Beteiligungsarbeit vorgestellt, die zu einer verlässlichen Zusammenarbeit mit Verwaltung, Politik, Freien Trägern und Initiativen im Stadtteil beitragen:

#### **Identifikation der relevanten Akteure**

Relevante Akteure sind Personen, die mit Sach- und Verfahrenkenntnis unterstützen können, Zugang zu der Zielgruppe haben oder befördern können, sowie über Entscheidungskompetenz verfügen bzw. auf Entscheidungsträger/innen Einfluss ausüben. Solche Bündnispartner können beispielsweise auch der türkische Gemüsehändler sein oder die Erzieherin in der Kindertagesstätte u.v.a..

#### **Sondierungsgespräche „face to face“ führen**

Mit potentiellen Bündnispartner/innen sollten zu Beginn persönliche Gespräche geführt werden. Über den persönlichen Kontakt lässt sich viel besser und schneller feststellen, ob die „Chemie“ stimmt und auch Vereinbarungen erfreuen sich in der Anfangsphase höherer Verbindlichkeit als per Telefon.

### **Individual- und Ressortinteressen aufgreifen**

Jede Organisation(-seinheit) hat ihre eigenen Interessen. Gelingt es, Effekte der Beteiligungsarbeit zu identifizieren und herauszustellen, die zugleich die Interessen der möglichen Bündnispartnerschaften unterstützen, so ist dies eine gute Basis für die künftige Zusammenarbeit. Solche Effekte sind z. B. der Rückgang von Vandalismus bei der Beteiligung an der Wohnumfeldgestaltung.

### **Interesse bei Politik und Verwaltung wecken**

Ohne die Unterstützung durch Politik und Verwaltung wird es nur schwer gelingen, die Früchte der Beteiligungsarbeit zu ernten. Öffentliche Anerkennung und Wertschätzung ist für die beteiligten Mädchen und Jungen ein wichtiger Motivator.

### **Bestehende Netzwerke nutzen**

Es gibt fast überall eine Vielzahl von Netzwerken im Stadtteil und in der Verwaltung, die für die Beteiligungsarbeit genutzt werden können. Es ist für alle Akteure ökonomischer, zunächst an den bereits vorhandenen Gremien mit der Kooperation anzusetzen als sofort neue Netzwerke ins Leben zu rufen.

### **Umgang mit den Ergebnissen der Beteiligung abklären**

Für die Adressat/innen der Beteiligungsarbeit ist es wichtig zu wissen, wie mit den Produkten ihrer Beteiligung verfahren wird. Dies ist ein Zeichen der Fairness und Transparenz im Umgang miteinander, das dem Gefühl von Ohnmacht entgegen wirkt.

## **4. Anforderungen an das Qualifikationsprofil der Quartiersmanager/innen**

Will man die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selbständig organisieren, erfordert dies eine Reihe von umfassenden Kompetenzen, Kenntnissen und persönlichen Fähigkeiten:

- Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendarbeit;
- Kenntnisse über Verfahren und Methoden der Partizipation;
- Grundkenntnisse einschlägiger gesetzlicher Grundlagen;
- Einblicke in Haushalts- und Finanzierungsfragen;
- Grundzüge der Aufbau- und Ablauforganisation der kommunalen Verwaltung;
- Kenntnisse der parlamentarischen Abläufe und Strukturen vor Ort;
- soziale und kommunikative Kompetenzen;
- Beharrlichkeit und Fingerspitzengefühl.

Daneben haben beispielsweise Fachämter, die wenig Kontakt mit Kindern und Jugendli-

chen haben, Unterstützungsbedarf, was weitere Anforderungen an die Beteiligungsarbeiter/innen nach sich zieht:

- Abbau von Hemmschwellen und Unsicherheiten;
- Information und Aufklärung über die jeweiligen Wünsche und Interessen der Kinder und Jugendlichen;
- Vermittlung von altersangemessenen Präsentations- und Arbeitsmethoden.

### **Fazit**

Beteiligungsarbeit ist eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Professionell durchgeführte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfordert eine Vielzahl von Kompetenzen und ressourcen-intensiven Unterstützungsleistungen, damit sie Aussicht auf Erfolg hat. Misserfolge können für die betroffenen Mädchen und Jungen - insbesondere in benachteiligten Quartieren - weitreichende Folgen für ihr Engagement und ihre persönliche Entwicklung nach sich ziehen.

Diejenigen, die nicht über das erforderliche Qualifikationsprofil verfügen, können ihre Bemühungen auf das Anstoßen und die Durchführung von Beteiligung durch Dritte richten, die geeignete Voraussetzungen für die Beteiligungsarbeit mitbringen. Quartiersmanager/innen sind in der Lage, die vor der Konstituierung einer Beteiligung erforderliche Koordination (vgl. oben Abschnitt 3) durchzuführen und auf diesem Wege einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Partizipation zu leisten.

Die Umsetzung der Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen in benachteiligten Stadtteilen wird durch die folgenden Aspekte begünstigt:

#### **(a) Mädchengruppen/ Jungengruppen:**

Falls ein geschlechtshomogenes Arrangement gewählt wird - dies sollte von den Mädchen auch gewünscht sein - sollte parallel eine Beteiligung für Jungen angeboten werden.

#### **(b) Weibliche Vorbilder:**

Die Kooperation mit weiblichen Führungskräften aus Politik und Verwaltung setzt gängigen Klischees positive Vorbilder entgegen.

#### **(c) Konkrete Projekte mit realistischer**

#### **Chance auf Umsetzung:**

Beteiligung sollte auf konkrete Projekte bezogen sein, die thematisch mit dem Alltag und der Lebenswelt der beteiligten Mädchen in Verbindung stehen.

Eine realistische Aussicht auf Umsetzung der Ergebnisse der Beteiligung sollte bestehen. Realistische Aussicht auf Umsetzung bedeutet nicht, dass alle Wünsche vollständig umgesetzt werden müssen. Es bedeutet aber, dass zumin-

dest eine öffentliche Auseinandersetzung der Verantwortlichen mit den Arbeitsergebnissen stattfindet und Teilelemente in die Umsetzung einfließen.

**(d) „Meilensteine“ bei längeren Projekten:**

Bei Projekten, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken oder an dem jüngere Mädchen beteiligt sind, ist es ratsam Meilensteine einzubauen. Diese Meilensteine haben die Aufgabe den Fortgang der Arbeit zu markieren und weisen auf den Abschluss von einzelnen Arbeitsschritten hin oder verweisen auf Teilerfolge.

**(e) Unterschiedliche Ausdrucksmittel:**

Ein Mix an Ausdrucksmitteln in der Beteiligungsarbeit ist vor allem dann von größter Bedeutung, wenn Mädchen und Jungen zusammen an einem Projekt arbeiten. Jedoch auch unter Mädchen ist es sinnvoll eine ganze Methodenpalette zur Verfügung zu haben und die Ausdrucksmittel zu variieren, damit für jedes Mädchen etwas dabei ist, was sie mag und gut kann.

**(f) Öffentlichkeitsarbeit:**

Die beteiligten Mädchen sollen Gelegenheit haben, sich und ihre Arbeit in der Öffentlichkeit, auf eigens zu diesem Zweck organisierten Veranstaltungen oder in der Lokalpresse zu präsentieren. Hierfür ist in geeigneten Intervallen Öffentlichkeit herzustellen.

**Monica Klinkhammer**

## **Stadtteilorientierte Interessenserkundung in Nürnberg im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“**

### **1. Entstehungsgeschichte und Zielsetzung des Modellprojektes**

#### **Ausgangslage**

Die Jugendhilfe ist mit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) aufgefordert, bei der Ausgestaltung der Leistungen und Erfüllung der Aufgaben, die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern (§9, Abs.3 KJHG)

Aus dieser gesetzlichen Aufforderung des KJHG ergeben sich folgende Fragestellungen für die Beteiligungsarbeit mit Mädchen und jungen Frauen:

Wie sehen die Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen aus, welche Bedürfnisse haben sie (subjektiv aus Sicht der Mädchen und objektiv aus Sicht von Expert/inn/en), was erwarten sie an Förderung, Unterstützung und Hilfe und welche Angebote können und sollen ihnen durch die Jugendhilfe unterbreitet werden?

Auf diese Fragen können nur dann Antworten gefunden werden, wenn vor Ort – also dort wo die Mädchen aufwachsen und leben – gezielt ihre Interessen, Probleme und eventuellen Benachteiligungen erkundet werden und die Ergebnisse in den kommunalpolitischen Willensbildungsprozess vermittelbar sind.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht für diesen Prozess das Instrument der Jugendhilfeplanung (§79 KJHG) vor, mit dem Kommunen und Landkreise fortlaufend verpflichtet sind, ihre Jugendhilfeleistungen einer Prüfung zu unterziehen.

In der Praxis gibt es für den Bereich der mädchen-spezifischen Jugendhilfeplanung bisher keine ausreichend entwickelten Verfahren und Organisationsformen, die im Rahmen der regulären Planungsprozesse eingesetzt werden können. Mädchen-spezifische Planung ist in der Vergangenheit eher als Sonderplanung verstanden und methodisch umgesetzt worden.

An dieser Stelle setzt das Projekt „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ mit folgendem Gedanken an: „Eine geschlechterdifferenzierte Jugendhilfeplanung wird sich zukünftig nur dann breit etablieren lassen, wenn die Verfahren der mädchen-spezifischen Planung sich in die regulären Prozesse vor Ort integrieren lassen ...“

(ISS SELBSTDARSTELLUNG, 1999, S.5)

#### **Ziele**

Ein Ziel des Modellprojektes „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“ liegt u. a. in der Erprobung geeigneter methodischer Verfahren zur Erkundung der Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen und ihrer geschlechtsspezifischen Problemlagen, zur Erkennung der Defizite des Hilfesystems und zur Entwicklung von notwendigen Maßnahmen (ISS SELBSTDARSTELLUNG, 1999, S.5).

### **2. Umsetzung des Modellprojektes/ Konzeptionsphase**

Für das in den Nürnberger Stadtteilen Gostenhof, St. Leonhard, Schweinau und Langwasser durchgeführte Modellprojekt waren die Themen „Betroffenenbeteiligung/ Bedarfsermittlung von Mädchen“ (s. BRADNA, im Heft) ausgewählt worden.

Zur Projektumsetzung wurde dann der Bereich „Entwicklung und Erprobung von Verfahren zur Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen an der Ausgestaltung der Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ als Ansatzpunkt des Projektes herausgearbeitet. Hierzu wurde ein Konzept zu diesem Bereich entwickelt. Es zielte zum einen darauf ab, Fachkräfte der Jugendarbeit in Hinblick auf die Anwendung von Verfahren der Bedürfniserkundung zu qualifizieren. Zum anderen sollte erreicht werden, dass die an der Konzeption beteiligten Expert/inn/en sich auf der Basis der gemachten Erfahrungen auf eine für die Zukunft verbindliche Form der Umsetzung verständigen konnten.

Damit sollte der Anspruch der Beteiligung Verwirklichung finden, es sollte aber auch ein institutionalisiertes Vorgehen bei der Bestimmung der aktuellen Lebenslagen von Mädchen in Einrichtungen und ihrem unmittelbaren Umfeld entwickelt und festgelegt werden (ISS KONZEPTVORSCHLAG, 1999, S.6ff).

Das Konzept sah unterschiedliche Arbeitsschritte des Modellprojektes vor:

■ Analyse der Situation (bzgl. Umfeldanalyse, sozialräumlicher Daten): Wer kommt zu uns in die Einrichtungen? Anteil Mädchen/ Jungen? Was wissen wir über diese Mädchen? Sozio-kultureller Hintergrund?

- Bewertung der Situation: Wen müssen wir darüber hinaus noch erreichen? Wie setzen wir unsere Erkenntnisse um?
- Zielformulierungen: Welche Konsequenzen hat das für unsere Arbeit?
- Methodenauswahl: Welche Instrumente benötigen wir?
- Erarbeitung von ausgewählten Beteiligungsverfahren: Wie werden Mädchen konkret beteiligt? Empirische Befragung – Fragebogen – Zukunftswerkstatt?
- Beteiligungsverfahren: Was ist bei der Durchführung zu beachten?
- Auswertung der Ergebnisse: Wie gehen wir zukünftig mit Veränderungen um?
- Präsentation der Ergebnisse: Wie können die gewonnenen Erkenntnisse konzeptionell verankert werden?

### 3. Ausgewählte Beteiligungsverfahren und deren Durchführung

Für das Modellprojekt wurden advokatorische Beteiligungsverfahren ausgewählt (zur Begründung, s. BRADNA, im Heft), und zwar sollten die Wünsche und Bedürfnisse der Mädchen und jungen Frauen mit schriftlichen Fragebogenaktionen einerseits und dem Angebot einer Zukunftswerkstatt andererseits ermittelt werden.

Diese Beteiligungsverfahren wurden überwiegend in sog. benachteiligten Quartieren der Stadt Nürnberg durchgeführt. In den Stadtteilen Gostendorf, St. Leonhard und Schweinau leben überdurchschnittlich viele Migrant/inn/en aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Es gibt dort nur wenige Einrichtungen, in denen Mädchen sich aufhalten. In den unterschiedlichen Freizeiteinrichtungen sind vor allem Jungen präsent. Ziel der Bestands- und Bedarfsermittlung war konkret, herauszufinden, wo Mädchen sich in ihrer Freizeit aufhalten, welche Jugendeinrichtungen sie überhaupt wahrnehmen und kennen, wie sie ihre Freizeit verbringen und welche Wünsche und Bedürfnisse sie bezüglich ihrer Freizeitgestaltung haben.

#### Fragebogen-Aktion

Insgesamt wurden 141 Mädchen aus 25 Klassen schriftlich befragt. Die Auswahl bezog sich auf die Stadtteile Gostendorf, Schweinau und Langwasser mit den Schultypen Förderzentrum, Grund- und Hauptschule, Realschule und Gymnasium.

Für die Durchführung der Schülerinnenbefragung wurde ein Leitfaden entwickelt, der sich konkret auf die tatsächlich durchgeführte Schülerinnenbefragung in den genannten Nürnberger Stadtteilen bezieht, jedoch z.T. auch auf ähnliche Aktionen übertragen werden kann.

**Zielgruppe:** Die Befragung zielte auf Mädchen der ausgewählten Schulen in allen 4., 6., 8. und 10. Klassen

**Kontaktaufnahme zu den Mädchen:** Die Kontaktaufnahme verlief hauptsächlich über die Schule, nachdem mit der zuständigen Schulleitung das Vorhaben gesprochen und sich über Sinn, Zweck und Notwendigkeit ausgetauscht wurde. Die Schulleitung selbst bestimmt, im welchem Rahmen die Schülerinnenbefragung durchgeführt werden kann.

**Zeitaufwand:** Es wurde ca. eine Schulstunde benötigt.

**Einführung:** Als hilfreich hat sich herausgestellt, der eigentlichen Fragebogen-Aktion eine kurze Erläuterung voranzustellen, in der erklärt wird, wozu diese Erhebung gemacht wird, nämlich um mehr über die Wünsche und Interessen der Mädchen zu erfahren.

**Erläuterung des Fragebogens:** Auch eine genaue Erläuterung des Fragebogens ist hilfreich (das Ausfüllen des Fragebogens per Ankreuzen erklären, bei Fragen, zu denen es keine Antworten zum Ankreuzen gibt, darauf hinweisen, dass die Antwort möglichst genau in eigene Worte gefasst werden soll, auf „Mehrfachnennungen möglich“ hinweisen).

#### Folgende Fragen waren von Interesse:

Fragen zur Person, zum familiärer Hintergrund, zum Freizeitverhalten, zur Nutzung und Bewertung von Freizeiteinrichtungen, zum Freizeitverhalten im Stadtteil, zur Freizeitgestaltung im Stadtteil, zu Freizeitangeboten in der Schule.

**Setting/ Atmosphäre:** Die Rahmenbedingungen sollten so geschaffen sein, dass die Schülerinnen ungestört und konzentriert arbeiten können. Außerdem war es wichtig, den Schülerinnen auch während des Ausfüllens die Möglichkeit zu bieten, Fragen zu stellen.

**Anonymität:** Die Anonymität muss gewährleistet sein. Die Fragebogen verblieben deshalb nicht in der Schule: die Auswertung erfolgte durch das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.; Frankfurt/Main, das bei dem Bundesmodellprojekt Kooperationspartner der Stadt Nürnberg war.

**Besonderheiten und Schwierigkeiten:** Das Kultusministerium von Bayern musste sein Einverständnis zur Schülerinnenbefragung geben. Das zuständige Schulamt in Nürnberg musste mit einbezogen und ebenfalls über das Vorhaben informiert werden. Die Schulleitungen müssen informiert sein. Befragungen dürfen normalerweise nicht während des Unterrichts stattfinden.

Lehrer/innen müssen informiert sein, die wiederum die Schülerinnen auf das Vorhaben vorbereiten sollten.

Die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten mussten ihr Einverständnis zur Befragung abgeben;

Einverständniserklärungen mussten hierzu formuliert werden.

Räumlichkeiten mussten zur Verfügung stehen, Termine vereinbart werden.

Im Vorfeld musste notwendiges abgeklärt werden, damit die Befragung effektiv durchgeführt werden konnte. Hierzu sollte man mit einer längeren Zeitspanne rechnen und einiges an Schriftverkehr einplanen.

**Ergebnisse:** Die Ergebnisse der Schülerinnenbefragung liegt in gebundener Fassung vor (ISS ERGEBNISSE, 1900/2000).

Aus der Sicht der Interviewerinnen haben die Mädchen motiviert und konzentriert die Fragebögen ausgefüllt. Wichtig war, dass den Mädchen im Vorfeld klar gemacht wurde, wozu der Fragebogen dient. Die Mädchen wollten verstehen, wozu sie die Fragebogen ausfüllten. Wichtig war außerdem, dass genügend Raum vorhanden war, um auf einzelne Fragen ausführlich einzugehen. Speziell bei Migrantinnen hat sich gezeigt, dass sie Hilfe bei der Bearbeitung brauchten. Als motivationsfördernd erwies sich eine „kleine Belohnung“. Es wurde mehrmals von den Mädchen geäußert, dass sie es gut finden, dass sie auch einmal befragt werden und sich jemand für ihre Interessen und Belange interessiert.

### **Zukunftswerkstatt**

... als eine weitere Form des Beteiligungsverfahrens (methodische Entwicklung nach Robert Jungk): Die Zukunftswerkstatt versteht sich als Ideenschmiede, Denkwerkstatt und Phantasiewerkstatt.

**Idee:** Die Betroffenen sollen die Möglichkeit erhalten, angstfrei und ohne Einschränkung ihrer Phantasie über ihre Probleme, Potentiale, Grenzen und Möglichkeiten nachdenken zu können. Neue Ideen für Veränderungen und Alternativen zum Bestehenden sollen entwickelt werden, kreative Potentiale freigesetzt und sie für neue Vorschläge und Forderungen nutzbar gemacht werden. Es sollen Wege aufgezeigt und entwickelt werden, um Ohnmachtgefühle gegenüber angeblichen Sachzwängen zu überwinden.

Zukunftswerkstätten durchlaufen folgende Phasen: Vorstellungsphase und Anwärmphase – Kritik- und Beschwerdephase – Phantasie- und Utopiephase – Umsetzungs- und Präsentationsphase

Für die Zukunftswerkstatt in den Nürnberger Schulen wurden 25 Mädchen der 1. bis 3. Klassen angesprochen.

Erreicht wurden die Mädchen über Lehrerinnen und Lehrer der jeweiligen Schulen. Auch hier musste zunächst das bayerische Kultusministerium, das zuständige Schulamt und die

Schulleitungen der ausgewählten Schulen zustimmen. Gleichzeitig mussten die Erziehungsberechtigten ihr Einverständnis für die Teilnahme an der Ganztagesveranstaltung geben.

**Einbeziehung der Eltern/ Erziehungsberechtigten:** Um Hemmschwellen bei den Mädchen abzubauen und ihnen den Zugang zur Aktion zu erleichtern, war es wichtig, Kontakt zu ihren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten herzustellen. So wurden die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten zur Präsentation der Ergebnisse eingeladen. Dies wirkte sich unter anderen positiv auf die Motivation der Mädchen aus. Sie beteiligten sich eher an der Aktion, weil sie erkannten, dass das Ergebnis ihres kreatives Schaffens Personen ihres Vertrauens präsentiert wurde.

**Setting/ Atmosphäre:** Es war wichtig, den Ort so zu wählen, dass er für die Mädchen gut erreichbar ist. So konnten Zugangsbarrieren gemindert werden. Der Zugang zu den Räumen musste ebenfalls für die Mädchen direkt und gut zugänglich sein, ohne Umwege und dunkle Durchgangswege.

Bei dem Projekt erwies es sich als hilfreich, dass die Räume entfremdet und eine Umgebung geschaffen wurde, die eine warme und phantasieanregende Atmosphäre ausstrahlte.

**Material:** Damit Mädchen ihren Phantasien freien Lauf lassen zu können und diese auch kreativ darstellen können, war es wichtig, dass ausreichendes und unterschiedliches Material zur Verfügung stand.

**Zeitplanung/ Pausen:** Bei der Zukunftswerkstatt handelte es sich um eine Ganztagesveranstaltung. Deshalb mussten ausreichend Pausen in Form von Bewegungs- und Spielphasen eingeplant werden. Nicht weniger von Bedeutung war, dass ausreichend Verpflegung vorhanden war und diese auch jederzeit für die Mädchen verfügbar war.

Um weitere Hemmschwellen abzubauen, hat sich die Einbeziehung von Mitarbeiterinnen aus Kinder- und Jugendeinrichtungen bewährt, die den Mädchen bekannt waren. Im Vorfeld wurde Kontakt zu den einzelnen Multiplikatorinnen hergestellt wird, diese nahmen dann zusammen mit den Mädchen an der Zukunftswerkstatt teil.

**Präsentation:** Wichtig war es, den Mädchen genau zu erläutern, wie die Art der Präsentation aussehen würde. Hierzu war abzuklären, im Vorfeld wer während der Präsentation anwesend sein soll, in welcher Art und Weise die Präsentation stattfinden sollte, wie die Dokumentation der Zukunftswerkstatt aussehen würde.

**Methodenauswahl:** Die Methoden zur Durchführung der Zukunftswerkstatt sollten so ge-

wählt sein, dass sie den altersgemäßen Umgang gewährleistet und auf den Entwicklungsstand der Mädchen abzielt.

**Auswertung der Zukunftswerkstatt** (ISS PROTOKOLL, 2000): Die Mädchen waren hochmotiviert bei der Sache und konnten sich voll auf die Zukunftswerkstatt einlassen. Ganz schnell wurde klar, dass die Mädchen entsprechend ihres Alters mehrere kleine Pausen, mit Spieleinheiten, in denen sie toben konnten, benötigten. Die angewendeten Methoden, z. B. basteln, malen und handwerkliche Arbeiten, wurden angenommen und machten offensichtlich Spaß.

Im Nachhinein stellte sich heraus, dass ausreichend Raum vorhanden sein muss, um die Ergebnisse vorzustellen. Wichtig war, dass Eltern bzw. Bezugspersonen mit einbezogen wurden, aber auch Verantwortliche aus dem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem war von Bedeutung, dass den Mädchen mitgeteilt wurde, was mit ihren Ergebnissen weiter geschehen würde.

Die Ergebnisse einer Zukunftswerkstatt sind nicht als empirische Fakten zu werten, sondern als spontane Momentaufnahmen, die als Grundlage für weitere Planungen interpretiert werden müssen. Sinnvoll ist eine Verbindung der erhaltenen Ergebnisse mit anderen Daten aus Fragebögen, Beobachtungen und Alltagswissen usw. (ISS ZUSAMMENFASSUNG).

**Nursel Balci und Martin Schabler**

## **Jungsein und leben in unserem Stadtteil Bismarck Schalke-Nord**

Im Rahmen des Landesprogrammes „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ hat die Stadt Gelsenkirchen für den Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord mit Julius B. ein Projekt in der freien Trägerschaft des Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e. V. eingerichtet, das durch seinen Handlungsansatz zur situations- und problembezogenen Vernetzung im Stadtteil beiträgt. Im Verlauf der Arbeit, mit der im September 1996 begonnen wurde, hat sich das Projekt durch die enge Kooperation mit dem Stadtteilbüro als zentraler Akteur bei der Bewohnerbeteiligung im Stadtteil etabliert. Seit 1999 bildet das Quartiersmanagement im Teilgebiet Schalke-Nord einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit.

### **Problemaufriß des Stadtteils**

Der Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord ist ein für das Ruhrgebiet typisches Stadtgebiet, dessen Entwicklung eng verbunden ist mit dem Aufstieg und Niedergang der Kohleförderung und daran gekoppelte Industriekomplexe. Unter den ziemlich genau 20.000 Einwohnern leben 23% Ausländer überwiegend türkischer Herkunft, wobei der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund bei über 40% liegt. Die Ballung dieser Bevölkerungsgruppe in einzelnen Straßenzügen, die besonders hier auffälligen Mängel in der Gebäudesubstanz und die defizitäre Ausstattung einzelner Wohnquartiere mit sozialer Infrastruktur prägen das negative Erscheinungsbild dieses Stadtteiles. Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut vervollständigen das hier vorhandene Spektrum an Konfliktpotentialen.

### **Stadtteilprogramm und -management**

Die Stilllegung des letzten noch Kohle fördernden Bergwerkes, der Zeche Consolidation 3/4/9, in Bismarck im Jahr 1993, der Verlust weiterer 4.000 Arbeitsplätze und das zusätzliche Erbe einer 25 ha großen Industriebrache entlang der Hauptverkehrsachse veranlaßte die Stadt Gelsenkirchen die besonders problematischen Gebiete der Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord im November 1994 zum Landesprogramm für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ anzumelden.

Die Politik und die Verwaltung verständigten sich Anfang 1995 auf ein integriertes Handlungskonzept, das die Stabilisierung Lebenssituation in Bismarck/ Schalke-Nord anstrebt durch

- die Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung im Ortsteil;
- städtebauliche Maßnahmen, privaten Wohnungsneubau, Instandsetzung und Modernisierung;
- soziale Infrastrukturmaßnahmen sowie spezielle Beratungsangebote und Dienstleitungen
- die Aktivierung zivilen Engagements und Hilfen zur Selbsthilfe;
- dauerhaft angelegte Kooperationsstrukturen auf den verschiedenen Handlungs- und Entscheidungsebenen.

Das bei der Umsetzung federführende Stadtplanungsamt hat auf der örtlichen Ebene mit dem Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord eine Anlauf- und Koordinierungsstelle installiert, bei der die Aufgaben des Stadtteilmanagement angesiedelt sind:

- die Konzept- und Projektentwicklung sowie die Bündelung und Vermittlung aller verfügbaren Ressourcen für den Entwicklungsprozeß;
- die Beratung, Information und Beteiligung der Bewohnerschaft sowie der Projekte und Initiativen vor Ort;
- die Koordination und der Aufbau neuer Kooperationsstrukturen zwischen den Akteuren (u.a. in Form von Arbeitskreisen, Stadtteilforen).

Als eine Diskussionsplattform für die verschiedensten Belange des Stadtteils wurde ein Arbeitskreis eingerichtet, dem die örtlichen Stadtverordneten, Vertreter der Fachämter, freie Träger der Jugend- und Sozialarbeit, die Kirchen, Schulen und Kindergärten, der Ausländerbeirat, Arbeitsförderungsgesellschaften und zahlreiche örtliche Initiativen angehören. Die Teilnehmer haben hier eine Möglichkeit, sich über Themen und Programmaktivitäten informieren und das jährlich fortgeschriebene Stadtteilprogramm zu diskutieren. Die Beratungen über die beantragten Einzelprojekte und die Entscheidungen über die Mittelvergabe obliegen den Fachausschüssen, der Bezirksvertretung und dem Rat der Stadt Gelsenkirchen.

### **Die Idee zu Julius B.**

Julius B. geht auf ein Konzept der Abteilung Jugendförderung des Jugendamtes der Stadt Gelsenkirchen zurück, das mit Blick auf die Ziele des Stadtteilprogramms auf der Grundlage des Handlungsansatzes Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit weiterentwickelt wurde.

Die Mitarbeiter arbeiten mit der allgemeinen Zielvorgabe, die Lebenslage und Lebensqua-



lität der im Stadtteil Bismarck / Schalke-Nord lebenden Menschen zu verbessern und gehen hierbei davon aus, daß

- identitätsbildende Aktivitäten,
- die Qualifizierung nachbarschaftlicher Bezüge und
- die Vernetzung sozialer Arbeit dazu führen, daß die Bewohner ihre Interessen selbst in die Hand nehmen. In diesem Sinne lebendige und vielfältige Stadtstrukturen sollen Jugendliche in ihren individuellen und kollektiven Bedürfnissen unterstützen, ihren Platz in der Gemeinschaft zu finden.

Die Wirkungsfläche der Projektarbeit ist zwar zielgruppenbezogen auf Jugendliche hin angelegt, bezieht aber im Rahmen des Handlungsansatzes potentiell alle im Stadtteil aktivierbaren Menschen und infrastrukturellen Ressourcen ein.

Die Projektmitarbeiterinnen haben die Aufgabe, Jugendliche darin zu ermutigen, Eigeninitiative zu entwickeln. Sie entdecken gemeinsam mit den Betroffenen Problemstellungen und Wege, Lösungen zu gestalten. Ein Schwerpunkt liegt dabei in der Entwicklung und in der praktischen Umsetzung innovativer Angebote und Projekte, über die sich junge Menschen Räume erschließen und die Erfahrungen vermitteln bei der Bewältigung von Alltagskonflikten und der Gestaltung eigener Wünsche und Ideen. **Ausgangspunkt hierzu ist eine aufsuchende fragende Grundhaltung, um Selbsthilfepotentiale bei den Betroffenen zu aktivieren.**

Das folgende (gekürzte) Szenario dient zur Illustration der Arbeitsweise eines so angelegten Projekts und soll in idealtypischer Form mögliche Aufgaben, Kooperationen und Problemlösungsstrategien skizzieren.

>> Die Sozialarbeiterin Ayshe Ö. vom Projektteam Julius B. nimmt Kontakt auf zu Jugendlichen an Ihrem informellen Treffpunkt am U-Bahnhof. Von ihren Kollegen aus dem Stadtteilbüro hat sie erfahren, daß sich hier immer wieder Jugendliche treffen und schon häufiger Polizeieinsätze wegen Randalieren und ruhestörenden Lärm stattgefunden haben.

Die Kontaktaufnahme gestaltet sich schwierig, trotzdem gelingt es ihr, ins Gespräch zu kommen. Bis auf wenige Ausnahmen treffen sich dort ausschließlich männliche Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Die Mehrzahl der Älteren ist arbeitslos. Sie erfährt weiterhin, aber eine Absage bekamen. Fünf Jugendliche suchen einen Ausbildungsplatz, haben aber noch keine Bewerbungen geschrieben. Sie sagen, daß sei doch sinnlos, da es doch keine Arbeit gäbe. Ayshe Ö. erfährt aber auch, daß sie noch nie eine Bewerbung geschrieben haben, sich dies nicht zutrauen und Angst vor Absagen haben.

Im Gespräch ändern einige jedoch ihre Meinung, als Ayshe von ihren eigenen Bewerbungserfahrungen erzählt und den Ablauf eines Bewerbungstrainings kurz beschreibt. Einige Jugendliche finden das interessant und würden sogar an einem entsprechenden Kurs teilnehmen. Im weiteren Verlauf des Gespräches erfährt sie noch, daß diese Jugendlichen weder Kontakt zu kirchlichen Jugendgruppen noch zu anderen Einrichtungen der Jugendarbeit haben.

Im Kinder- und Jugendhaus des Stadtteils und bei den kirchlichen Jugendgruppen erfährt sie, daß keine Institution Kontakt zu

diesen Jugendlichen hat und daß auch in den Einrichtungen bisher kein Bewerbungstraining stattgefunden habe. Die MitarbeiterInnen des Kinder- und Jugendhauses hatten zwar schon die Idee, haben sie aber bisher noch nicht umsetzen können. Die Pfarrerin sowie die GruppenleiterInnen der kirchlichen Jugendgruppen zeigen ebenfalls Interesse an so einem Angebot, können sich dies aber noch nicht konkret vorstellen.

Ein Kioskbesitzer erzählt ihr, daß im Stadtteil ein Rentner lebt, der noch als Berufstätiger Schulungen für VerkäuferInnen durchgeführt hat. Sie erfährt auch, daß dieser Rentner aktives Mitglied der katholischen Jugend war und sich gerne für soziale Zwecke engagiert hat.

Sie nimmt Kontakt zu diesem Rentner auf und es gelingt ihr, ihn zu gewinnen, mit einer weiteren Person, die in diesem Bereich schon Erfahrungen gesammelt hat, ein Bewerbungstraining für Jugendliche durchzuführen.

Über das Sachgebiet Jugendberufshilfe des Jugendamtes bringt Ayshe Ö. in Erfahrung, daß in der Arbeitsförderungsgesellschaft auch Bewerbungstrainings stattfinden, jedoch das Interesse vorhanden ist, dies auch in anderen Räumlichkeiten anzubieten.

Sie verabredet einen Termin mit der Pfarrerin, den MitarbeiterInnen des Kinder- und Jugendhauses, dem Rentner und der Mitarbeiterin der Arbeitsförderungsgesellschaft. Bei diesem Termin wird vereinbart, daß eine Sozialarbeiterin der Gesellschaft mit dem Rentner zusammen einen Training an-

bietet. Es soll dazu führen, daß die Jugendlichen eine Bewerbung mit allen Anlagen erstellen und im Rollenspiel Bewerbungsgespräche üben.

Zur Motivation und besseren Kontrolle beim Rollenspiel ist eine Videokamera erforderlich. Die Pfarrerin bietet sich an, hierfür die Kamera des Kreiskirchenamtes zu organisieren. Außerdem mobilisiert sie ihre Jugendlichen an diesem Training teilzunehmen.

Nach ca. zwei Wochen findet die erste Einheit des Bewerbungstrainings im Kinder- und Jugendhaus statt.

Ayshe Ö. sorgt dafür, daß diese gemeinsame Aktivität von der Presse aufgegriffen wird und insbesondere die beteiligten Institutionen erwähnt werden.

Auf dem Nachbereitungstreffen wird die Aktivität noch mal von allen Seiten kritisch durchleuchtet und es wird vereinbart, das Angebot im nächsten Jahr zu wiederholen.

Ayshe Ö. erzählt, daß sie mittlerweile auch von Jugendlichen gehört hat, die in sehr beengten Räumlichkeiten leben und

dringend ausziehen wollen. Die Pfarrerin kennt diese Situation und berichtet von ähnlichen Fällen. Mit dem Stadtteilbüro gründet Ayshe einen Arbeitskreis zu diesem Thema, an dem auch eine Wohnungsbau-gesellschaft teilnimmt. Der AK entwickelt das Projekt „Jugendliche bauen sich ihren Wohnraum“. Über das Stadtteilbüro wird ein städtisches Baugelände ausfindig gemacht. Das Arbeitsamt wird, das eine Maßnahme, in der 12 Jugendliche in Bauberufen ausgebildet werden, einrichten will. Die Arbeitsförderungsgesellschaft will die Maßnahme durchführen und die Wohnungsbau-gesellschaft zeigt Interesse den Baukomplex zu finanzieren ...

Nach dem ersten Bewerbungstraining haben sich Ayshe Ö. und der Rentner in seiner Stammkneipe verabredet. Er erzählt Ayshe Ö. seine Lebensgeschichte. Unter anderem schwärmt er von seinen abenteuerlichen Reisen mit dem Kanuclub Paddel e.V..

Dann haben sie eine Idee ...

Zur Umsetzung dieses Arbeitsansatzes ist das Projekt mit zwei Vollzeitstellen ausgestattet. Für Sofortmaßnahmen steht den Mitarbeitern ein eigenes Programm - und Sachmittelletat in Höhe von 50.000 DM zur Verfügung. Der Bauverein Falkenjugend, dem die Umsetzung des Projektes übertragen wurde, betreibt ein Jugendheim im Stadtteil, in dem das Team zwei Büroräume als Projektbasis eingerichtet hat.

Wie analog oder auch im Kontrast zu der idealtypischen Wirklichkeit des Szenarios die Arbeit verlaufen ist, soll im Folgenden anhand von drei Beispielen vorgestellt werden.

#### **Das „Forum 2000“**

Das erste Beispiel greift auf Ansätze der Gemeinwesenarbeit zurück, die im Zuge der Öffnung und multifunktionalen Nutzung von Tageseinrichtungen für Kinder durch Mitarbeiter des Jugendamtes entwickelt, durch Aktionen des Stadtteilbüros verstärkt und über den Handlungsansatzes von Julius B. in der Bewohnerschaft verankert wurden.

Den Ausgangspunkt für diesen Prozeß markieren die „Bürgerplatz-Party“ und der „Internationale Weihnachtsmarkt“, zwei Stadtteil-feste, die das Ziel verfolgten, die Zugänge zu der ehrenamtlichen Arbeit im Stadtteil und die Kontakte zwischen den Bewohnern zu verbessern. Beide Veranstaltungen erzeugten in den Sport- und Freizeitvereinen den Wunsch, in Aktivitäten des Stadtteilprogramms stärker einbezogen zu werden.

Für die gemeinsame Planung und Abstimmung hatten die Initiatoren abendliche Treffen ins Leben gerufen, die nach dem 1. Weihnachtsmarkt, zur einer festen Einrichtung wurden. Die Organisation, die inhaltliche Vorbereitung und die Moderation der Versammlungen liegt seit 1997 in den Händen der beiden Koordinierungsstellen Stadtteilbüro und Julius B. Durch die persönliche Ansprache in den bestehenden örtlichen Gruppen, Organisationen und Institutionen, die Betreuung neuer Initiativen und regelmäßige Gemeinschaftsaktionen hat sich aus dem anfänglich kleinen Kreis ein offenes Bewohnerforum entwickelt, das die Vielfalt der bewohnergetragenen Strukturen des Stadtteils repräsentiert und verknüpft.

Die Arbeit des Forums dient im Kern dazu, die Kontakte zwischen den Gruppen und Akteuren zu verdichten, Informationen weiterzuleiten und die Menschen zur Mitwirkung in den verschiedenen Handlungsfeldern der Stadterneuerung anzuregen. Dies geschieht über eigene Gemeinschaftsveranstaltungen oder die Beteiligung an Maßnahmen zur Gestaltung und Belebung öffentlicher Räume. Beispiele hierfür sind:

- Spielplatzfeste und Planungsaktionen zur Verbesserung des Spielangebotes im Wohnumfeld in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen der städtischen Verwaltung,
- Ferienangebote zur Öffnung der Sportanlagen für vereinsungebundene Bereiche der Freizeitgestaltung wie z.B. der „Bismarcker Kinder

Soccer Cup“;

- Informationsveranstaltungen zu Fragen des Steuerrechtes, der Vorstandsarbeit oder über neue Ansätze zur Förderung und Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen;

- Präsentationen über das Vereinsleben und die monatliche Veröffentlichung von Veranstaltungsterminen;

- Gruppenaktivitäten in der neuen Begegnungsstätte des Stadtteils.

Im Mittelpunkt steht nach wie vor die gemeinschaftliche Planung und Umsetzung der beiden zentralen Stadtteilsteste, die durch die Mitwirkung der Sportvereine, Freizeitgemeinschaften, Jugendverbände, Fördervereine und Elternräte, Kirchen, Projekte, Parteien und kulturellen Initiativen das neue Gefühl des Zusammenlebens und die Aufbruchstimmung im Stadtteil immer wieder erlebbar machen. Sie dokumentieren aber auch, wie mit einem ganz geringen öffentlichen Mitteleinsatz und intensivem Bewohnerengagement große Wirkungen für die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil erzielt werden können.

Für die Organisation ihrer Aktivitäten greift das Forum auf bislang durch das Stadtteilbüro verwaltete Fördermittel zurück, der im wesentlichen dazu eingesetzt wurden, um den Stadtteil mit einer angemessenen technischen Infrastruktur auszustatten. Mit der Eintragung des Forums als gemeinnütziger Dachverein und der Übergabe der Verantwortung für die eigenständige Bewirtschaftung dieser Mittel an den Vorstand ist ein weiterer Schritt vollzogen, die Selbstorganisation der Bewohnern zu stärken.

### Beispiel 2: Entwicklung einer Skateranlage

Das zweite Beispiel bezieht sich speziell auf die Sport- und Freizeitsituation von Jugendlichen. Mit drei Sportanlagen, Sport- und Gymnastikhallen, einer traditionsreichen und lebendigen Sportvereinsarbeit, Gruppenangeboten in der offenen Jugendarbeit, acht Spiel- und Bolzplätzen und begonnenen Maßnahmen zur Umgestaltung und Renovierung öffentlicher Spielflächen und der Schulhöfe sind die Grundstrukturen als durchaus gut zu bezeichnen.

In persönlichen Gesprächen, bei Gruppendiskussionen mit Schulklassen und Befragungen in den Vereinen wurde demgegenüber von den Jugendlichen das Fehlen neuer „trendiger“ Angebote und – aus Sicht der Mädchen – die Dominanz des Fußballs im Bereich des Breitensports bemängelt.

Die Landesregierung und die Sportjugend NW haben 1997 mit dem Projekt „Jugend mit Zukunft ins nächste Jahrtausend“ die Rahmenbedingungen für die Förderung innovativer Ansätze speziell in diesem Bereich der Bewe-

gung, des Spiels und des Sports gezielt erweitert. Die Nutzung, Öffnung und Vernetzung der vorhandenen Stadtteilstrukturen sowie die Beteiligung von Jungen und Mädchen an der Entwicklung neuer Maßnahmen wurden in der Rahmenkonzeption dabei explizit als Ziel formuliert.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Sportjugend Gelsenkirchen als örtlicher Träger des Projektes, Julius B. und das Stadtteilbüro Bismarck / Schalke-Nord darauf verständigt, Inlineskating als neue Bewegungskultur von Jugendlichen stärker zu fördern und entsprechende Angebote im Stadtteil fest zu installieren.

Der Einstieg in die Umsetzung erfolgte über einen Workshop mit Mädchen und Jungen im Alter von 12–16 Jahren, die über Handzettel, Multiplikatoren aus den Sport- und Freizeitvereinen und die persönliche Ansprache durch die Projektmitarbeiter zur Teilnahme motiviert wurden. Leitgedanke hierbei war, die Jugendlichen dazu anzuregen und dabei zu unterstützen, eigene und möglichst konkrete Modellvorstellungen darüber zu entwickeln, wie die Fahr-situation verbessert werden kann.

#### Was braucht ihr zum Inlineskating?

##### Mädchen:

Keine kaputten Straßen; Scharfe Kurven; Keine huckeligen Wege; Steile Berge, keine Steine; Plätze zum Ausruhen; Fun; Rampen; Keine Fußgänger; Hindernisse; Gute glatte Straßen; Keine Autos; Keiner der nervt; Miteinander auf Rampen; Kein Streit.

##### Jungen:

Ramps; Quarterpark; Halfpipe; Funpipe; Fun-Box; Spines; Streetpark.

##### Gemeinsam:

gutes Rollmaterial!!!

Am Ende des Tages lag ein gemeinsames Modell für einen „Skaterpark“ vor, der unterschiedliche Bedarfe und Neigungen von Mädchen und Jungen, von Anfängern und Fortgeschrittenen beinhaltete. Die gewünschte Anlage entspricht in ihrem Charakter einem neuen Jugendtreffpunkt, der nach den Vorstellungen der Jugendlichen mit einem überdachten und beleuchteten Sitzbereich, einer Musikanlage, einem Kiosk oder zumindest mit einem Getränkeautomaten ausgestattet sein soll.

Dieser Wunsch ist im weiteren Verlauf der Arbeit den Vereinen, den zuständigen Abteilungen der städtischen Verwaltung und in Arbeitskreisen vorgestellt worden, um die Möglichkeiten für eine praktische Umsetzung auszuloten und um einen geeigneten Standort zu finden.

Dieser Diskussions- und Suchprozeß ist auch nach zwei Jahren noch nicht abgeschlossen. Das Jugendamt bietet in Zusammenarbeit mit Julius B. als eine Alternative in diesem Bereich regelmäßige Contests für drei Alters- und Leistungsgruppen an, die mit der Gelsenkirchener Skaterszene entwickelt wurden. Dazu konnten die Modellvorstellungen der Jugendlichen in ein Konzept für den Bau und den Betrieb einer Trendsportanlage auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Consolidation eingearbeitet werden.

In der Zwischenzeit sind, um das Eigenengagement der Jugendlichen aufrechtzuhalten, um weiteres Interesse zu wecken oder einfach nur um über den aktuellen Sachstand zu informieren, Aktionstage zum „Bladen“ durchgeführt worden. Dabei fand sich eine neue Projektgruppe, mit der ein Plan für den Selbstbau einer einfachen Fahrrampe entwickelt wurde. Der Bau erfolgte unter fachlicher Anleitung und mit der Hilfe einiger Eltern. Um den Einsatz zu vereinfachen, einigten sich die Teilnehmer auf die Konstruktion einer mobilen Fun-Box, die seit zwei Jahren auf geeigneten Fahruntergründen (Straßen, Garagenhöfen, Schulhöfen oder Parkplätzen) und im Rahmen größerer Stadtteilveranstaltungen zum Einsatz kommt. In kleinerem Umfang ist diese Initiative bereits von einer katholischen Jugendgruppe nachgeahmt worden, wodurch der Stadtteil bereits über Rampenset verfügt, dass in Zusammenarbeit mit einem freien Träger des Jugendberufshilfe und einer Elterninitiative auf dem Gelände der neuen Evangelischen Gesamtschule fest verankert sein soll. Dem Konzept der Schule nach würde dieses Angebot offen zugänglich sein.

### **Beispiel 3: Aufbau von Beteiligungsstrukturen in Schalke-Nord**

Schalke-Nord ist ein flächenmäßig kleines Wohnquartier, das baulich drei durch Verkehrsbänder voneinander abgeschottete Siedlungen umfaßt, wodurch Teilen der Bewohnerschaft der Zugang zu den wenigen Treffpunkten versperrt oder zumindest erschwert ist. Das Zusammenleben ist aufgrund der zusätzlichen sprachlichen Barrieren und kulturellen Gegensätze zwischen den Gruppen verschiedener Nationalität durch Ausgrenzung und Abgrenzung der Menschen untereinander gekennzeichnet. Auffällig ist hier der besonders hohe Anteil an Jugendlichen und Kindern, die durch individuelle, familiäre, schulische oder nachbarschaftliche Konflikte belastet sind.

Anders als in Bismarck sind in Schalke-Nord keine oder nur auf einzelne Zielgruppen beschränkte Hilfsstrukturen, über die ein Zugang zu diesen Problemen gefunden werden kann,

verstandortet.

Zu Beginn der Arbeit lag deshalb hier ein Schwerpunkt in der Entwicklung und modellhaften Erprobung neuer stadtteilbezogener Hilfen zur Erziehung in Form der Sozialen Gruppenarbeit. Die Grundlage hierfür bildet eine Kooperationsvereinbarung mit der Abteilung für Besondere Soziale Dienste des Jugendamtes, in die der Allgemeine städtische Sozialdienst einbezogen ist. Aufgabe des Projektmitarbeiter ist es, durch aufsuchende und Aufklärungs- und Betreuungsarbeit persönliche Kontakte zu den Zielgruppen herzustellen, Problemlagen zu ermitteln, die Jugendlichen und zunehmend auch Kinder zu freiwilligen Teilnahme an den Maßnahmen zu motivieren und wohnortnahe Gruppentreffen zu organisieren.

Im Rahmen der ersten Gruppenmaßnahmen, die in Räumen der neu gebauten Städtischen Tageseinrichtung für Kinder, der Evangelischen Kirchengemeinde und des Deutschen Roten Kreuzes angesiedelt werden konnten, wurden unter anderem auch gemeinsame Stadtteil- und Spielraumerkundungen durchgeführt, aus denen sich die Idee zur Renovierung des einzigen Bolzplatzes im Wohnumfeld entwickelte. Mit Mängellisten, einem Projektauftrag und einer Unterschriftenaktion hat eine Jugendgruppe praktisch die Initiative ergriffen. Im Einvernehmen mit der zuständigen Fachverwaltung wurde im Rahmen eines Ferienprogramms zunächst ein Selbsthilfeprojekt mit einfachen Renovierungsarbeiten realisiert, an dem sich 87 Kinder und jüngere Jugendliche beteiligten. Mobile Sportangebote und Spielplatzfeste im Wohnumfeld folgten, um auch in der Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit für die Anliegen der Jugendlichen nach verbesserten Spiel- und Freizeitstrukturen zu verstärken. Die Maßnahmen haben bewirkt, dass die Anlage in ein Programm zur Umgestaltung öffentlicher Spielflächen aufgenommen und auf der Grundlage verschiedener Entwurfspläne, zwischen denen die Nutzergruppen wählen konnten, durch ein Qualifizierungsmaßnahme des Jugendamtes umgebaut wurde.

Ein nicht geplantes Ergebnis war, daß durch die verbesserte Beschaffenheit und vermehrte Nutzung, Kinder immer wieder durch ältere Jugendliche und Erwachsene von ihrer Anlage verdrängt wurden. In der Folge entstanden mit Zustimmung des städtischen Sportamtes und in Kooperation mit der Sportjugend in einer Turnhalle Entlastungsangebote, in denen Mädchen und Jungen für sich Neigungssportarten entdecken können.

Im Verlauf der Arbeit haben sich die Kontakte zu und zwischen Fachkräften aus dem Feld der sozialen Arbeit weiter verdichtet. Aus diesem Kreis hat sich eine Arbeitsgruppe zur Entwick-

lung neuer Kooperationsansätze gebildet. Ein zentrales Projekt dieser Arbeitsgruppe ist der Aufbau einer Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle in Schalke-Nord, die auch Initiativen und Stadtteilgruppen als Treffpunkt dienen soll. Julius B. fungiert hierbei als Schnittstelle für die Zusammenarbeit zwischen den Bewohnern, den Einrichtungen und sozialen Diensten und dem Stadtteilbüro (Schaubild 1).

Über die Einrichtung, die in einem ehemaligen Ladenlokal im April 1999 eröffnet wurde, hat sich der direkte Kontakt zu den Bewohnern deutlich verbessert und die Möglichkeiten erweitert, über persönliche Gespräche zu erfahren, welche Themen für sie wichtig sind. Für Kinder und Jugendliche ist eine eigene Sprechstunde eingerichtet worden, in der sie all das ansprechen und in Erfahrung bringen können, was für sie relevant ist – von schulischen Problemen bis zu Streitigkeiten in der eigenen Clique. Neben Beratungsangeboten sind hier mittlerweile die zahlreiche Gruppenaktivitäten angesiedelt, für die sich ein Bedarf ermitteln ließ; Hausaufgabenhilfen, Sprachförderkurse, Spielgruppen oder ein Frühstückscafe, in dessen Rahmen vorwiegend türkische Frauen aus der Nachbarschaft Aktivitäten planen und organisieren. Über diese Gruppen entwickelt sich heute Beteiligung in den verschiedensten Bereichen des Stadtteillebens. Ein Beispiel ist die jüngste Planung zur Erschließung einer öffentlichen Grünfläche mit neuen Spielbereichen in einem zuletzt stark verwahrlosten Wohninnenblock. Hierbei wurden in Zusammenarbeit mit einem Planungsbüro für die verschiedenen Altersgruppen mehrere Beteiligungsaktionen or-

ganisiert. Zur Feststellung des aktuellen Bedarfs an neuen Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten haben ca. 40 Kinder und Jugendliche an Fotostreifzügen und Spielreportagen im Wohnumfeld mitgewirkt. Darauf aufbauend sind in Werkstätten mit den jungen und den erwachsenen Teilnehmern Modelle gebaut worden, aus denen in zwei gemeinsamen Versammlungen mit der örtlichen Politik und der zuständigen Verwaltung der Stadt ein Planungskonzept entstand, das über ein Qualifizierungsmaßnahme des Jugendamtes im Frühjahr und Sommer 2001 umgesetzt werden soll. Die Kontakt- und Beratungsstelle hatte während der Arbeit die wichtige Funktion, Informationen über den jeweiligen Stand der Verfahrens weiterzuleiten und die Diskussion in der Bewohnerschaft über die Planung zu vertiefen. Speziell den Kindern wurde immer wieder Gelegenheit gegeben, die Entwurfspläne zu studieren und Fragen zu stellen.

Die Arbeit, bei der immer wieder nach den Bedürfnissen, Interessen und Wünschen junger Menschen gesucht wird, hat die verschiedensten Beteiligungsprozesse in Gang gebracht. Die beschrittenen Wege verliefen allerdings nie geradlinig. Die Suche nach Lösungen vollzog sich eher auf Umwegen, führte auf Schleichwege und manchmal auch in Sackgassen. Nicht ausführlich beschrieben wurden Projektzusammenhänge, in denen Zugänge zu Jugendlichen und Kindern über die Schulen, im Jugendheim oder über andere Institutionen gefunden wurden, sofern sich diese offen zeigten und Ideen, die sich aus dem Kontakt zu diesen Lebenswelten entwickelten, nicht gleich als Ruhestörung angesehen wurden.

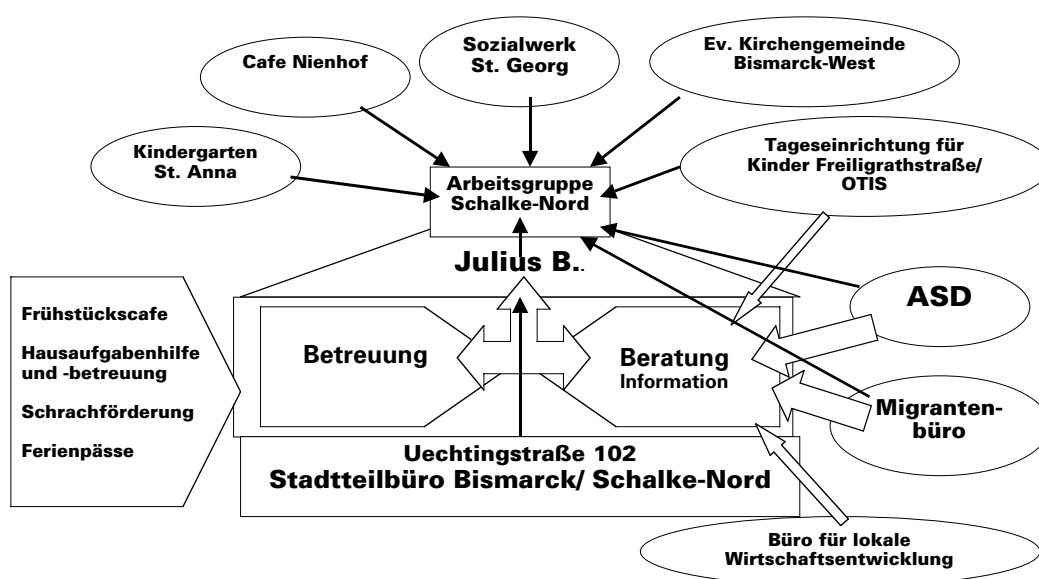


Schaubild 1: Vernetzte Angebots- und Trägerstrukturen in Schalke-Nord

## Die Autor/innen

**Matthias Bartscher:** Kinderbeauftragter der Stadt Hamm, Stadtteilkoordinator Hamm-Norden; Veröffentlichungen, Seminarleitung, Organisationsentwicklung zu den Themenbereichen Kinderrechte, Partizipation und Stadtteilarbeit.

**Monika Bradna:** Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) in Frankfurt a. M. mit Schwerpunkten und Veröffentlichungen zu Partizipation, Sozialraumanalysen, Mädchenarbeit und Jugendhilfeplanung; Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Darmstadt, Fachbereich Sozialpädagogik; Beratung und Begleitung bei Qualitäts- und Organisationsentwicklungsprozessen in der Jugendhilfe.

**Willy Eßmann:** Diplom-Pädagoge, Projektleitung Outreach – Mobile Jugendarbeit Berlin im Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesgruppe Berlin e.V.

**Sylvia Kahle:** Mitarbeiterin der Stiftung SPI, Quartiersmanagement KonTOR, Arbeitsfeld: Ausbildungsplätze und Öffentlichkeitsarbeit; Berufspraxis: Dozentin für Jugend- und Erwachsenenbildung, Mitarbeiterin im Kinder- und Jugendbüro Wilmersdorf, Projektleitung Migrantenarbeit, Projektleitung Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsorganisation.

**Monica Klinkhammer:** Diplom-Sozialpädagogin (fh), Leiterin des Kinder- und Jugendhauses Röthenbach Ost, Arbeitsfeld: offene Kinder- und Jugendarbeit, Streetworkerin bei der Stadt Nürnberg.

**Martin Schabler:** Diplom-Geograph, Leiter des Projektes JULIUS B. (Jungsein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord) in der freien Trägerschaft des Bauvereins Falkenjugend Gelsenkirchen e.V., Arbeitsfeld: Entwicklung und Koordination lebensweltbezogener Hilfssysteme für Jugendliche und Kinder, Vernetzung sozialer Arbeit und Betreuung bewohnergetragener Projekte und Aktivitäten; Berufspraxis: Projektmitarbeiter im südlichen Afrika, Schwerpunkt „Integrierte Regionalentwicklung in Nordnamibia“.

**Nursel Balci:** Diplom-Sozialarbeiterin, Mitarbeiterin des Projektes JULIUS B., Arbeitsfeld: Aufsuchende Betreuungs- und Aufklärungsarbeit, Bedarfsermittlung und Dokumentation, Kontaktvermittlung, Installierung neuer Gruppenmaßnahmen und Projektbegleitung, Aktivie-

rung und Betreuung nachbarschaftlicher Unterstützungspotentiale, Betriebsorganisation des Stadtteilladens, Mittelverwaltung und Rechnungswesen; Berufspraxis: Sozialbetreuung von Jugendlichen bei der AWO Gelsenkirchen.

**Dr. Richard Schröder:** Diplom-Psychologe, Leiter des Kinderfreunde- und ProKids-Büros in Herten, seit 1988 im Arbeitsfeld der Kinderinteressenvertretung tätig, Arbeitsschwerpunkt: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in ihren Lebensbereichen; Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Kinderrechte, Partizipation und kinderfreundliches Wohnen.

# Tagungsprogramm

## Dienstag, 05. Dezember 2000

13.00, Tagungsbüro geöffnet, Kaffee

14.00, Begrüßung

Vorstellung des Programms: Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)

Peter Kupferschmid, BMFSFJ, Referatsleiter  
Dr. Lüders, Deutsches Jugendinstitut (DJI),  
Abteilungsleiter  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Direktor

15.00

Teilhabe und Mitwirkung als Kinderrecht  
Dr. Richard Schröder, Leiter des ProKids Büros  
Herten

*Nachfragen und Diskussion*

16.30, Kaffeepause

16.45

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in  
Städten und Gemeinden – Chancen und Gren-  
zen – Ermutigung zur Partizipation durch  
Stadtteilarbeit

Matthias Bartscher,  
Kinderbeauftragter der Stadt Hamm,  
Stadtteilkordinator Hamm-Norden

*Nachfragen und Diskussion*

18.15, Empfang im „Grande Salle“

18.30, Rahmenprogramm

Vorstellung des Jugend-Projekts „Mission  
Impossible“ durch das Quartiersmanagement  
Kottbusser Tor, Berlin-Kreuzberg

Auftritt „Mission Impossible“ ,  
Breakdance- Show

19.00, Eröffnung des Buffets

Ende offen

## Mittwoch, 06. Dezember 2000

9.00, Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen

9.30, Beginn der Arbeitsgruppen

### **Arbeitsgruppe 1:**

Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern  
und Jugendlichen mit Migrationshintergrund  
Projektvorstellung:  
Beteiligungsorientiertes Arbeiten mit Kindern  
und Jugendlichen mit Migrationshintergrund  
in Berlin

Willy Eßmann, Projektleitung Outreach,  
Landesgruppe Berlin e.V. im Verband für  
sozial-kulturelle Arbeit  
Sylvia Kahle, Quartiersmanagement KonTor,  
Stiftung SPI

*Diskussion und Erfahrungsaustausch*

### **Arbeitsgruppe 2:**

Partizipation, Kooperation und Netzwerk:  
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an  
der Gestaltung ihrer Lebenswelten  
Projektvorstellung:  
Jung sein und Leben in unserem Stadtteil  
Bismarck/Schalke Nord (Julius B)

Martin Schabler, Projektleitung Julius B  
Nursel Balci, Mitarbeiterin Julius B  
Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e.V.

*Diskussion und Erfahrungsaustausch*

### **Arbeitsgruppe 3:**

Beteiligung von Mädchen in benachteiligten  
Stadtteilen  
Projektvorstellung:  
Stadtteilorientierte Interessenserkundung in  
Nürnberg im Rahmen des Bundesmodell-  
projektes „Integrierte mädchenbewußte  
Jugendhilfeplanung“

Monika Bradna, wissenschaftliche Mitarbei-  
terin am Institut für Sozialarbeit und Sozial-  
pädagogik e.V. (ISS-Frankfurt/M.)  
Monica Klinkhammer, Leiterin des Kinder- und  
Jugendhauses Röthenbach-Ost, Jugendamt  
Nürnberg

*Diskussion und Erfahrungsaustausch*

11.30, Kaffeepause

12.00, Zusammenfassung der Ergebnisse

13.00, Ende

## Gemeldete Teilnehmer/innen

Ardalan, Kamran	Stadtplanungsamt, Magdeburg	An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	0391-5405366
Bade, Silke	Stadtverwaltung Schwerin, Amt für Verkehrsanlagen und öffentliches Grün	Friesenstr. 29a 19059 Schwerin	0385/7434139
Bauer, Sabine	Stadtverwaltung Wolfen	PF 1251 106755 Wolfen	03494/66354
Berger, Jürgen	Stiftung SPI, Quartiersmanagement Sparrplatz-Wedding	Burgsdorfstr. 13 A 13353 Berlin	030/46606190 qm-sparrplatz@t-online.de
Böhme, Peter	Jugendamt Potsdam	Fr.-Ebert-Str. 79/81 14461 Potsdam	0331/2893130
Brandt, Uwe	Stadtteilbüro Aachen-Ost	Hüttenstr. 94 52068 Aachen	0241/9551747 Stadtteilbueroac-ost@t-online.de
David, Jürgen	Planungsamt Düsseldorf	Brinckmannstr. 5 40225 Düsseldorf	02118996746 Juergen.David@stadt.duesseldorf.de
Eglit, Jens	S.T.E.R.N. GmbH	Schwedter Str. 263 10119 Berlin	030/44363686 tg@stern-berlin.de
Feldmann, Kathrin	Stadtkontor GmbH	Schomsteinfegergasse 3 14482 Potsdam	0331/7435714 k.feldmann@stadtkontor.de
Folger, Frank	Bezirksamt Neukölln, Jugend und Familie Quartiersmanager	Karl-Marx-Str. 83 12040 Berlin	030/68092085
Fricke, Sandra	Landeshauptstadt Hannover Quartiersmanagement Mittelfeld	Schweichnitzer Weg 4 30519 Hannover	0511/8602620
Friedrichs, Hans-Peter	Amt für Kinder, Jugend und Familie	Bottlerplatz 1 53111 Bonn	
Frinken, Matthias	plankontor Gesellschaft für Stadterneuerung und Planung mbH	Am Born 6 b 22765 Hamburg	040/3917769
Funke, Thomas	Stadterneuerung Hof GmbH	Königstr. 49 95028 Hof	09281-160400 sanierung@stadterneuerung.hof.de
Glaser, Michaela	Quartiersmanagement Rollberg-Siedlung	Kopfstr. 18 12053 Berlin	030/68086110 qmrollberge@gmx.de
Gut, Giesela	Bezirksamt Schöneberg Amt für Frauen	J.-F.-Kennedy-Pl. 1 10820 Berlin	030/78768725
Herr Hackmann	Freischlad & Holz/ Architekten Quartiersmanagement	Spreestr. 3 A 64295 Darmstadt	0615/133131
Hannover, Michael	Soziale Stadt, Rosenheim Quartiersmanager	Weinstr. 10 83022 Rosenheim	08031/362179 grws@cablenet.de
Hausmann, Ellen	Landschaftsarchitektur	Lerchenstr. 67 19057 Schwerin	0385/7587460
Hellmich, Marcel	Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH	Willy-Brandt-Ring 44 47169 Duisburg	0203/9942941 EG-DU@t-online.de
Helmling, Margita	Westend Treff, Quartiermanagement Stadtverwaltung 1-04	Bahnhofstr. 87 67059 Ludwigshafen	0621/6290186 margita.helmling@t-online.de
Herrmann, Ute	S.T.E.R.N. GmbH	Schwedter Str. 263 10119 Berlin	030/44363639 pb@stern-berlin.de
Dr. Hoffmann, Ingeborg	SSG – Stadtteilbüro „Othaler Weg“	Am Ring 11 06526 Sangerhausen	03464/278325
Frau Holz	Freischlad & Holz/ Architekten Quartiersmanagement	Spreestr. 3a 64295 Darmstadt	06151/33131 Freischlad.Holz@t-online.de
Hübinger, Klaus	Planungsamt Düsseldorf	Brinckmannstr. 5 40225 Düsseldorf	02118986712 Klaus.Huebinger@stadt.duesseldorf.de
Juhaff, Karin	Stadtverwaltung Potsdam FB Stadterneuerung	Hegelallee 4 6-8 14461 Potsdam	0331/2893226
Keller, Rüdiger	Soziale Stadt Rosenheim	Weinstr. 10 83022 Rosenheim	08031/362179 grws@cablenet.de
Kohl, Gudrun	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	53107 Bonn	0228/9302715 gudrun.kohl@bmfsfj.bund.de
Kretzschmar, Miriam	Freie Universität Berlin Koordinierungsstelle	Arminiallee 9 14195 Berlin	030/83853895



Langer, Michael	Stiftung SPI, Quartiersmanagment Sparrplatz-Wedding	Burgsdorfstr. 13 A 13353 Berlin	030/46606190 qm.sparrplatz@t-online.de
Lindenau, Petra	Sozialministerium Abt. Jugend und Sport	Werderstr. 124 19048 Schwerin	0385/5889212 Lindenau@sozial-mv.de
Luig-Arlt, Helene	Stadtteilbüro Flensburg	Schulgasse 10 24939 Flensburg	0461/851270 fb4-schulgasse@foni.net
Dr. Mack, Wolfgang	Deutsches Jugendinstitut e. V.	Nockherstr. 2 81541 München	0896/2306108 mack@dji.de
Mehlmann, Johannes	Stadtteilbüro Gelsenkirchen-Bismarck/ Schalke-Nord	Paulstr. 4 45889 Gelsenkirchen	0209/82163 johannes.mehlmann@gelsennet.de
Merkens, Karin	Bundesjugendkuratorium Geschäftsstelle	Kennedyallee 105-107 53175 Bonn	0228/3771841 merkens@t-online.de
Neßlage, Erich	Deutsche BauBeCon AG Geschäftsstelle Bremen	Am Backhof 32 28209 Bremen	0421/329015 E-Nesslage@baubecon.de
Murböck, Marion	Institut für Landes- und Stadtentwicklungs- forschung	Deutsche Str. 5 44339 Dortmund	0231/9051192 marion.murboeck@ils.nrw.de
Neumann, Dieter	Hansestadt Greifswald Jugendamt	PF 3153 17461 Greifswald	03834/522433 HGW.Jugendamt@t-online.de
Oppermann, Jens	AG der Evangelischen Jugend Jugendpolitik	Otto-Brenner-Str. 9 30157 Hannover	05111/215147 jens.oppermann@evangelische-jugend.de
Öztürk, Nermin	Bürgerinitiative Ausländische Arbeitnehmer e. V.	Rudolfstr. 5 21107 Hamburg	040/751571
Frau Plack	Quartiersbüro Stendal-Stadtsee	A.-Menzel-Str. 18 39576 Stendal	03931/490748 urbane-projekt@t-online.de
Dr. Poweleit, Joachim	Quartiersbüro Schöneberg-Nord AG SPAS e.V.	Potsdamer Str. 170b 10783 Berlin	030/23638587 AG.SPAS@t-online.de
Frau Rietz	Bezirksamt Wedding Bau II 120	Müllerstr. 146/147 13344 Berlin	030/45755720
Sander, Ingrid	Stiftung SPI, Ausnahme & Regel GB Stadtentwicklung	Prinzenallee 74 13357 Berlin	030/49300114 Ausnahme.Regel@SPI-Berlin.de
Savelsberg, Manfred	Stadt Düren Sozial- und Jugend-Hilfeplanung - 06 -	Kaiserplatz 2-4 52348 Düren	0241/252126 stadt@dueren.de
Schäfer, Andreas	Noris Arbeit gGmbH	Fichtestr. 45 90489 Nürnberg	0911/5863422
Schenck, Ursula	Stadt Mannheim Stadtjugendamt	K 1, 7-13 68149 Mannheim	0621/2932163 ursula.schenck@mannheim.de
Scherer, Dirk	Stadt Bottrop Jugendamt	Prosperstr. 71 I 46236 Bottrop	02041/703630
Herr Schmitz	Quartiersbüro Stendal-Stadtsee	A.-Menzel-Str. 18 39576 Stendal	03931/490748 urbane-projekt@t-online.de
Schreiner, Karin	Soziale Stadt Rosenheim	Weinstr. 10 83022 Rosenheim	08031/362179 grws@cablenet.de
Skowronneck, Agnes	Quartiersmanagment Mittelfeld	Schweidnitzweg 4 30519 Hannover	0511/8602620 Agnes.Skowronneck@gmx.de
Splinter, Eleonore	Uckermärkischer Berufsbildungs-Verein e. V.	16303 Schwedt/O.	03332/450910 UBV-Schwedt@t-online.de
Stäglin, Uwe	S.T.E.R.N. GmbH	Schwedter Str. 263 10119 Berlin	030/44363666 g@stern-berlin.de
Steg, Carmen	Bezirksamt Prenzlauer Berg JSK Koordinierung Kinder- u. Jugendpol.	Fröbelstr. 17 10400 Berlin	030/42401505 ik21@baprzlb.g.verwalt-berlin.de
Strauss, Wolf-Christian	Deutsches Institut für Urbanistik	Str.-des-17.-Juni 112 10623 Berlin	
Szumlewski, Wanda	Stadtteilbüro Amberg	Claudiaweg 46 92224 Amberg	09621/970346
Thamm, Gabriele	Bürgerinitiative Ausländische Arbeitnehmer e. V.	Rudolfstr. 5 21107 Hamburg	040/751571
Thomas, Christian	Stadt Cottbus Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit	Neumarkt 5 03046 Cottbus	0355/6122501
Wach, Sonja	Bewerbungstreff für Jugendliche „Jump“ im Stadtteil	Lessingstr. 69 83024 Rosenheim	08031/8069630 grws@cablenet.de

Wächter-Scholz, Franziska	Deutsches Jugendinstitut e. V.	Nockherstr. 2 81541 München	0896/2306312 waechter-scholz@dji.de
Waschalewski, Brigitte	K F W		
Wawrzyniak, Brigitte	GATE GmbH	Martin-Leuschel-Ring 10a 21073 Hamburg	040/76794526 Wawrzynik@gate.hh.de
Winter, Sabine	GATE GmbH Projekt „Spotlight“	Martin-Leuschel-Ring 10a 21073 Hamburg	040/76794526
Wippel, Margarete	Stadtteilwerkstatt „Dicker Busch“	Hessenring 84 A 65428 Rüsselsheim	06142/942210 Stadtteilwerkstatt.D.Busch@t-online.de
Zang, Silvia	Soziale Stadt Rosenheim	Weinstr. 10 83022 Rosenheim	08031/362179 grws@cablenet.de
Zenker, Uwe	Bauverein Falkenjugend Gelsenkirchen e. V.	Düppelstr. 51 45897 Gelsenkirchen	0209/9592233

## Literaturverzeichnis

- AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (Hg.) (1997): *Partizipation von Kindern und Jugendlichen*. Dokumentation einer Fachtagung am 2./3.12.1996 in Köln. Bonn.
- APEL, P., PACH, R. (1997): *Kinder planen mit*. Stadtplanung unter Einbeziehung von Kindern. Unna.
- BARBER, B. (1994): *Starke Demokratie*. Über die Teilhabe am Politischen, Hamburg.
- BARTSCHER, M. (1998): *Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik*. Freiburg.
- BATTIS, U., KRAUTZBERGER, M., LÖHR, R.-P. (1991). *Baugesetzbuch* (BauGB). 3. Auflage. München.
- BECK, U. (1993): *Die Erfindung des Politischen*. Frankfurt/M.
- BECK, U. (1991): *Politik in der Risikogesellschaft*. Frankfurt/M.
- BLANKE, H., HOVENGA, B., WAWRZICZNY, S. (Hg.) (1993): *Handbuch Kommunale Kinderpolitik*. Ansätze, Anregungen und Erfahrungen konkreter Kinderpolitik. Münster.
- BLAUT, J. M., McCLEARY, G. S. and BLAUT, A. S. (1970): Environmental mapping in young children. In: *Environment and Behaviour*, 2, 335-349.
- BLINKERT, B. (1993): *Aktionsräume von Kindern in der Stadt*. Pfaffenweiler.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (1998): *Zehnter Kinder- und Jugendbericht* – Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland.
- DEGEN-ZIMMERMANN, D., HOLLENWEGER, J., HÜTTENMOSE, M. (1992): *Zwei Welten*. Zwischenbericht zum Projekt „Das Kind in der Stadt“. Zürich.
- DKHW – Deutsches Kinderhilfswerk und Aktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder (Hg.) (1997): *mitreden – mitplanen – mitmachen*, Kinder und Jugendliche in der Kommune. Berlin.
- EPPE, H. (1993): Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus historischer Sicht - Erfolg und Misserfolg. In: *Arbeitskreis „Kinderforen“* (Hg.). Kommunale Kinderpolitik. München.
- FLADE, A., KUSTOR, B. (Hg.) (1996): *Raus aus dem Haus: Mädchen erobern die Stadt*. Frankfurt.
- FLADE, A., KUSTOR, B. (Hg.) (1993): *Mädchen in der Stadtplanung*. Bolzplätze – und was sonst? Weinheim.
- FRÄDRICH, J. (1995): *Mitreden – Mitmischen – Mitgestalten*. Das Münchener Kinder- und Jugendforum. In: *Sozialarbeit des Schweizerischen Berufsverbandes dipl. SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen*, 27. Jahrgang, H. 9, Bern.
- FREY, K. (7/1996): *Die Projektmethode*. Der Weg zum bildenden Tun, Weinheim.
- GERNERT, W. (1993): *Partizipation in der Jugendhilfeplanung*. Münster.
- Grundgesetz* für die Bundesrepublik Deutschland (1949).
- HART, R. (1992). *Children's participation: From tokenism to citizenship*. Florence.
- HARTWIG-HELLSTERN, F. (1995): *Kinderbürger*. Über die politische Beteiligung von Kindern. Bonn.
- HEINTEL, P., KRAINZ, EWALD E. (1990): *Projektmanagement: Eine Antwort auf die Hierarchiekrise?* Wiesbaden.
- HINTE, W. (1987): Sozialpolitik von unten. Von der Gemeinwesenarbeit zur stadtteilbezogenen sozialen Arbeit. In: *sozial extra*, Februar/März 1987.
- HOFFSTADT, P., MALMEDE, H. (1995): Vordenker und Vorläufer. Mitbestimmung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen im 20. Jahrhundert. In: *MAGS* 1995a.
- HOHENAUER, P. (1995): *Spielplatzgestaltung, naturnah und kindgerecht*. Wiesbaden/Berlin.
- HÜTTENMOSE, M., DEGEN-ZIMMERMANN, D. (1995): *Lebensräume für Kinder*. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung des Wohnumfeldes für die Entwicklung und den Alltag der Kinder. Zürich.
- Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsfassung des Landes NRW (ILS) (1999): *Deutsche Entwurfsfassung des National Report im Rahmen des Forschungsprojektes Social Exclusion in European Neighbourhoods – Processes, Experiences and Responses*. Dortmund.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS (Hg.) (2000): *ZUSAMMENFASSUNG*; die Idee der Zukunftswerkstatt (Broschüre). Frankfurt/Main.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS (Hg.) (2000): Protokoll, *AUSWERTUNG* der Zukunftswerkstatt am 21.1.2000 in Nürnberg (Broschüre). Frankfurt/Main.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS (Hg.) (1999): *SELBSTDARSTELLUNG* des Modellprojekts „Integrierte mädchenbewusste Jugendhilfeplanung“. Frankfurt/Main.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS (Hg.) (1999): *KONZEPTVORSCHLAG* für die Umsetzung der Planungsbausteine Betroffeneneinbeziehung/ Bedarfsermittlung in Nürnberg. Frankfurt/Main.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS (Hg.) (1900/2000): *ERGEBNISSE* aus der Schülerinnenbefragung im Rahmen der integrierten mädchenbewussten Jugendhilfeplanung in Nürnberg – Situation und Freizeitgestaltung von Mädchen in den Stadtteilen Langwasser, Gostenhof und Schweinau. Frankfurt/Main.
- JAUERNIG, O. (Hg.) (1981): *Bürgerliches Gesetzbuch* mit Erläuterungen (BGB). München.
- Jugendförderungsgesetz Schleswig-Holstein* (1992).
- JUGENDWERK der Deutschen Shell (Hg.) (1997): *Jugend 97*. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen, Opladen.
- KAASE, M. (1975): Jugend und Politik. In: H. Reimann, H. Reimann (Hg.), *Die Jugend*. München.
- KARAS, F., HINTE, W. (1978): *Grundprogramm Gemeinwesenarbeit*. Praxis des Lernens in offenen pädagogischen Feldern. Wuppertal.
- Kinder- und Jugendhilfegesetz* (KJHG) (1990).
- MAGS – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1997): Tagungsdokumentation „Kinderrechte! Kinderpflichten?“ Düsseldorf.

- MBW – Ministerium für Bauen und Wohnen des Landes NRW (Hg.) (1993): *Bau- und Wohnhits von Kids*, Unna.
- MEYER, T. (1995): Kinder und Politik. In: MAGS. 1995.
- MEYER, T. (1994): *Die Transformation des Politischen*. Frankfurt.
- MÜNDER, J. (1993): Rechtliche Aspekte. *KJHG*: Ansätze für die Beteiligung von Kindern. In *Spielraum* 6, 221.
- MUSSEL, C. (1993): *Mittendrin und Außenvor*. Kinder und Jugendliche in der Stadtplanung am Beispiel Hagen-Vorhalle. Kassel.
- NIKLES, B. W. (1994): Zur Beteiligung junger Menschen an der Jugendhilfeplanung. In: H. R. Schneider, N. Johrendt (Hg.). *Kommunale Jugendhilfeberichterstattung und Jugendhilfeplanung*. Bielefeld.
- NOLTE, C. (1996): Kinderrechte und Partizipation in Europe. In: Deutsches Kinderhilfswerk (Hg.), *Kids reden mit - Dialog mit Kindern und Jugendlichen*. Berlin.
- OERTER, R. (1992): Können Kinder ihre Zukunft mitbestimmen? Entwicklungspsychologische Befunde zur Entscheidungsfähigkeit von Kindern. In: Werkheft „Kinderleben“. Freiburg.
- PALANDT (1994): *Bürgerliches Gesetzbuch*. Beck'sche Kurz-Kommentare, Band 7. München.
- PIAGET, J., INHELDER, B. (1971): *Die Entwicklung des räumlichen Denkens beim Kinde*. Stuttgart. (Original erschienen 1948: *La représentation de l'espace chez l'enfant*).
- Projektgruppe Danziger Straße (1993): Dokumentation eines Projektes „Erarbeitung eines kinderfreundlichen Gestaltungsvorschlages für das Wohnumfeld der Häuser Danziger Straße durch die Anwohner“. In: BLANKE, H. u. a. (Hg.). *Handbuch Kommunale Kinderpolitik*. Münster.
- SCHMIDT-GRUNERT, M. (1997): *Soziale Arbeit mit Gruppen*. Eine Einführung. Freiburg.
- SCHOLNIK, E. K., FEIN, G. G., CAMPBELL, P. F. (1990): Changing Predictors of Map Use in Wayfinding. In: *Developmental Psychology*, No. 2, 188-193.
- SCHROER, J. (1997): Pflichten und Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit? In: MAGS. *Tagungsdokumentation „Kinderrechte! Kinderpflichten?“*
- SCHRÖDER, R., SENTEK, C., KLITZKE, M. (1999): *Kinderfreundliches Wohnen*. Gemeinsam bauen – gemeinsam leben. Herten.
- SCHRÖDER, R. (1996): *Freiräume für Kinder(t)räume*. Weinheim
- SCHRÖDER, R. (1995): *Kinder reden mit!* Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung. Weinheim.
- SCHRÖDER, R. (1994). Kinder reden mit? Bundesweite Befragung zu Modellen der Partizipation. In: *Spielraum* 5/94, 202-209.
- SCHRÖDER, R. (Hg.: Geschäftsstelle Kinderfreunde) (1993): *Kinderfreundliches Wohnen*. Ein Wohnprojekt aus Sicht der Eltern und Kinder.. Herten.
- SPENCER, C., BLADES, M., MORSLEY, K. (1989): *The Child in the Physical Environment*. The Development of Spatial Knowledge and Cognition. New York.
- STADT HAMM (1997): *Städtebauliche Rahmenplanung Hamm-Norden*. Textliche Erläuterungen, Hamm.
- STANGE, W. (Hg.: Deutsches Kinderhilfswerk und Aktion Schleswig-Holstein – Land für Kinder) (1997): *Planen mit Phantasie – Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche*. Berlin.
- SÜNKER, H., SWIDEREK, T. (1997): Partizipation hat Konjunktur. Kinderpolitik, Kinderrechte und Partizipation von Kindern. In: *AGJ* 1997.
- UEHLINGER, H.-M. (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Opladen
- UEHLINGER, H.-M. (1984): Die Partizipationsform der 80er Jahre: Direkte Aktion. In: Stiksrud, A. (Hg.): *Jugend und Werte*. Aspekte einer Politischen Psychologie des Jugendalters. In: Moser, H.: *Fortschritte der Politischen Psychologie*, Band 7, Weinheim und Base.